

2. Parteitag, 1. Tagung



Protokoll

DIE LINKE. Landesverband Brandenburg
13. und 14. März 2010
Kongresshotel Potsdam

Protokoll

der 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

Protokoll

Reden, Beschlüsse und Wahlergebnisse
der 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei
DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

13. und 14. März 2010, Kongresshotel Potsdam

Herausgeber: DIE LINKE. Landesverband Brandenburg
Alleestraße 3
14469 Potsdam

Fertigstellung: Mai 2010

Satz und Layout: Reinhard Frank

Inhalt

Ordnungen und Kommissionen

Tagesordnung und Zeitplan	5
Besetzung der Kommissionen	8
Geschäftsordnung	10
Wahlordnung	12

Reden des Parteitages

Thomas Nord, Vorsitzender DIE LINKE. Land Brandenburg	15
Kerstin Kaiser, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Landtag Brandenburg	26
Dr. Helmuth Markov, Minister für Finanzen, Land Brandenburg	34

Beschlüsse des Parteitages

Leitantrag: „opponieren, regieren, konsolidieren, verjüngen DIE LINKE Brandenburg und ihre Aufgaben in den kommenden Jahren	39
Gemeinsinn und Erneuerung in Brandenburg – die Arbeit hat begonnen!	48
Zum Umgang mit Biografien	56
Trennung von Ministeramt in der Landesregierung und Landtagsmandat	61
Wir brauchen in Deutschland ein Arbeitsgesetzbuch!	62
Mediantrag	63
Bundesratinitiative Kindergeld	64

Berichte an den Parteitag

Bericht der Landesschiedskommission	65
Bericht der Landesfinanzrevisionskommission (LFRK)	66
Bericht der Mandatsprüfungskommission	67
Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes	68

Wahlen des Parteitages

Wahl des Vorsitzenden	78
Wahl der zwei stellvertretenden Vorsitzenden	78
Wahlergebnisse des Parteitages	78
Wahl des Landesschatzmeisters	79
Wahl der Landesgeschäftsführerin	79
Wahlergebnis Landesvorstand (weiblich)	80
Wahlergebnis Landesvorstand (männlich)	81
Wahlergebnis Landesfinanzrevisionskommission	82
Wahlergebnis Landesschiedskommission	83
Wahlergebnis Bundesausschuss	84
Wahlen der Ersatzmitglieder Bundesausschuss	85

Tagesordnung und Zeitplan

Sonnabend, 13.03.2010

10.00 Uhr	Eröffnung
10.10 Uhr	Konstituierung des Parteitags
	* Wahl des Tagungspräsidiums
	* Beschluss der Tagesordnung mit Zeitplan, der Geschäftsordnung und der Wahlordnung
	* Wahl der Kommissionen:
	- Mandatsprüfungskommission
	- Redaktionskommission
	- Wahlkommission
	- Antragskommission
10.40 Uhr	Rede des Landesvorsitzenden Thomas Nord zum Leitantrag
11.00 Uhr	Diskussion zum Leitantrag
12.20 Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
12.25 Uhr	Beschlussfassung zum Leitantrag
12.30 Uhr	Mittagspause
13.30 Uhr	Rede der Fraktionsvorsitzenden im Brandenburger Landtag Kerstin Kaiser
13.50 Uhr	Diskussion zum Antrag 2 zur Regierungsarbeit
15.00 Uhr	Rede des stellvertretenden Ministerpräsidenten Helmuth Markov
15.20 Uhr	Beschlussfassung zum Antrag 2 zur Regierungsarbeit
15.45 Uhr	Anfragen und Beschlussfassung zu den Berichten
	* des Landesvorstands
	* der Landesschiedskommission
	* der Landesfinanzrevisionskommission
15.50 Uhr	Aufstellung der Liste der KandidatInnen für den Landesvorsitz
16.10 Uhr	Wahlgang zur Wahl der/des Landesvorsitzenden
	Pause

16.40 Uhr Beschlussfassung zum Vorschlag des Landesvorstands über die Zahl der zu wählenden Stellvertreter,
Aufstellung der Liste für die Funktion
* der weiblichen stellvertretenden Landesvorsitzenden,
* der restlichen stellvertretenden Landesvorsitzenden (gemischte Liste),
Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahl der/des Landesvorsitzenden

17.10 Uhr Wahlgänge zu den stellvertretenden Landesvorsitzenden (Frauen und gemischte Liste)

17.20 Uhr Aufstellung der Listen zu den Wahlen für die Funktionen
* der Landesgeschäftsführerin/des Landesgeschäftsführers (LGF)
* der Landesschatzmeisterin/des Landesschatzmeisters (LSM) Bekanntgabe des Ergebnisses des Wahlgangs zur Sicherung der Mindestquotierung Frauen zur Wahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden
Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahlgänge zu den stellvertretenden Landesvorsitzenden (Frauen und gemischte Liste)

17.45 Uhr Wahlgänge zu den Funktionen LGF und LSM

mit Pause fürs Abendessen

18.30 Uhr Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahlgänge zu den Funktionen LGF und LSM
Aufstellung der Listen für die Sicherung der Mindestquotierung Frauen für die Wahl
* zum Landesvorstand,
* zur Landesfinanzrevisionskommission
* zur Landesschiedskommission
* der Delegierten und Ersatzdelegierten im Bundesausschuss

20.20 Uhr Wahlgänge zur Sicherung der Mindestquotierung für die Wahlen
* zum Landesvorstand,
* zur Landesfinanzrevisionskommission
* zur Landesschiedskommission
* der Delegierten und Ersatzdelegierten im Bundesausschuss

20.30 Uhr Verständigung zur Situation in der Bundespartei mit Redebeiträgen von Gesine Löttsch, Klaus Ernst, Caren Lay und Werner Dreibus (angefragt)
Diskussion und Anfragen (offen auch für Nicht-Delegierte des Landesparteitages)

21.30 Uhr Abschluss des 1. Beratungstages

Sonntag, 14.03.2010

9.00 Uhr Bekanntgabe der Ergebnisse der Wahlgänge zur Sicherung der Mindestquotierung Frauen für die Wahlen
* zum Landesvorstand,
* zur Landesfinanzrevisionskommission
* zur Landesschiedskommission
* der Delegierten und Ersatzdelegierten im Bundesausschuss

9.15 Uhr Aufstellung der gemischten Liste für die Wahl
* zum Landesvorstand,
* zur Landesfinanzrevisionskommission
* zur Landesschiedskommission
* der Delegierten und Ersatzdelegierten im Bundesausschuss

10.55 Uhr Bericht der Mandatsprüfungskommission

11.00 Uhr Wahlgänge zu den gemischten Listen
* zum Landesvorstand,
* zur Landesfinanzrevisionskommission
* zur Landesschiedskommission
* der Delegierten und Ersatzdelegierten im Bundesausschuss

11.20 Uhr Podiumsdiskussion mit der Fraktionsvorsitzenden Kerstin Kaiser und externen Gästen zum Diskussionsangebot zur DDR-Geschichte

13.00 Uhr Bekanntgabe der Wahlergebnisse

13.10 Uhr Mittagspause

14.00 Uhr Behandlung und Beschlussfassung des Antrages 4 (Biografien) mit begrenzter Debatte

14.30 Uhr Behandlung und Beschlussfassung des Antrages 5 (Satzungsänderungen) mit begrenzter Debatte

14.45 Uhr Behandlung und Beschlussfassung des Antrages 6 (Trennung von Amt und Mandat) mit begrenzter Debatte

15.15 Uhr Behandlung und Beschlussfassung weiterer Anträge

15.30 Uhr Schlusswort der/des Landesvorsitzenden

* Alle Wahlgänge mit „fliegenden Urnen“ – inklusive Ausgabe der Wahlscheine

Besetzung der Kommissionen

Arbeitspräsidium

Daniel Golze	HVL
Astrit Rabinowitsch	PM
Matthias Loehr	Lausitz
Margitta Mächtig	BAR
Stefan Ludwig	LDS
Jana Schulze	P
Bernd Sachse	MOL
Birgit Wöllert	Lausitz
Thomas Domres	Pr
Kornelia Wehlan	TF
Katharina Dahme	Linksjugend

Redaktionskommission

Jürgen Maresch	Lausitz
Harald Petzold	HVL
Thomas Nord	Ff(O)
Kirsten Tackmann	OPR
Evelyn Dahme	P

Antragskommission

Andrea Johlige	HVL
Maritta Böttcher	TF
Michael Reimann	LDS
René Wilke	FF(O)
Norbert Müller	Linksjugend

Wahlkommission

Kerstin Meier	Ff (O)
Sabine Ott	Pr
Stefanie Schirner	LDS
Sigrid Mertineit	Lausitz
Viola Weinert	LAG SCHULE
Dominik Rabe	BAR
Jörg Mernitz	LOS
Detlef Janson	P
Ursel Degner	OHV

Abstimmungshelfer/innen

MA der Lgst

HelferInnen des KV Potsdam

Mandatsprüfungskommission

André Kaun	LAUSITZ
Stefanie Scharp	TF
Ute Mieting	EE
Werner Müller	Brb/H
Gabriele Brandt	UM

Geschäftsordnung

des 2. Landesparteitags der Partei DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

1. Leitung des Parteitages, Arbeitsgremien

(1) Die Leitung des Parteitages erfolgt durch das Tagungspräsidium, welches aus bis zu 12 Delegierten des Parteitages besteht.

(2) Der Landesvorstand benennt vor dem Landesparteitag gemäß § 16 Abs. 9 Landessatzung zur Vorbereitung:

- das Tagungspräsidium
- die Mandatsprüfungskommission
- die Redaktionskommission
- die Antragskommission
- die Wahlkommission

Der Landesparteitag wählt die bzw. ggfs. andere BewerberInnen in die Kommissionen als Arbeitsgremien des Parteitages. Der Landesparteitag kann für einzelne Sachthemen weitere Kommissionen bilden.

(3) In die Mandatsprüfungskommission, Redaktionskommission, Antragskommission und Wahlkommission können nur Delegierte des Parteitages gewählt werden. Diese Kommissionen können zur Unterstützung weitere Personen heranziehen. Die Wahlen zu den Kommissionen finden in offener Abstimmung statt, die Wahlordnung findet keine Anwendung.

(4) Der Ablauf der Beratungstage des Parteitages richtet sich nach der beschlossenen Tagesordnung und dem beschlossenen Zeitplan.

2. Beschlussfähigkeit

(1) Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner satzungsgemäß gewählten Delegierten anwesend ist.

(2) Die Beschlussfähigkeit wird durch die Mandatsprüfungskommission festgestellt. Sie erstattet dem Parteitag zu jedem Beratungstag einen Bericht über die Mandatsprüfung.

(3) Zur Feststellung der Beschlussfähigkeit melden sich die Delegierten zu jedem Beratungstag bei der Mandatsprüfungskommission an. Verlässt ein/e Delegierte/r vor dem Schluss des Beratungstages für eine längere Zeit als eine Stunde das Tagungsobjekt, so meldet sie/er sich bei der Mandatsprüfungskommission ab. Die Mandatsprüfungskommission gibt gegebenenfalls dem Tagungspräsidium unverzüglich einen Hinweis, wenn sie erkennt, dass so viele Delegierte sich abgemeldet haben, dass in absehbarer Zeit die Beschlussfähigkeit des Parteitages gefährdet sein kann.

3. Rederecht, Worterteilung

(1) Delegierte haben Rederecht. Gästen kann das Rederecht erteilt werden. Wortmeldungen sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen.

(2) Das Wort wird durch das Tagungspräsidium erteilt. Spricht ein/e Redner/in nicht zur Tagesord-

nung oder wird unsachlich, so ist sie/er zunächst zur Ordnung zu rufen. Setzt sie/er ihr/sein Verhalten fort, so ist ihr/ihm das Wort durch das Tagungspräsidium zu entziehen. Es darf ihr/ihm zum gleichen Tagesordnungspunkt nicht erneut erteilt werden. Die Worterteilung soll im Wechsel an Frauen und Männer erfolgen (quotierte Worterteilung).

(3) Redebeiträge sind vom Pult zu halten. Zu Anfragen an das Tagungspräsidium oder an RednerInnen sowie Anträgen zur Geschäftsordnung wird am Saalmikrofon das Wort erteilt.

(4) Die Redezeit beträgt in der Regel 5, längstens 8 Minuten, bei Anfragen und Anträgen zur Geschäftsordnung eine Minute. Die Redezeiten für das Referat der/s Landesvorsitzenden und andere Referate werden mit dem Zeitplan gesondert beschlossen. Redezeiten für die Vorstellung von KandidatInnen bei Wahlen regelt die Wahlordnung.

(5) Auf Antrag eines Stimmberechtigten und mit Beschluss des Parteitages kann von diesen Regelungen abgewichen werden.

4. Stimmrecht, Beschlussfassung

(1) Stimmrecht haben alle anwesenden satzungsgemäß gewählten Delegierten.

(2) In der Anlage 1 zu dieser Geschäftsordnung werden die Delegierten aufgezählt, die lediglich Gastmitglieder der LINKEN sind (§ 5 Landessatzung). Sie haben für die Dauer des 1. Landesparteitags bei allen Tagungen Stimmrecht bei Abstimmungen zu allen Anträgen, außer bei Abstimmungen über Satzungsangelegenheiten, über Finanzordnungen, Finanzpläne, die Verwendung von Finanzen und Vermögen und über Haftungsfragen.

Sie haben das aktive Wahlrecht bei den Wahlen zu den Arbeitsgremien des Landesparteitags sowie bei den Wahlen des Landesvorstands, der Landesfinanzrevisionskommission, der Landesschiedskommission und den Delegierten im Bundesausschuß, das passive Wahlrecht bei der Wahl der Delegierten zum Bundesausschuß sowie das Recht Kandidatinnen oder Kandidaten zu den Wahlen vorzuschlagen.

(3) Beschlüsse werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gefasst, Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Dies gilt auch für Wahlen nach Ziffer 1 Absatz 3. Beschlüsse zur Änderung der Geschäftsordnung werden mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten gefaßt.

(4) Jede/r Delegierte hat das Recht, im Anschluss an einen Tagesordnungspunkt, eine Wahl oder eine Abstimmung eine persönliche Erklärung oder eine Erklärung zum Abstimmungsverhalten zu geben. Sie sind dem Protokoll beizufügen. Minderheitenvoten sind Erklärungen in diesem Sinne.

Wahlordnung

des 2. Landesparteitags der Partei DIE LINKE. Landesverband Brandenburg

1. Grundlagen und Gültigkeit

Die Wahlen erfolgen auf der Grundlage der Wahlordnung der Partei DIE LINKE (Bundeswahlordnung). Diese Ordnung gilt für die Wahlen des Landesvorstandes, der Landesfinanzrevisionskommission, der Landesschiedskommission sowie der Delegierten zum Bundesausschuss.

2. Wahlrecht

Aktives Wahlrecht besitzen die gewählten Delegierten des 2. Landesparteitages. Passives Wahlrecht besitzen alle Mitglieder der Partei DIE LINKE.

3. Kandidaturen

Alle LINKE-Mitglieder und LINKE-Gastmitglieder können Vorschläge für Kandidaturen unterbreiten.

Vor jedem ersten Wahlgang erhält jede Kandidatin/jeder Kandidat die Möglichkeit, sich vorzustellen. Die Redezeit ist mit Ausnahme der Kandidaturen zu folgenden Funktionen auf 5 Minuten begrenzt.

Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt des Landesvorsitzes erhalten eine Redezeit von 20 Minuten. Die Redezeit der Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt der Landesgeschäftsführung, der Landesschatzmeisterei und der/des stellvertretenden Landesvorsitzenden wird auf 10 Minuten begrenzt.

Nach der Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten können Anfragen an diese gerichtet und Erklärungen zu Kandidaturen abgegeben werden. Die Redezeit pro Anfrage und Erklärung ist auf 2 Minuten begrenzt.

4. Wahlen

4.1. Einzelwahlen von Parteiämtern/Einzelmandaten

Der Landesparteitag wählt im Einzelwahlverfahren in getrennten Wahlgängen

- die Landesvorsitzende/den Landesvorsitzenden
- die Landesgeschäftsführerin/den Landesgeschäftsführer
- die Landesschatzmeisterin/den Landesschatzmeister

Tritt in einem Wahlgang für ein Einzelamt nur eine Kandidatin/nur ein Kandidat an und erreicht im ersten Wahlgang nicht die erforderliche Stimmenmehrheit, findet mit derselben Kandidatin/demselben Kandidaten ein zweiter Wahlgang statt.

Wird auch in diesem Wahlgang die erforderliche Stimmenmehrheit nicht erzielt, wird eine neue Liste von Kandidatinnen / Kandidaten für das Amt aufgestellt und danach ein neuer erster Wahlgang durchgeführt.

Für den Fall, dass in dem jeweiligen Wahlgang mehrere Kandidatinnen/Kandidaten antreten und keine Kandidatin/kein Kandidat die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erzielt, erfolgt eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten des ersten Wahlganges. Gewählt ist in diesem drit-

ten Wahlgang, wer die meisten Stimmen auf sich vereint.

4.2. Gruppenwahl von gleichberechtigten Parteiämtern

Der Landesparteitag wählt im Gruppenwahlverfahren gemäß § 6 Bundeswahlordnung¹

- 2 bis 4 stellvertretende Landesvorsitzende

Über die genaue Anzahl der zu wählenden stellvertretenden Landesvorsitzenden entscheidet der Landesparteitag gemäß § 18 Abs. 1 Landessatzung durch Beschluss. Die/der neugewählte Landesvorsitzende wird den Vorschlag dazu einbringen.

Für den Fall, dass nach dem ersten Wahlgang nicht alle Ämter besetzt werden, erfolgt ein zweiter Wahlgang mit den nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten.

4.3. Gruppenwahl von Parteigremien und Delegiertengruppen

Der Landesparteitag wählt im Gruppenwahlverfahren gemäß § 6 Bundeswahlordnung

- weitere Mitglieder des Landesvorstandes, so dass der Landesvorstand unter Berücksichtigung der in Einzelwahl gewählten Mitglieder und unter Berücksichtigung der Zahl der zu wählenden stellvertretenden Landesvorsitzenden insgesamt 20 Mitglieder umfasst.
- Eine Landesfinanzrevisionskommission in der Stärke von 5 Mitgliedern.
- Eine Landesschiedskommission in der Stärke von 7 Mitgliedern.
- die sechs Mitglieder und ihre Ersatzmitglieder des Landesverbands im Bundesausschuss (Die Ersatzmitglieder werden in gesonderten Wahlgängen zu den jeweiligen Mitglieder im BA gewählt.)

4.4. Stimmabgabe, notwendige Mehrheit zur Wahl

Gemäß § 8 Bundeswahlordnung kann zu jedem Bewerber eine JA-Stimme, eine NEIN-Stimme oder eine Enthaltung gewählt werden. Fehlt eine Kennzeichnung gilt dies als Enthaltung. Bei mehr als doppelt so vielen Bewerbern wie zu vergebenden Plätzen entfällt die Möglichkeit der NEIN-Stimmabgabe (§ 8 Abs. 5 Bundeswahlordnung).

Gewählt ist in den Gruppenwahlgängen des Punkt 4.3. abweichend von § 10 Abs. 1 Bundeswahlordnung, wer mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen auf sich vereint (Beschluss gemäß § 10 Abs. 2 Bundeswahlordnung). Im Übrigen gelten die Regeln der §§ 10 und 11 Bundeswahlordnung².

5. Quotierung

Die Wahlgänge können bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 6 Bundeswahlordnung zusammengefasst oder parallel abgehalten werden.

¹ § 6 Bundeswahlordnung lautet:

§ 6 Wahl für gleiche Parteiämter oder Mandate

(1) Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter oder Mandate werden in der Regel in zwei aufeinander folgenden Wahlgängen durchgeführt. Dabei werden im ersten Wahlgang die gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) den Frauen vorbehaltenen Parteiämter oder Mandate besetzt. Im zweiten Wahlgang werden die danach verbleibenden Parteiämter oder Mandate besetzt.

(2) Beide Wahlgänge können parallel stattfinden, wenn nicht mehr Frauen vorgeschlagen werden als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt mindestens gewählt werden sollen oder wenn alle (weiblichen) Bewerberin-

nen bereits vorab auf die Teilnahme am zweiten Wahlgang verzichten. Die Teilung in zwei Wahlgänge entfällt, wenn nicht mehr Männer vorgeschlagen werden, als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt höchstens gewählt werden können.

[...]

² § 10 und 11 Bundeswahlordnung lauten:

§ 10 Erforderliche Mehrheiten

(1) Gewählt sind in einem Wahlgang diejenigen, bei denen die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist, als die zusammengefasste Zahl der gültigen Nein-Stimmen und der gültigen Enthaltungen (absolute Mehrheit). Durch Satzung oder durch Versammlungsbeschluss kann für bestimmte Ämter auch ein höheres Quorum bestimmt werden.

(2) Bei Delegiertenwahlen oder - nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss - auch bei anderen Wahlen ist es ausreichend, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist als die Zahl der gültigen Nein-Stimmen (einfache Mehrheit). In Wahlgängen ohne die Möglichkeit von Nein-Stimmen haben die Bewerberinnen bzw. Bewerber die einfache Mehrheit erreicht, wenn sie auf mindestens einem Viertel der gültigen Stimmzettel gewählt wurden. Durch Versammlungsbeschluss kann ein anderes Mindestquorum bestimmt werden.

§ 11 Reihenfolge der Wahl und Verfahren bei Stimmgleichheit

(1) Haben in einem Wahlgang mehr Bewerberinnen oder Bewerber die jeweils erforderliche Mehrheit erreicht, als überhaupt Parteiämter oder Mandate zu besetzen waren, sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den höchsten Ja-Stimmen-Zahlen gewählt.

(2) Bei Delegiertenwahlen sind alle weiteren Bewerberinnen und Bewerber mit der erforderlichen Mehrheit in der Reihenfolge ihrer Ja-Stimmen-Zahl als Ersatzdelegierte gewählt, soweit nicht zur Wahl der Ersatzdelegierten gesonderte Wahlgänge stattfinden.

(3) Entfällt auf mehrere Bewerberinnen bzw. Bewerber die gleiche Stimmzahl, entscheidet eine Stichwahl.

(4) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes sind die Bewerberinnen und Bewerber in der Reihenfolge ihrer Ja-Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie sowohl die erforderliche Mehrheit nach § 10 dieser Ordnung erhalten haben, als auch der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen. Die Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung ist bereits im ersten Wahlgang (nach § 6 Absatz 1 Satz 2) anteilig zu berücksichtigen.

Reden des Parteitages

Thomas Nord Vorsitzender DIE LINKE. Land Brandenburg

Einen wunderschönen guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen.

Wahlparteitage, liebe Genossinnen und Genossen, sind wie wir wissen, Parteitage auf denen man gerne Bilanz zieht. Wir können heute auf diesem Parteitag eine erfolgreiche Bilanz ziehen.

Aber das reicht natürlich nicht aus und es geht auch nicht darum, mit einer geschönten Bilanz heute gute Stimmung für die Neuwahl eines Landesvorstandes zu machen, sondern es geht natürlich auch darum, die politische Situation, so wie sie sich jetzt darstellt, zu analysieren und Vorschläge zu machen für das, was wir in den kommenden zwei Jahren gemeinsam noch zu bewältigen haben.

Wenn ich mit der Bilanz anfangen dann deswegen, weil ich glaube, dass es gut ist, dass wir zu Beginn unseres heutigen Parteitages noch mal an uns vorbeiziehen lassen, was wir alle gemeinsam in den letzten zwei Jahren erreicht haben. Und das ist viel mehr als man manchmal glaubt. Und da sind viele Sachen dabei, die sehr schnell in Vergessenheit geraten, die aber mit sehr hohem Engagement der Genossinnen und Genossen verbunden waren. Und deswegen finde ich, sollten sie auf einem solchen Parteitag auch noch einmal erwähnt werden.

Wir waren in den letzten zwei Jahren vor allem eine außerparlamentarisch und parlamentarisch erfolgreiche Oppositionspartei hier in Brandenburg, liebe Genossinnen und Genossen, auch wenn das manchen schon wieder nicht mehr in Erinnerung ist. Die letzte Legislaturperiode begann im Februar 2008 und da waren wir Opposition und diese Opposition haben wir in den letzten Jahren erfolgreich ausgefüllt.

Ich will es an einigen Dingen benennen, gerade weil ich glaube, dass wir immer wieder auch sagen müssen, dass wir sowohl als Regierungspartei als auch als Oppositionspartei unseren Wählerinnen und Wählern verpflichtet sind und das das eine das andere nicht ausschließt.

Wir haben das Jahr 2008 begonnen mit der Volksinitiative für ein Sozialticket hier in Brandenburg. Liebe Genossinnen und Genossen, das war erfolgreich. Wir haben fortgesetzt mit einer Volksinitiative für die elternbeitragsfreie Schülerbeförderung. Auch dieses Volksbegehren, liebe Genossinnen und Genossen, war zumindest teilweise erfolgreich. Wir haben eine erfolgreiche Volksinitiative gegen neue Tagebaue gestartet. Das kann man an dieser Stelle durchaus sagen, auch wenn das nachfolgende Volksbegehren dann kein Erfolg war sondern eine Niederlage, die wir auch einräumen müssen. Wir haben eine Volksinitiative für eine verbesserte Ausstattung der Musikschulen in den letzten Jahren erfolgreich gestaltet. Und ich sage jetzt, auch unsere Regierungsbeteiligung hat dazu beigetragen, dass diese Volksinitiative zumindest ein Teilerfolg für die Initiatoren gewesen ist und wir davon reden können, dass wir sehr wohl dazu beigetragen haben, dass die finanzielle Situation der Musikschulen eine bessere geworden ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, die vergangenen zwei Jahre waren auch davon geprägt, dass wir eine Auseinandersetzung weiter geführt haben, die 17 Jahre lang gedauert hat. Es ist in der vergan-

genen Wahlperiode gelungen, einen Beitrag dafür zu leisten, dass die Kyritz-Ruppiner-Heide nicht als Bombenabwurfplatz für die Bundeswehr genutzt wird. Auch hier haben wir einen großen Anteil.

Wir waren über alle zwei Jahre aktiv mit vielen anderen hier im Land gegen Rechtsextremismus und, liebe Genossinnen und Genossen, wenn es ein Ergebnis der letzten Landtagswahl gibt, worüber alle demokratischen Parteien im Land froh sein sollten, dann ist es die Tatsache, dass die DVU nicht wieder in den Brandenburgischen Landtag eingezogen ist, und auch die NPD ihr Ziel in diesen Landtag einzuziehen, nicht erreicht hat, dass es der NPD nicht gelungen ist, ihr Einzugsgebiet von Sachsen über Mecklenburg-Vorpommern auszudehnen. Das war ihr Vorhaben und wir haben es erfolgreich verhindert.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, wir haben auch in der Regierung nicht aufgehört außerparlamentarisch aktiv zu sein, obwohl wir in der Opposition damit begonnen haben. Vor wenigen Wochen haben wir die hunderttausendste Unterschrift gegen die Privatisierung der Seen hier in Brandenburg an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages übergeben. Auch das gehört zu einer erfolgreichen Bilanz, die hier zu benennen ist.

Aber, und das ist uns sicherlich allen noch sehr gut in Erinnerung, wir waren nicht nur eine erfolgreiche Oppositionspartei, sondern wir waren in den letzten zwei Jahren außerordentlich erfolgreich bei Wahlen. Diese Wahlkämpfe haben, und das wisst ihr, viele unserer Kräfte gebunden. Zum Teil war es ein Kampf bis zur Erschöpfung. Manchmal hat dieser Kampf sein Ende nicht am Wahltag gefunden sondern erst sehr viel später. Und ich sage noch mal an alle Genossinnen und Genossen an dieser Stelle herzlichen Dank, die bis zu den Landtagswahlen und Bundestagswahlen mit ihrer ganzen Kraft für diese Wahlergebnisse gekämpft haben. Aber ich möchte mich auch bei denen noch mal außerordentlich bedanken, die in den Tagen und Wochen und Monaten danach ihre ganze Kraft dafür eingesetzt haben, dass aus diesem Erfolg bei den Landtagswahlen auch hier im Land eine rot-rote Koalition wird und wir unseren Wählerauftrag an dieser Stelle erfüllt haben.

Ich finde schon, dass die Genossinnen und Genossen die das waren, der Sondierungsgruppe des Landesvorstandes des kleinen Parteitag, aber auch die, die in den Kreisen dann teilgenommen haben an den Basiskonferenzen, an dieser Stelle durchaus Applaus verdient haben. Das war eine harte Zeit, wir haben sie gemeinsam erfolgreich bestanden.

Unser Ziel in diesen Wahlkämpfen war es, auf Augenhöhe mit der SPD hier in Brandenburg Politik zu machen. Unser Ziel war es Rot-Schwarz zu beenden, Schönboom in den Ruhestand zu schicken und zu verhindern, dass Wanka und Petke hier regieren. Das ist gelungen, liebe Genossinnen und Genossen, und das ist kein kleiner Erfolg sondern das ist wichtig auch wenn ich weiß, dass wir nicht deswegen den Wahlkampf geführt haben, um die CDU hier alleine zu verhindern, sondern weil wir einen Politikwechsel erreichen wollten und den wollen wir immer noch erreichen. Dafür setzen wir uns jetzt in einer rot-roten Koalition ein.

Wir haben in den vergangenen zwei Jahren aber nicht nur erfolgreiche Landtagswahlen gestalten und, liebe Genossinnen und Genossen, es ist uns bei diesen Landtagswahlen gelungen fünfzigtausend Wählerinnen und Wähler mehr zu gewinnen als zu den Protestwahlen 2004, das will ich hier an dieser Stelle deutlich sagen, und zwar mit einem Regierungswahlkampf. Ich weiß, dass das bei uns immer umstritten ist. Aber 90 Prozent unserer Wählerinnen und Wähler wollten, dass wir regieren. Das ist von den Wählerinnen und Wählern bei den Landtagswahlen honoriert worden. Wir haben plakatiert „Brandenburg wird rot-rot“ und wir haben Wort gehalten. Brandenburg ist rot geworden und darauf können wir durchaus stolz sein.

Bevor wir aber die Landtagswahlen so gestalten konnten, hatten wir ein bemerkenswert gutes Kommunalwahlergebnis. Es ist uns gelungen, das beste Kommunalwahlergebnis in der Geschichte der

Gesamtpartei zu erringen. Knapp 25 Prozent der Wählerinnen und Wähler haben uns bei den Kommunalwahlen im Herbst 2008 gewählt. Das ist ein Ergebnis, das noch kein Landesverband der PDS oder der LINKEN hier in der Bundesrepublik erreichen konnte. Auch das ist ein Grund, finde ich, ein Ergebnis, auf das wir stolz sein können. Ganz besonders stolz war ich natürlich auf das Wahlergebnis in Frankfurt (Oder), wo wir 37 Prozent der Stimmen erzielen konnten. Ich finde, das macht deutlich, dass wir im Land noch deutlich Reserven haben und auch insgesamt noch stärker werden können.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind bei den Europawahlen stärkste Partei geworden. Wir haben zwar nur 26 Prozent der Stimmen erzielt bei einer sehr mäßigen Wahlbeteiligung, aber, liebe Genossinnen und Genossen, auch das war nicht selbstverständlich, denn wir haben uns vor diesen Europawahlen einen Bundesparteitag geleistet, bei dem Personalquerelen im Vordergrund standen und der uns sehr wohl daran gehindert hat, dann einen erfolgreichen Europawahlkampf insgesamt zu führen. Dieses Ergebnis und die Ursachen, die zu ihm geführt haben, sollten wir uns wirklich lange merken, weil ich manchmal das Gefühl habe, dass unser Gedächtnis in diesen Fragen sehr, sehr kurz ist und wir immer wieder vergessen, eine zerstrittene Partei wird nicht gewählt.

Wir sind bei den Bundestagswahlen stärkste Partei geworden. Auch das, liebe Genossinnen und Genossen, keine Selbstverständlichkeit sondern erstmalig. Wir haben das erste Mal hier in Brandenburg Direktmandate gewonnen. Dagmar ist direkt in den Deutschen Bundestag eingezogen. Beim letzten Mal hatten wir es noch nicht geschafft, diesmal haben wir es geschafft. Sabine Stüber auch, Wolfgang Neskovic auch und ich auch. Ich denke, das ist auch ein gemeinsamer großer Erfolg, dass wir den Sozialdemokraten hier im Land vier Direktmandate abgenommen haben. Auch auf diesen Erfolg, liebe Genossinnen und Genossen, können wir durchaus immer noch stolz sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, in Brandenburg ist uns etwas gelungen, was uns in Hessen, im Saarland und in Thüringen nicht gelungen ist. Wir haben hier eine rot-rote Landesregierung gebildet und das war keine Selbstverständlichkeit. Es war durchaus eher anzunehmen, dass uns das im Saarland und in Thüringen gelingen könnte, weil dort alle Parteien, die eine neue Regierung hätten bilden können, gemeinsam aus der Opposition kamen. Und wenn man aus der Opposition kommt, liebe Genossinnen und Genossen, ist es immer etwas einfacher auch inhaltliche Forderungen durchzusetzen beziehungsweise sich auf solche zu einigen. Merkwürdigerweise ist das diesmal nicht gelungen. Es lag nicht an uns, das wissen wir. Es lag im Saarland an den Grünen, von denen wir inzwischen wissen, dass sie zumindest den Verdacht der Korruption nicht völlig abschütteln können. Und es lag in Thüringen an einem Politiker namens Matschie und da ist der Name Programm.

Das es uns hier gelungen ist, war eben eine besondere Situation. Und das lag zum einen am Wahlergebnis, das dazu geführt hat, dass wir jetzt nicht mehr vier Parteien im Landtag sind sondern fünf und alle Parteien, die vorher im Landtag waren, weniger Landtagsmandate hatten, als sie zuvor hatten. Und es lag daran, dass die CDU im Lande Brandenburg so ist wie sie ist. Dass man ziemlich genau weiß, dass man sich auf sie nicht verlassen kann und die Sozialdemokraten hat das dazu gebracht, letztlich ernsthaft mit uns zu verhandeln.

Ich denke, dass wir in dieser Situation deutlich gemacht haben, dass wir auf diese Verhandlungen gut vorbereitet waren. Wir haben den Wählerinnen und Wählern vor diesen Wahlen nichts versprochen, von dem wir nicht meinten, dass es nach den Wahlen auch eingehalten werden kann. Das hatten wir aus Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gelernt. Wir hatten 15 Schlüsselprojekte definiert, von denen wir ausgegangen sind, dass sie sich im Wesentlichen im Koalitionsvertrag wiederfinden müssten, damit wir dieser Koalition zustimmen können. Die Masse dieser Schlüsselprojekte

steht heute im Koalitionsvertrag der rot-roten Regierung und ist unser Leitfaden für das zukünftige Handeln.

Liebe Genossinnen und Genossen, dass sie im Koalitionsvertrag stehen, heißt aber noch nicht, dass sie Wirklichkeit sind. Und jeder der meint, dass man nach hundert Tagen mit etwas fertig ist, was man sich für fünf Jahre vorgenommen hat, der irrt sich. Das, was im Koalitionsvertrag steht, jetzt tatsächlich umzusetzen und zu realer Politik hier in Brandenburg zu machen, die die Bürgerinnen und Bürger auch im positiven Sinne spüren, das ist das, was wir in den nächsten fünf Jahren gemeinsam erfolgreich gestalten müssen. Und manchmal merken wir schon, dass das hin und wieder etwas schwieriger ist, als aus der Opposition etwas zu fordern. Ich denke aber, wir sind in der Pflicht diese Versprechen, die im Koalitionsvertrag stehen umzusetzen. Und ich bin sicher, wenn uns das gelingt, ist das mit einem Politikwechsel hier in Brandenburg verbunden und werden wir auch eine erfolgreiche Regierungspartei sein. Es ist unsere Aufgabe gemeinsam darum zu kämpfen. Und ich denke, Kerstin wird nachher im zweiten Tagesordnungspunkt dazu ausführlicher sprechen. Und ich hoffe, auch unsere Ministerinnen und Minister, die wir hier heute alle schon begrüßt haben, werden in der Diskussion deutlich machen, worin ihr Anspruch in dieser Regierung besteht, was sie gemeinsam mit der Landtagsfraktion in ihr umsetzen wollen, wo wir bis jetzt sind und wo wir hinwollen in den nächsten Wochen.

Der Regierungswechsel, das ist uns allen nicht verborgen geblieben, hat wütende bis, ich kann schon sagen, hasserfüllte Reaktionen bei den Oppositionsparteien hier in Brandenburg ausgelöst, in besonderem Maße bei der CDU. Und ich denke, man kann gerade bei der CDU schon von regelrechter Hysterie reden, wenn es darum geht, die jetzige rot-rote Landesregierung zu beurteilen.

Allerdings, liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen das, haben wir selber dazu beigetragen, dass die Opposition hier im Land in den ersten Monaten nach der Regierungsbildung durchaus Wirkung erzielen konnte und selbst das Vertrauen unter unseren eigenen Wählerinnen und Wählern kurzzeitig zurückgegangen ist, auf 23 Prozent im Dezember. Wir konnten das lesen.

Die erneute Auseinandersetzung um unseren Umgang mit der Geschichte und den Biographien war notwendig. Wir konnten ihr nicht ausweichen und wir wollten das auch nicht. Auch wenn wir uns diese Auseinandersetzung so wie sie verlaufen ist, komplett hätten ersparen könne. Es wäre nicht nötig gewesen, seine Biographie vor diesen Landtagswahlen den Wählerinnen und Wählern nicht mitzuteilen oder der Partei nicht zu sagen, ich habe dieses oder jenes zu DDR-Zeiten gemacht. Das kann man in unserer Partei und das muss man sogar, wenn man sich den Wählerinnen und Wählern für ein öffentliches Amt anbietet. Das haben wir 1991 und 1993 als PDS beschlossen. Und, liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen bei diesen Beschlüssen bleiben. Deswegen liegen sie auch heute und morgen erneut zur Beschlussfassung vor.

Warum müssen wir dabei bleiben? Es wird uns immer wieder unterstellt, wir wollen einen Schlussstrich unter die Geschichte ziehen. Mal abgesehen davon, dass das Unsinn ist, weil man einen Schlussstrich unter Geschichte nicht ziehen kann, sondern sie immer wieder neu diskutiert werden wird und weil wir das auch so im Koalitionsvertrag stehen haben, ist es für uns und wird es für uns immer eine dringende Notwendigkeit bleiben für den eigenen politischen Weg Klarheit darüber zu haben, was wir in der Vergangenheit falsch gemacht haben. Nur wer sich kritisch mit der Vergangenheit auseinandersetzt, insbesondere bei uns, kann glaubwürdig deutlich machen, dass wir heute für die Einheit von politischen und sozialen Menschenrechten stehen und nicht für die einseitige Betrachtung sozialer Menschenrechte unter dem Aspekt, dass da und da auch Politische leiden dürfen. Das ist eine Lehre, die haben wir aus der Geschichte gezogen. Und wenn wir diese Lehre glaubwürdig nach außen vertreten wollen, dann müssen wir auch offen und öffentlich mit unseren

Biographien umgehen, wenn wir kandidieren. Jeder der das nicht tut, der verletzt nicht nur seine eigene Glaubwürdigkeit sondern die Glaubwürdigkeit der ganzen Partei. Und das können wir uns nicht leisten und wollen wir uns auch nicht leisten.

Und, liebe Genossinnen und Genossen, wir können und wollen es uns auch nicht leisten, weil es Opfer der Repressionspolitik der SED und des MfS hier in Brandenburg, in Deutschland gibt. Und diese Opfer haben unseren Respekt verdient und diesen Respekt können wir nur deutlich machen, wenn wir mit uns selbst ehrlich umgehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, diese Situation in den Monaten nach der Landtagswahl hat uns geschadet. Das ist ohne Zweifel so gewesen. Und sie hat dazu beigetragen, dass wir bei den Bürgermeister- und Landratswahlen sehr schwierige Bedingungen für die Kandidatinnen und Kandidaten hatten. Und ich denke, wir sind allen Genossinnen und Genossen, die sich in dieser Situation dem Wählervotum gestellt haben, zu Dank verpflichtet, dass sie in der Situation für DIE LINKE gekämpft hatten, auch wenn sie dabei wenig Chancen hatten, etwas zu gewinnen. Die Ergebnisse sind nicht befriedigend, insbesondere nicht bei den Landratswahlen. Und trotzdem denke ich, haben die Ergebnisse in Oberspreewald- Lausitz und in der Uckermark deutlich gemacht, wir müssen nicht abweichen von der Direktwahl der Landräte. Wir haben lange darum gekämpft, dass sie in Brandenburg eingeführt wird. Es ist nachgewiesen, dass es geht, dass das Quorum erreicht werden kann. Allerdings, liebe Genossinnen und Genossen, wird auch deutlich, wenn sich die Parteien nicht bemühen, ihre Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren, dann wird das Quorum eben nicht erreicht. Das kann aber doch nicht dazu führen, dass wie CDU, FDP und Grüne gefordert haben, dass das Quorum abgesenkt wird. Da werden die Parteien ja noch fauler. Das kann doch wohl nicht sein, dass man dazu sagt, wenn 15 Prozent der Wählerinnen und Wähler nicht bereit sind einen Kandidaten zu wählen, na, dann müssen wir das Quorum eben abschaffen, es reichen auch fünf Prozent. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist nicht mein Verständnis von Demokratie. 15 Prozent ist wenig und ich bin der Meinung, wenn die Parteien in Brandenburg insgesamt es nicht mehr schaffen 15 Prozent der Wählerinnen und Wähler für eine Wahl eines Landrates zu mobilisieren, dann haben sie ihre Aufgabe nicht erfüllt und dann gehören sie - die Parteien - kritisiert und nicht die Wählerinnen und Wähler.

Aber wir haben bei den Bürgermeisterwahlen durchaus auch Erfolge erzielt. Die waren nicht ganz so groß, wie wir erhofft haben, deswegen aber trotzdem noch mal von dieser Stelle aus Glückwunsch an Uwe Malich in Wildau, der wiedergewählt worden ist, Glückwunsch an Dagmar Püschel, die eine kleine Sensation geschafft hat und in Eisenhüttenstadt Bürgermeisterin geworden ist und Glückwunsch an Monika Nestler, die in Nuthe-Urstromtal ebenfalls als Bürgermeisterin gewählt worden ist.

Morgen, liebe Genossinnen und Genossen, können wir unsere Gesamtbilanz bei den Bürgermeisterwahlen vielleicht so gestalten, wie sie vor diesen Wahlen waren. Wir hatten mal 15 hauptamtliche. Im Moment haben wir, glaube ich, noch 12. drei treten morgen an und haben vielleicht sogar die Chance zu gewinnen. Von Stefan Ludwig war hier schon die Rede, in Templin tritt für uns Detlef Tabbert an und in Erkner Elvira Strauß. Wir wünschen allen drei Genossinnen und Genossen viel Erfolg bei den Wahlen morgen und hoffen, dass wir sie in den Reihen unserer Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, unserer hauptamtlichen wohl gemerkt, am Montag begrüßen können.

Unterstützen tun wir auch Roland Resch bei der Landtagswahl in der Uckermark. Roland Resch - einst Bündnisgrüner, heute noch für sie im Kreistag sitzend - kandidiert, hat die Unterstützung unserer Basis gefunden und selbstverständlich kämpfen wir auch für Roland Resch und hoffen, dass

wir den ersten von uns unterstützten Landrat bei einer Direktwahl auch am morgigen Tag begrüßen können.

Liebe Genossinnen und Genossen, zur schwierigen Lage der Partei in den letzten Monaten hat auch die Situation an der Spitze der Bundespartei beigetragen. In unserem Leit Antrag schreiben wir, DIE LINKE verändert die Außen-, die Wirtschafts- und Sozialpolitik, DIE LINKE stellt Forderungen, die viele unterstützen. Oft können wir feststellen: DIE LINKE wirkt.

Die Mehrheit der Bevölkerung und die beiden christlichen Kirchen lehnen es ab, Deutschland am Hindukusch zu verteidigen. Immer mehr Menschen wissen, der Krieg in Afghanistan ist nicht zu gewinnen, auch nicht mit mehr Soldaten, die jetzt der Bundestag dorthin entsandt hat. Sie wollen wie wir, dass Krieg kein Mittel der Politik und das Völkerrecht die Grundlage der Außenpolitik ist. Die linke Wirtschaftspolitik hat in der Finanzkrise eine Renaissance erlebt. Die neoliberale Ideologie der Deregulierung hat die Weltwirtschaft in die Krise geführt und Korrekturen die, wenn auch nicht konsequent, den von linken Parteien Befürwortung hin systemisch folgen, haben dagegen ihren Zusammenbruch verhindert. Bei Hartz IV fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband eine Totalrevision. Mittlerweile gibt es fast jeden Tag neue Vorschläge, um Hartz IV zu verändern. Die anderen Parteien überarbeiten Hartz IV in die eine oder andere Richtung, weil wir sie dazu zwingen oder weil sie vom Bundesverfassungsgericht dazu gezwungen werden. Für den gesetzlichen Mindestlohn werben neben der Partei DIE LINKE und den Gewerkschaften jetzt auch SPD und Grüne. Dass die jetzige Rentenformel nicht zu halten ist, wird immer deutlicher.

Unsere Wahlerfolge verdanken wir diesen in den letzten Jahren gemeinsam erarbeiteten und vertretenen Forderungen. DIE LINKE ist für ihre Anhängerinnen und Anhänger die Partei des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen und wirtschaftlichen Vernunft. Sie stimmt im Bundestag gegen Kriegseinsätze. Sie wendet sich gegen Sozialabbau, tritt in Regierungen dafür ein, öffentliche Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger nicht durch Personalabbau zu verschlechtern, Kürzungen sozialer Leistungen nach Kräften zu verhindern und ist gegen die Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Sie streitet für den Ausbau dezentral erzeugter und genutzter erneuerbarer Energien. Sie will den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie sowie den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung.

Liebe Genossinnen und Genossen, das haben wir den Wählerinnen und Wählern versprochen. Dafür sind wir im Bundestagswahlkampf angetreten. Dafür haben wir zwölf Prozent der Stimmen erhalten. Und es ist richtig, dass wir wirken. Aber, wir dürfen niemals vergessen, warum das so ist. Das ist nicht so, weil wir da sind. Sondern das ist deswegen so, weil diese Gesellschaft so ist, wie sie ist. Und weil diese Gesellschaft, weil die Wählerinnen und Wähler in dieser Gesellschaft nach einer politischen Alternative verlangen, die genau diese Forderungen stellt. Und nur wenn wir es verstehen, diese Bürgerinnen und Bürger anzusprechen und für diese Politik auch zu mobilisieren, dann können wir entsprechend zwölf Prozent erzielen. Diese zwölf Prozent ändern, obwohl wir Einfluss haben auf das, was die anderen machen, aber nichts, immer noch nichts, an der realen Lage in diesem Land.

Es stimmt, zwei Jahre nach Ausbruch der kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftskrise kämpfen Gewerkschaften, Beschäftigte und soziale Bewegungen täglich gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen und Sozialabbau. Ernsthafte Konsequenzen hat die Politik bis heute aus der Krise nicht gezogen. Die Strukturen, die in die Krise geführt haben sind alle intakt: Renditedruck der Finanzmärkte, Umverteilung von unten nach oben, Reallohnverfall, Deregulierung der Arbeitsmärkte, feh-

lende sozialökologische Neuausrichtung, Überakkumulation. Die Bankenrettung, Abwrackprämie und Kurzarbeit haben nur die Folgen der Krise vorübergehend abgemildert. Maßnahmen zur Bekämpfung der Ursachen haben CDU und FDP nicht unternommen. Öffentliche Kritik an der Maßlosigkeit der Manager ist billig. Veränderungen der Mechanismen des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus sind nicht erfolgt. Dass das kapitalistische Wirtschaftssystem im Alltagsbewusstsein offen in Frage gestellt wird, kommt auf der Ebene der Politik noch nicht ausreichend an. Gleichzeitig schaffen die Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise für die Gewerkschaften in den Betrieben und Verwaltungen eine defensive Ausgangsposition um die Interessen der Beschäftigten durchzusetzen. Die jüngsten Abschlüsse der IG Metall dürfen da eine deutliche Sprache reden.

Liebe Genossinnen und Genossen, in dieser Situation, in der die Menschen häufig um ihre Existenz, um ihren Arbeitsplatz kämpfen, in der viele von Armut bedroht sind oder schon arm sind, leistet sich DIE LINKE eine Personaldebatte. Und die Frage ist natürlich, dürfen die denn das.

Und es ist nicht einfach darauf zu antworten, weil es natürlich schöner wäre, wenn es diese Personaldebatte nicht gäbe. Ich sage aber auch, wir müssen sie jetzt konsequent zu Ende führen. Die PDS, liebe Genossinnen und Genossen, ist schon einmal fast daran zugrunde gegangen, dass sie es nicht geschafft hat, einen Generationswandel an der Spitze vernünftig zu organisieren und zu realisieren. Wir können uns alle noch an die Jahre 2001 und 2002 erinnern. Wir wissen was passiert, wenn Personalfragen in einer Partei nicht rechtzeitig und demokratisch entschieden werden, dann führt das zu Zerstrittenheit, zu unterschiedlichen politischen Botschaften und dazu, dass uns Wählerinnen und Wähler abstrafen.

Eine solche Situation ist in der LINKEN nach der Bundestagswahl eingetreten. Das war zum Teil vorher erkennbar und das war zum Teil vorher nicht erkennbar. Wir wussten, dass Lothar Bisky nicht erneut als Parteivorsitzender kandidieren wird und wir wussten auch, dass Karl Holluba, das ist unser Bundesschatzmeister, ebenfalls nicht erneut kandidieren wird. Und auf einen solchen Wechsel waren wir eingestellt. Bis zu der Erklärung von Oskar Lafontaine, dass er aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr kandidiert, ist man natürlich davon ausgegangen, dass Oskar der neue Vorsitzende dieser Bundespartei wird. Und ich denke, er wäre es mit großer Sicherheit auch geworden. Seine Krankheit und seine Entscheidung nicht zu kandidieren, hat eine machtpolitische Auseinandersetzung in der LINKEN in Gang gesetzt, die in ihrem Verlauf, finde ich, äußerst unangenehm war und wo man nur sagen kann, eine solche politische Kultur wünscht man sich in der LINKEN in Zukunft nicht.

Aber, klar ist auch geworden, dass der bisherige Parteibildungsprozess aus meiner Sicht, und ich denke da stehe ich nicht alleine, eben ein - in neudeutsch sogenannter - Top-Down-Prozess war. Er ist ein von oben geführter Prozess gewesen. An seiner Spitze standen drei wichtige Persönlichkeiten: Oskar Lafontaine, Gregor Gysi und Lothar Bisky, die es als Personen vermocht haben, die zahlreichen Widersprüche, die in diesem neuen Parteiprojekt noch vorhanden sind, zusammenzuführen, untereinander auszugleichen und die Gemeinsamkeiten, die politisch in dieser Partei ja durchaus in großer Menge vorhanden sind, in den Vordergrund ihres eigenen Wirkens zu stellen. Durch den Rückzug von Lothar Bisky und Oskar Lafontaine funktioniert diese Balance an der Spitze der Partei nicht mehr.

Und jetzt gibt es sicherlich Genossinnen und Genossen die meinen, dass sie diese Lücke füllen könnten. Es gibt sogar welche die meinen, sie könnten das ganz alleine für die drei. Ich sage, das ist ein großer Irrtum. Es gibt im Moment in der LINKEN keine Personen, die über vergleichbare Autorität wie Oskar Lafontaine, Gregor Gysi und Lothar Bisky verfügen. Wenn das aber so ist, dann kann man einen solchen Machtkampf, wie er sich am Beginn dieses Jahres abgezeichnet hat, nicht zulassen.

sen, sondern, liebe Genossinnen und Genossen, dann muss man sich für eine kollektive Führung in dieser Partei einsetzen. Dann muss man, so wie Gregor Gysi es gesagt hat, darum kämpfen, dass sich für diese Partei ein neues Zentrum bildet, das gemeinsam gewillt ist, diese schwierige Situation zu meistern und die Partei gemeinsam weiter erfolgreich zu führen.

Nun stand dieses Zentrum nicht schon irgendwo in der Ecke und man musste es nur einfach reaktivieren. Sondern dieses Zentrum ist zurzeit noch nicht vorhanden. Sondern es muss sich herausbilden. Wir haben aber keine Zeit, jetzt einen zweijährigen Diskussionsprozess darüber zu führen, wer möglicherweise so ein Zentrum sein kann. Deswegen hat Gregor Gysi die Initiative ergriffen und hat mit den Landesvorsitzenden versucht, einen Vorschlag zu erstreiten und ich sage euch, liebe Genossinnen und Genossen, dieser Versuch ist einfach nicht nur nicht gewöhnungsbedürftig, sondern er muss sich meinerwegen auch nicht wiederholen. Ich habe mich in dieser Nacht meiner Stimme enthalten, weil ich glaube, dass der Weg zu einem neuen Zentrum zu kommen auch nicht funktioniert, dass man dieses in Nacht- und Krisensitzung installiert.

In der Politik ist man gleichzeitig gut beraten, Realitäten zur Kenntnis zu nehmen. Und wir haben jetzt einen solchen Personalvorschlag. Und jeder mag über ihn denken wie er will. Das kann ich im Einzelnen auch gar nicht einschätzen. Ich denke schon, dass in diesem Personalvorschlag viele Genossinnen und Genossen sind, die mit ganzer Kraft darum kämpfen werden, dass sich DIE LINKE insgesamt positiv weiterentwickelt. Es gibt aber in der Partei auch nicht wenige Genossinnen und Genossen, die diesen Weg nicht mitgehen wollen. Und zwar sowohl wegen einzelner Personen in diesem Vorschlag, aber auch wegen der damit verbundenen Strukturen.

Und es war deswegen eine Überlegung von einigen wenigen, über die Frage nachzudenken, wie kann man den kommenden Bundesparteitag, der eine Woche nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen stattfindet, von der Frage entlasten, ob es auf diesem Bundesparteitag für jede einzelne Satzungsänderung die nötig wäre, eine zweidrittel Mehrheit gibt oder nicht. Diese Zweidrittelmehrheit für Satzungsänderungen wäre notwendig bei der doppelten Spitze der Parteiführung, bei der zweifachen Geschäftsführung und wahrscheinlich bei den Parteibildungsbeauftragten. Weil aber das Personalpaket um diese Struktur umstritten ist, ist nicht sicher, ob es eine solche Zweidrittelmehrheit bei jedem dieser Vorschläge gäbe. Nun kann man sagen, es ist ein demokratischer Vorgang, wenn das dann eben nicht die Mehrheit kriegt, dann eben nicht.

Liebe Genossinnen und Genossen, das Problem ist, dass wir dann anfangen ein Personalpaket aufzuschneiden, dass mühsam erarbeitet worden ist. Und jetzt sage ich, ich werbe - obwohl ich mich der Stimme enthalten habe - für dieses Personalpaket und dafür, dass wir in dieser Partei die Voraussetzungen dafür schaffen, dass es gewählt werden kann auf dem Bundesparteitag. Und ich werbe deswegen dafür, weil ich mir sicher bin, etwas Besseres werden wir sowieso im Moment nicht zustande bekommen.

Wenn die Genossinnen und Genossen, die sich da jetzt der Verantwortung stellen wollen, das mit ihrer ganzen Kraft tun, und viele davon werden sich ja heute Abend auch vorstellen, dann sollte man ihnen jetzt die Chance geben, auch deutlich zu machen, dass sie es können.

Weil aber, wie gesagt, das meine Meinung ist, und nicht die aller Genossinnen und Genossen, haben wir Landesvorsitzende aus Ost und West über die Frage nachgedacht, ob es nicht sinnvoll ist, einen Mitgliederentscheid zu initiieren, in dem deutlich wird, welche Entscheidungen jetzt getroffen werden müssen, in dem deutlich wird, welche Satzungsänderungen für welche Zeit getroffen werden müssen, damit sie dann tatsächlich auch wirksam werden, und in dem deutlich wird, dass wir wollen, dass dieser neue Bundesvorstand nicht nur einfach gewählt wird, sondern auch einen klaren Auftrag erhält.

Dieser Auftrag ist formuliert im Mitgliederentscheid mit dem Satz: Der neue Bundesvorstand wird beauftragt, einen Programmwurf der Mitgliedschaft zur Urabstimmung vorzulegen. Da sagte mein Kollege Steffen Bockhahn aus Mecklenburg-Vorpommern: Das ist die Frage: Bist du für oder gegen den Frieden? Nein, liebe Genossinnen und Genossen, das ist es nicht.

Die PDS hat 10 Jahre gebraucht, um zu einem neuen Parteiprogramm zu kommen. Und ich möchte nicht, dass DIE LINKE erneut 10 Jahre dafür braucht. Ich möchte, dass wenn wir jetzt einen Übergangsbundesvorstand wählen. Wenn sich Genossinnen und Genossen jetzt in die Verantwortung begeben, um die Partei weiter erfolgreich zu entwickeln, dass diesen Genossinnen und Genossen gesagt wird, ja, wir wollen das, dass ihr das tut, aber ihr sollt in dieser Wahlperiode auch einen Programmwurf vorlegen, den wir diskutieren können, und den wir dann noch in einer Urabstimmung annehmen wollen, damit wir vor der nächsten Bundestagswahl wissen, in welcher Partei wir sind, welches Programm diese Partei hat und welche Ziele sie verfolgt. Das finde ich, ist durchaus legitim. Einem Bundesvorstand, der unter diesen Bedingungen gewählt wird, auch einen entsprechenden Auftrag zu geben.

Es gibt jetzt Genossinnen und Genossen die sagen, dieser Teil des Mitgliederentscheides ist ja richtig, aber wir wollen über jede Frage einzeln abstimmen, was die Personalstrukturfragen betrifft. Also, über den Vorsitz extra, über die Geschäftsführer extra und über die Parteineubildungsbeauftragten auch extra. Wir haben diese Frage unter den Landesvorsitzenden, die diesen Mitgliederentscheid initiiert habe, lange diskutiert und wir haben uns entschieden diese drei Fragen in einer Abstimmung zusammenzufassen. Warum: Erstens, weil deutlich wird, dass es darum geht, dass gesamte Personalpaket wählbar zu machen und nicht nur einzelne Funktionen, weil dieses Paket die Lösung ist, nicht die einzelne Funktion. Zweitens, weil wir in dieser Fragestellung nicht nur die strukturellen Veränderungen zusammengefasst haben, sondern auch den Zeitraum, wie lange sie wirken sollen. Wir wollen, wir werben dafür, dass die Doppelspitze in dieser Partei, die quotierte Doppelspitze auf Dauer in der Satzung verankert wird. Ich finde, dass steht einer linken Partei gut zu Gesicht. Drittens, wir wollen, dass die Ausnahmeregelung der zwei Bundesgeschäftsführer eine Ausnahmeregelung bleibt und zwar für zwei Jahre. Aber mit der Option versehen, für den Fall, dass es gut funktioniert, und das hoffen wir ja alle, diesen beiden GenossInnen die Chance zu geben, noch mal zwei Jahre ranzuhängen, um die Partei insgesamt erfolgreich über die folgenden Bundestagswahlen zu führen. Ich finde, dass sollte man fairer Weise mit bedenken. Und wir wollen, dass es noch zwei Jahre zwei Parteineubildungsbeauftragte für Ost und West gibt, ich finde, dann ist auch gut. Dann sind wir entweder eine Partei oder wir werden es nie.

Und deswegen, glaube ich, kann man diese drei Fragen in einer zusammenfassen auch wenn ich weiß, dass jetzt Mitglieder unterwegs sind, die das ändern wollen. Ich würde das für keine gute Idee halten. Ich glaube, dass wir jetzt die Zustimmung der Mitglieder für diese Strukturveränderung brauchen. Diese Zustimmung für eine Strukturveränderung wäre auch die Zustimmung für ein neues Zentrum in dieser Partei und die dazugehörigen Personen. Und wir brauchen jetzt sowohl diese Strukturveränderung als auch dieses neue Zentrum, damit wir die Parteientwicklung insgesamt erfolgreich fortsetzen können. Deswegen bitte ich euch sehr darum. Die Scheine für die Mitgliederbefragung gehen bereits diese Woche raus. Sie sollen bis zum 23. April zurückgesandt werden. Ich bitte euch sehr darum, beteiligt euch aktiv an dieser Abstimmung. Tragt mit dazu bei, dass die Parteineubildung insgesamt erfolgreich weiter verläuft. Nicht so sehr wegen uns, wegen der Partei oder wegen der einen oder anderen Satzungsänderung, sondern weil wir die 12 Prozent Wählerinnen und Wähler, die uns bei der Bundestagswahl gewählt haben, weiterhin erfolgreich vertreten wollen. Und weil wir noch mehr Wählerinnen und Wähler brauchen, die gemeinsam mit uns gegen die neoliberale Politik der Bundesregierung kämpfen und dafür sorgen, dass endlich auch auf der

Bundesebene ein Politikwechsel hier in Deutschland stattfindet.

Ich habe es gesagt, zu den Aufgaben des neuen Bundesvorstandes gehört die Organisation der Programmdebatte. Liebe Genossinnen und Genossen, und im Leitantrag ist davon die Rede, mit welchen Ansprüchen wir als Brandenburgerinnen und Brandenburger in diese Programmdebatte einsteigen wollen. Es ist jetzt etwas eingetreten, das ich nicht erwartet habe. Es gibt Genossinnen und Genossen, die meinen, dass der Begriff des demokratischen Sozialismus nicht zwingend notwendig wäre für dieses neue Bundestagswahlprogramm. Ich glaube, dass es falsch wäre auf diesen Begriff zu verzichten, unabhängig davon, wie der Einzelne ihn interpretiert, ist er für die Identität der Mehrheit der Ostdeutschen Mitglieder der LINKEN unverzichtbar und ich bin dafür, dass wir mit aller Konsequenz darum kämpfen, dass er in einem neuen Programm steht.

Wir müssen uns aber nicht nur um das Programm bemühen, liebe Genossinnen und Genossen, sondern auch um die Partei insgesamt. Ich denke, in den letzten Wochen ist deutlich geworden, dass wir noch nicht über ausreichend innerparteiliche Demokratie in der Partei verfügen. Es ist nicht gut, wenn eine Partei über Gremien verfügt, die nicht wirklich die Aufgaben ausfüllen, für die sie gewählt worden sind. Das gilt für die Landesebene genauso wie für die Bundesebene. Wir brauchen eine Partei, die ein solches Parteienverständnis hat, dass die gewählten Gremien auch diejenigen Genossinnen und Genossen umfasst, die letztlich die politischen Entscheidungen für diese Partei zu treffen haben und keine Runden, von wem auch immer einberufen oder mit wem auch immer besetzt. Das ist etwas, was wir durchsetzen müssen, damit die inhaltlichen Konflikte in der Partei politisch ausgetragen werden und nicht mehr über Nachtsitzungen. Positionen in der Partei zu besetzen, das darf keine Formsache sein. Und jetzt sage ich mal, das gilt eben auch für uns. Wir haben in den letzten Monaten viele Entscheidungen treffen müssen, auf einem sogenannten kleinen Parteitag. Da werden wir heute und morgen noch drüber reden. Das ist etwas, was in der Satzung noch nicht geregelt ist. Nun gibt es Genossinnen und Genossen die sagen, dass mit den Regeln hat noch Zeit. Da bin ich immer dafür, wenn etwas stattfindet, dass man sich dann auch sagt, dass was da stattfindet, muss irgendeine Grundlage haben auf der wir das machen. Deswegen bin ich dafür, dass wir eine solche entsprechende Regelung in der Satzung finden. Wenn denn aber ein solches Gremium existiert wie der Landesausschuss, dann ist die Frage, ob der tatsächlich für die Kreisverbände spricht oder nicht, wesentlich davon abhängig, ob die Kreise dieses Gremium auch selber ernst nehmen. Und dort auch Genossinnen und Genossen hin wählen, die tatsächlich für ihre Kreisverbände dort auch Entscheidungen mit treffen. Wenn das nicht passiert, liebe Genossinnen und Genossen, dann kann man nicht dem Landesausschuss die Verantwortung dafür geben, dass man möglicherweise mit bestimmten Entscheidungen nicht einverstanden ist. Sondern da muss man sich schon an die eigene Nase fassen und sich fragen, warum haben wir nicht die richtigen Leute geschickt. Deswegen sage ich, ja, wir wollen solche Debatten, wir müssen uns organisatorisch zum Teil neu finden und wir müssen das aber ohne Schaum vor dem Mund und ohne Hysterie machen.

Wir sind eine neue Partei. Alleine in unseren Landesverband sind in den letzten vier Jahren rund 1000 neue Genossinnen und Genossen eingetreten. Die haben zum Teil ein völlig anderes Parteienverständnis, als die, die vorher schon in der PDS waren. Oder sie haben auch gar keins, weil sie vorher nie in einer Partei waren. Diese Genossinnen und Genossen haben zum Teil andere Vorstellungen vom Funktionieren einer Partei und deswegen müssen wir uns zum Teil auch ein Selbstverständnis neu erarbeiten, das wir als PDS schon lange hatten. Dazu gehören dann solche Regelungen wie die, die wir morgen dann diskutieren zu Trennung von Amt und Mandat. Wer in der PDS war, war sich eigentlich einig, dass wissen wir schon. Jetzt haben wir festgestellt, wir haben es nicht geregelt. Also sollten wir es tun. Wie auch immer. Ich will mich da jetzt auch gar nicht festlegen. Der kleine Parteitag muss geregelt werden und wir sollten uns in den kommenden zwei Jahren auch

darüber verständigen, wie wir in Zukunft Listen bei Landtags- und Bundestagswahlen aufstellen. Und zwar so zeitig, dass das dann bei den Wahlen selber keine Rolle mehr spielt. Das sind Dinge, die sollten wir jetzt gemeinsam tun.

Und als letzten Punkt will ich dazu sagen, dass, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir vor allem auch mit unseren jungen Genossinnen und Genossen machen. Der Alterdurchschnitt der LINKEN beträgt jetzt rund 67 Jahre, das seit drei Jahren. Das ist ein positives Ergebnis auch wenn es merkwürdig klingt. Aber ohne den Zuwachs jüngerer Genossinnen und Genossen hätten wir den Altersdurchschnitt nicht halten können. Wenn wir aber wollen, dass die Partei tatsächlich jünger wird, dann müssen wir jetzt die Zusammenarbeit mit dem Jugendverband intensivieren. Und der Jugendverband muss seine Zusammenarbeit mit uns intensivieren. Das ist ein beidseitiger Prozess. Und wenn das beide wollen, dann wird das auch erfolgreich sein.

Liebe Genossinnen und Genossen es gibt also viel zu tun. Ich denke, wir sollten es gemeinsam in den nächsten Monaten und Jahren anfangen.

Ich möchte mich an dieser Stelle noch mal ganz herzlich bei meinen Genossinnen und Genossen im Landesvorstand bedanken - Maria, Matthias, Kirsten und Steffen als Geschäftsführer und Schatzmeister, meine Stellvertreter haben eine Riesearbeit gemeinsam mit mir geleistet. Sie waren stets solidarisch auch in sehr schwierigen Situationen. Der Landesvorstand in seiner Gänze war in den letzten zwei Jahren in nicht immer einfachen Situationen, ein Hort der Stabilität und Ruhe. Das kann ich für den ganzen Landesverband so nicht immer sagen. Ich freue mich, dass die Mehrheit dieser Genossinnen und Genossen für den neuen Landesvorstand wieder kandidiert. Ich möchte mich bei denen bedanken, die nicht wieder kandidieren, bei Elke Böckmann, bei Petra Haase, bei Axel Henschke und bei Jutta Nitsche. Es war eine tolle Zeit mit euch, es war eine anstrengende aber auch erfolgreiche. Ich hoffe, dass der neue Landesvorstand genauso solidarisch, konstruktiv und erfolgreich ist wie der alte.

In diesem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen, herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Kerstin Kaiser

Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Landtag Brandenburg

Liebe Genossinnen und Genossen,

die letzten 100 plus 30 oder 40 Tage sahen uns auf zwei Parteitag. Die Wochen und Monate waren ein Wechselbad der Gefühle, ich gehe davon aus, nicht nur für die Mitglieder der Landtagsfraktion, nicht nur für die Mitglieder der neuen Landesregierung, sondern eben auch für jede Genossin und jeden Genossen im Verband. Und ich danke euch für die Zeit der Arbeit.

Wir sind alle ins kalte Wasser geworfen worden, obwohl – Thomas hat Recht – wir gut vorbereitet waren auf die Koalitionsverhandlungen, aber keiner konnte natürlich im Detail voraussagen, wie würde es sein, wenn man dann plötzlich in einer Regierung ist, wenn man dann plötzlich Regierungsverantwortung trägt.

Einen Antrag konnte ich mit Mühe ablehnen. Er hat mich viel Debattenzeit gekostet. Der parlamentarische Geschäftsführer Görke hatte vorgeschlagen, wir stellen einen Antrag auf Verlängerung des Tages von 24 auf 36 Stunden. Die Minister haben dann ergänzt, sie würden gerne die Nachtpause von 4 auf 6 Stunden verlängert kriegen. Weil: Was die Partei beschließt, wird ja jetzt sein! Aber sie haben dann eingesehen, dass es irgendwie doch anders gehen muss und so beschäftigen wir uns dann heute mit den vorliegenden Inhalten.

Die Debatte hat ja nicht erst heute hier begonnen, auf dem Parteitag. Die Anträge liegen ja zum Teil schon eine Weile auf dem Tisch. Und für mich ist es ein bisschen so, als wenn wir nach 20 Jahren Mühen der Ebene Erfahrungen mit bestimmten Tiefen, mit Sandstürmen und, ja, wo wir uns viel Ausdauer auch angewöhnen mussten, viel Zusammenhalt brauchten, jetzt so in bergiges Gelände gekommen sind. Einige halten das ja für den Weg auf dem Gipfel zur Macht. Wir merken, der Wind bläst uns viel stärker und auch viel kälter ins Gesicht. Wir merken es ist schwierig einander nicht aus den Augen zu verlieren, weil die Pfade kurviger werden. Wir müssen uns auf die Seile verlassen, auf unsere Netzwerke im positiven Sinne, wir müssen Vertrauen haben zur Nebenfrau und zum Nebenmann, dass sie in die gleiche Richtung unterwegs sind, auch wenn wir sie nicht jeden Moment sehen und wenn manchmal die Funktionale doch verwirrend sind. Also versuchen wir uns in diesem bergigen Gelände zurechtzufinden.

Ich habe hier die Aufgabe einen Antrag einzubringen, liebe Genossinnen und Genossen, ihn einzubringen und zu begründen. Nach der jetzt schon gelaufenen Debatte möchte ich mich nicht festhalten an den Inhalten, so wie der Antrag gegliedert ist. Ich gehe davon aus, ihr habt ihn sorgfältig gelesen, weil es ja dazu auch Änderungsanträge gibt. Ich möchte einige Gedanken zur derzeitigen Situation äußern, in die wir diese politischen Vorschläge einordnen und auch zur Einordnung des Antrages. Ich möchte einige inhaltliche Akzente setzen, um auch eure Zustimmung für den Antrag und seine Inhalte zu bekommen. Und ich möchte auch auf einige selbstgemachte Probleme eingehen, die wir in den letzten 100 plus 30 Tagen erleben mussten. Was sie über uns sagen, über unsere Positionen. Und ich möchte auch einige Fakten klarstellen.

Das Schlüsselwort heute hier in der bisherigen Debatte war Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit von Politik, Glaubwürdigkeit der LINKEN, Glaubwürdigkeit unserer Position. Und ich teile dieses Schlüsselwort, denn ich gehe davon aus, dass die neue historische Ungeduld, die uns jetzt alle erfasst hat, dass wir also in 100 plus 30 Tagen all das, was im Wahlprogramm stand – und wir haben ja alle

gemeinsam das gleiche Wahlprogramm beschlossen –, dass das, was im Koalitionsvertrag steht – und das hat die übergroße Mehrheit des Landesparteitages beschlossen –, dass also das jetzt schon ganz schnell umgesetzt werden könnte. Das ist natürlich so nicht. Diese Glaubwürdigkeit der LINKEN und ihrer Politik wird sich erweisen in viereinhalb Jahren, wenn wir zum nächsten Wahlkampf rüsten. Wenn die Ergebnisse auf dem Tisch liegen. Und so lange müssen wir sehr intensiv zusammenarbeiten, eine neue Rolle finden – Landesverband, Fraktion, Ministerin und Minister.

Und ich denke das Thema, das Motto: Gemeinsinn und Erneuerung – was Motto des Koalitionsvertrages ist, betrifft auch unsere linke, gestaltende Politik. Wir sollten bei alledem beim WIR bleiben. Der Koalitionsvertrag zeigt eine Richtung, aber er hat auch Punkte, die es auszugestalten gilt. Und deshalb dieser Antrag. Darin sind einige Fragen unterstrichen und er beinhaltet auch eine Aufgabenstellung für die Regierung, eine Aufgabenstellung für die Fraktion. Er akzentuiert insbesondere die linken Seiten des Koalitionsvertrages, das was wir eingebracht haben. Und deshalb bitte ich diejenigen, die jetzt den Antrag gestellt haben, diesen Antrag nicht zu beschließen sondern ihn lediglich zur Kenntnis zu nehmen, weil da angeblich nichts Neues drinsteht – diese Position noch mal zu überdenken. Denn welcher Parteitag verzichtet freiwillig darauf, seiner Landtagsfraktion und seinen Regierungsmitgliedern politische Aufträge zu erteilen? Ich denke, mit diesem Antrag bestärken wir die Position der LINKEN Minister in der Landesregierung, bestärken wir die Fraktion gerade unsere Gesichtspunkte in die Regierungspolitik sehr selbstbewusst und sehr deutlich weiter einzubringen.

Was wir in den einhundert Tagen geschafft haben, liegt hier in Form dieser Broschüre vor euch. Das heißt, wenn so bestimmte Zeitungsüberschriften gesagt haben: „Es gab wenig Greifbares in der Zeit.“, dann sage ich: Wir legen zumindest diese Broschüre dagegen und wir legen auch erste Ergebnisse dagegen. Und es gibt genug Argumente zu sagen, die Neuorientierung der Brandenburger Regierungspolitik, die ist auf den Weg gebracht worden. Auch im Handeln von Fraktion und Regierung. Wir sind an unseren Schlüsselvorhaben dran. Wir sind weiter dran am Thema Hartz IV und seinen Folgen, bei der Umsetzung des Prinzips: Erneuerbare Energien haben Vorrang, bei der Stärkung kommunaler Selbstverwaltung, beim Datenschutz, den Musikschulen und einigen anderen ... Kyritz-Ruppiner-Heide war genannt, Schulpolitik. All das ist hier nachzulesen, im Detail, und daran sind wir festzumachen. Es gibt also jede Menge Neues in der Landespolitik.

Als wir uns am 4. November in Strausberg trafen und dem Koalitionsvertrag zustimmten, da haben wir das gewusst. In dem Wissen, dass er nicht, liebe Genossinnen und Genossen – die ja heute auch zum Teil schon zur Diskussion gesprochen haben – nicht im Original unsere Position beinhaltet sondern ein Kompromiss ist. Ein Kompromiss für das Machbare. Und unser Ausgangspunkt bei der Zustimmung zum Koalitionsvertrag war nicht: Wir wollen jetzt mal alles oder nichts. Und ich bitte auch, bei der Bewertung dessen was auf dem Tisch liegt, euch anzugucken, es ist nicht mit einem Mausclick alles zu erfüllen, aber nichts haben wir nicht geschafft in der Zeit sondern einiges ist auf den Weg gebracht. Und mit diesem Antrag, denke ich, gibt es eine Standortbeschreibung. Mit diesem Antrag gibt es Raum für Fragestellungen und Suche nach Gestaltungsspielräumen. Und wir müssen, wenn wir hier heute diskutieren, über Aufgabenstellungen des Landesverbandes genauso reden wie der der Fraktion.

Bevor ich zu einigen Schwerpunkten komme, nur noch als Ermutigung. Neben Solidarität in 20 Jahren Opposition, die uns immer stärker gemacht hat, haben wir ja auch einen gewissen Eigensinn entwickelt, vielleicht auch ein bestimmtes Selbstbewusstsein. Und ohne, dass wir die bei politischen Konkurrentinnen und Gegnerinnen immer voraussetzen können, sollten wir Kompetenz und Fairness selbst immer einhalten, auch in der Auseinandersetzung im Landtag. Und ich verpflichte mich dazu, dies zu versuchen.

Kompetenz und Fairness bedeutet aber für uns auch, hier im Landesverband einander zuzuhören. Und bitte uns nicht einzuteilen. Der Versuch wäre wirklich schlimm. Einzuteilen in Regierungsbefürworter auf der einen Seite und die, die dagegen sind, auf der anderen. Die Oppositionslinken, die, die die sauberen Positionen haben, die klaren und die einzigen Konsequenzen. Ich denke, wenn wir uns darauf einigen, dass wir uns streiten zu bestimmten Positionen, dann streiten wir uns auch hier und heute sehr oft gar nicht um den einzelnen Punkt, sondern wir streiten uns um das Schrittmass, um Zeiträume, um Details. Wir streiten uns auch um Möglichkeiten, um rechtliche Möglichkeiten, um politische Möglichkeiten aufgrund von Mehrheiten. Aber ich habe bei allem, was hier heute auch diskutiert und beantragt und kritisiert wurde, immer den Eindruck, es geht auch oft natürlich um eine bestimmte Ungeduld.

All das, was wir jetzt hier erarbeiten und erstreiten werden, halte ich für selbstverständlich. Aber ich bitte sehr herzlich, das Vertrauen ineinander nicht zu vergessen, denn wenn wir nicht das Vertrauen haben, dass das Argument dessen, mit dem ich jetzt diskutiere, auch wirklich ein Argument ist, wenn ich nicht unterstelle, dem geht es um seinen Posten, dem geht es nur um die Regierung, die sind jetzt umgefallen vor dem Koalitionspartner, wenn wir dieses Vertrauen nicht mehr haben in unsere Argumente und in die Fakten, dann werden wir auch natürlich Schiffbruch erleiden und wahrscheinlich die eine oder andere Klippe auf dem bergigen Weg nicht überstehen sondern hier oder da abstürzen.

Und diese Klippen sind ja heute schon deutlich geworden. Stichwort: Schleuse Kleinmachnow. Also, ich verstehe den Antrag. Ich habe da lange genug gewohnt. Ich habe da mitdemonstriert, noch Jahre danach. Wir sind nicht umgefallen, liebe Genossinnen und Genossen. Ein Brief an die Genossen dort vor Ort liegt für alle nachlesbar dort auf dem Tisch, mit allen Argumenten. Seien wir ehrlich. Es geht hier um einen 2002 rechtlich abgeschlossenen Vorgang. Und wenn wir nun in der Regierungsverantwortung verantwortlich sind für alles was wir tun, so ist man oft genug in der Politik auch verantwortlich für alles, was man nicht tut. Und gegen diesen Feststellungsbeschluss hat damals niemand geklagt, weder wir, Genossinnen und Genossen, noch der BUND. Anders beim Großflughafen. Da haben die Genossinnen und Genossen geklagt. Da gab es eine lange Auseinandersetzung und einen Arbeitsprozess. Hier ist ein abgeschlossener Prozess. Und wir haben uns auch nicht gedrückt, als die Debatte kam, von den Oppositionsparteien, die im Landtag im Augenblick nach der Devise arbeiten, alles was rot-rot schadet, ist gut. Da geht es auch nicht um Wählerinnen und Wähler. Da geht es auch nicht um neu entdeckte Liebe von der CDU zu einigen Bürgerinitiativen. Sondern es geht darum, immer zu gucken, wo kann man uns ärgern. Und wir haben uns nicht ärgern lassen sondern gesagt, es ist bekannt, dass die Koalitionspartnerin eine andere Position hat. Es ist klar. Es handelt sich um einen abgeschlossenen Vorgang, den man überhaupt nur noch auf Bundesebene möglicherweise bewegen kann. Aber wir stellen uns der Debatte, auch wenn die allemal unbequemer ist. Und deshalb bitte ich euch, guckt euch noch mal genau an, was die scheinbaren Verfechter linker Positionen, FDP und Grüne, jetzt hier so machen. Denn sie haben bei Einbringung ihrer Anträge im Landtagsausschuss, im zuständigen Landtagsausschuss, nicht einmal eine Anhörung beantragt. Wer nicht einmal eine Anhörung zu seinem Antrag beantragt, der stellt Schaufens-teranträge. Dem geht es wirklich nicht um die Sache und auch nicht um die Einbeziehung der Leute. Das war jetzt ein aktueller Einschub auf Grund der Debatte.

Bitte, vielleicht fragt ihr auch noch einmal unsere anwesenden Bundestagsabgeordneten - Diana ist da - weil im Haushaltsausschuss des Bundes man auch das Stoppen der Mittel seitens der FDP zum Beispiel abgelehnt hat. Man hätte ja sagen können, wir geben erst mal keine Mittel aus, wir überprüfen noch mal, wir machen die Planung neu. Nein, bei Guido kämpfen sie nicht. Sie kämpfen nur gegen uns. Das ist offensichtlich mutig für die FDP im Augenblick. Also, ich sage mal, wer da glaub-

würdig ist, sind wirklich unsere Genossinnen und Genossen vor Ort. Man muss aber auch die Grenzen der Handlungsfähigkeit ganz klar sehen. Wer ist zuständig? Was ist klärbar? Und wo handelt wer, welche Person, auf welcher Ebene? Der Mühe müssen wir uns unterziehen.

Das zweite Schlüsselwort für Glaubwürdigkeit, als Beispiel, war die CCS-Geschichte. Da bitte ich noch mal alle, guckt euch die Formulierungen an! Ja, legt den Finger auf jedes Wort! Ja. Aber wenn nun ausgerechnet die Formulierung, die zitierte, gegen uns verwendet wird, nämlich, die die wir eingebracht haben: Dass die Speicherung von CO2 so erfolgen muss, dass Menschen und ihr Eigentum nicht gefährdet werden - wenn ausgerechnet das jetzt unterstellen soll, dass wir dieses Versprechen oder diese Bedingung brechen und nicht einhalten, dann sage ich: Das ist nicht fair. Weil wir sagen, wenn das nicht so geht, dann wird eben nicht gespeichert. Dann wird demonstriert. Dann wird geforscht. Da muss man gucken. Aber dann kann es eben dort nicht gespeichert werden. Punkt. Das wird am Ende die Fragestellung sein. Und da brauchen wir starke und verlässliche Zusammenarbeit mit den Genossinnen und Genossen vor Ort, vor allem auch mit den Betroffenen und den Bürgerinitiativen.

Wenn es um Vertrauen geht, dann ist damit natürlich nicht blindes Vertrauen gemeint.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr versteht mich nicht falsch. Wir legen bitte den Finger auf jeden Punkt des Antrages. Jede Frage ist berechtigt. Lasst uns die Argumente austauschen, aber lasst uns nicht einander misstrauen, denn es geht uns um die Glaubwürdigkeit der LINKEN als Ganze. Wir verändern jetzt Weichenstellungen in der Politik.

Und damit komme ich stichwortartig zu den Inhalten dieses Antrages, wo ihr, wenn ihr nachlest, auch seht: Es ist eine deutliche Unterstützung für unsere Akzente im Koalitionsvertrag. Und ich mache es wirklich stichwortartig.

Der Finanzminister, der erste linke Finanzminister, versucht - und mit dem was vorliegt, ist es erst einmal ein wirklicher Erfolg, ein machbarer Weg - versucht die Aufgaben des Koalitionsvertrages umzusetzen, obwohl die finanzielle Ausgangssituation, die politische, sich in Folge der Krise verschlechtert hat. Obwohl die Bundesregierung natürlich im Augenblick Rahmen setzt für Landespolitik, die nun rot-rote sozialistische Politik nicht gerade verbessern, die uns das Leben nicht gerade erleichtern. Wir treten ein, weiter gemeinsam mit Berlin für bestimmte bundespolitische Akzente wie das Beibehalten des solidarischen Modells des Föderalismus, des kooperativen Modells, nicht eines Wettbewerbsföderalismus. Ohne unsere Stimmen in dieser Frage, wäre das Thema vom Tisch. Wir ziehen Schlussfolgerungen aus der Finanzkrise. Wir wollen diese aktiv zur Debatte stellen. Und der Haushaltsentwurf ist vorgelegt ohne den verfassungsseitig möglichen Rahmen der Verschuldung ganz auszunutzen. Schuldenhaushalte, das wisst ihr, legen zurzeit nicht nur rot-rot regierte Länder vor. Schuldenhaushalte legen Länder vor, die eigentlich früher sich so etwas nicht vorstellen konnten, auf Grund der aktuellen Situation. Das heißt, wir sollten dann auch nicht selber immer sagen, wir sind nicht glaubwürdig, sondern wir sollten uns messen an den Rahmenbedingungen.

Glaubwürdig und sicher stehen wir zu der Position: Verbesserungen in der Bildung. Trotz Krise. Nicht weiter wie zu Konjunkturzeiten: Verschlechterungen der Rahmenbedingungen für die Bildung. Das haben wir auch noch einmal hier deshalb so ausführlich ausgeführt, weil wir euch bitten, dann auch vor Ort zu sagen: Wir sind nicht unglaubwürdig! Wir fallen nicht um! Sondern wir sind glaubwürdig! Das wollen wir tun! Und da steht: Bildung bleibt politischer Schwerpunkt trotz und entgegen der Krisenfolgen und der Bundespolitik und das ist ja nicht nichts, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir werden den Kita-Personalschlüssel verbessern, die haushaltsseitigen Voraussetzungen werden geschaffen. Wir werden in diesem Jahr mindestens 450 Lehrerinnen und Lehrer einstellen, 1250 in fünf Jahren. Das sind magische Zahlen. Zunächst hoffen wir, dass diese magischen Zahlen, die so oft umstritten und interpretiert werden, je nachdem wie man sie sieht, am Ende der fünf Jahre keine magischen Zahlen mehr sind, sondern wir wirklich qualitativ und quantitativ eine bessere Unterrichtsausstattung haben, eine bessere Bildung in Brandenburg erkennbar wird. Dass wir sagen, wir haben hier wirklich einen Politikwechsel eingeleitet. Auch wenn wir nicht alles schaffen. Aber jetzt müssen wir die Voraussetzungen schaffen. Und ich denke, das könnten wir auch. Hinausgegangen, zum Thema Bildung und Umfallen, sind wir an einer Stelle über den Koalitionsvertrag, in dem war zur Volksinitiative Musikschulen nichts vereinbart. Aber wir haben es geschafft. Das hat zum Schluss die Volksinitiative „Musische Bildung für alle“ selbst schon gar nicht mehr gehofft. Wir haben es geschafft, hier auch durch einen anderen Umgang, durch das Finden von Spielräumen, durch das wirklich gute, vertrauensvolle Abstimmen untereinander, ein Stück Verbesserung der Situation für die Musikschulen zu bekommen. Diese Richtung, diese Art und Weise, auch des solidarischen und fairen Umgangs mit der Koalitionspartnerin, und das bitte ich, uns zuzugestehen. Also, wir rampolieren hier nicht das gerade entstehende Vertrauen. Wir hatten ja vor uns auch eine Menge von Schwierigkeiten, die wir eben auch selbst verschuldet haben, in diesem Zusammenhang gerade in der Startphase. Es bringt uns nichts, wenn wir hier permanent sagen, wir sind nicht verlässlich als Koalitionspartnerin. Aber über das, was im Koalitionsvertrag nicht verankert ist hinaus, haben wir als Linke im Land natürlich die Pflicht, die Diskussion zu führen, Vorschläge zu machen, zu gucken, wie man auch Spielräume ausnutzt. Und das ist im Augenblick unsere gemeinsame Aufgabe. Das können weder die Minister noch die Fraktion allein.

Bei Wirtschaft und Arbeit wird es ganz deutlich. Hier ist die Niedriglohnstrategie der Politik unseres Ministers entgegengesetzt. Hier gibt es einen Vergabegesetzentwurf. Hier gibt es eine Mindestlohnvorschrift. Hier läuft es in Brandenburg anders als in der anderen Bundespolitik. Und was schon deutlich wurde, sowohl bei Helmut Markov als auch bei Ralf Christoffers, Gewerkschaften sind unsere verlässlichen Partner auch wenn wir unterschiedlicher Meinung sind. Die sind von vornherein mit am Tisch. Hier wird nicht vom grünen Tisch aus etwas ins Land geschickt sondern man redet miteinander und versucht Probleme auch miteinander zu besprechen.

Wir haben hier gerade den Film gesehen zum Thema Arbeit: ÖBS in Berlin. Wir wissen, dass auch wenn beim Kommunalkombi einiges noch möglich ist, obwohl sich die Grundlagen für den öffentlichen Beschäftigungssektor jetzt verschlechtern, durch die Kürzungen der Bonuszuweisung. Hier haben wir einen weiteren Vorteil unserer jetzigen Koalition: Gemeinsam mit Berlin können wir bei der Regionalagentur Berlin-Brandenburg gucken, ob wir für die Region maßgeschneiderte Konzepte so stricken, das heißt, die vorhandenen Mittel so einsetzen, dass eben so viel wie möglich „Arbeit statt zuhause bleiben“, finanziert wird. Das wir eben nicht auf Null-Euro-Jobs zurückgreifen sondern versuchen wirklich das Projekt ÖBS nach den Erfolgen in Berlin auch in Brandenburg einzuführen. Und wir stehen nach wie vor dazu. Wir werden von den 8.000 Stellen nicht lassen. Es wird schwerer als wir uns das vor der Wahl gedacht haben. Das ist aber ja kein böser Wille. Und wenn es denn schwerer wird, müssen wir halt sehen, wie wir gemeinsam mit euch, gemeinsam mit den Kommunen, hier nach Wegen suchen. Auf jeden Fall kämpfen wir um Tariflöhne und werden uns nicht mit einem Null-Euro-Job zufrieden geben. Im Gegenteil.

Stichwort Berlin habe ich genannt. Hier hat die Zusammenarbeit begonnen, insbesondere in dem Ressort Nachhaltigkeit, Umwelt, Verbraucherschutz. Die Themen sind bearbeitet, man trifft sich, man arbeitet zusammen. Das Justizministerium hat auch, wenn auch im Widerspruch mit Berlin, schon unsere Kooperationsbereitschaft gezeigt. Wie gesagt, deutlich wird auch beim Thema Oder-

partnerschaft und Europapolitik, dass hier die Koalition durchaus von Vorteil ist. Innovation und Ökologie - guckt vielleicht auch noch mal in den Antrag. Wir haben in diesem Land Nachhaltigkeit als Regierungsprinzip. Das heißt alle Ressorts haben diese Nachhaltigkeit zur Grundlage zu nehmen. Und wo gibt es das noch, dass soziale Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung, ökonomische Entwicklung und demokratische Teilhabe auch noch im Wirtschaftsministerium als Grundlage des Handelns praktiziert werden. Und ich finde, wenn da steht, es gibt eine Nachhaltigkeitsstrategie, es gibt ein verantwortliches Ministerium, dann ist es auch unsere Verantwortung zu gucken, wie wir jetzt hier weiter dazu arbeiten. Deswegen sage ich nochmals, wir müssen die Rollenverteilung auch wirklich neu besprechen.

Was ist die Aufgabe des Landesverbandes? Was sind auch die Aufgaben jetzt der Initiativgruppen, der thematischen Arbeitsgruppen? Vielleicht braucht man auch mal projektbezogenen Arbeitszusammenhänge, die für eine bestimmte Phase zusammenarbeiten. Hier sind wir im Landesverband mehr gefordert als bisher. Denn jetzt droht es plötzlich, dass unsere Vorschläge auch Realität werden können, dass sie Regierungshandeln beeinträchtigen. Und wir sind für das alles verantwortlich was wir tun, aber auch für das, was wir unterlassen. Also lasst uns an der Stelle gucken, wie wir das hinbekommen, mit Initiativen und Projekten die Landespolitik zu beeinflussen.

Ein gutes Beispiel finde ich auch im Klimawandel, im nicht ökologischen Klimawandel. Da ist die Rolle des Justizministers im Land, der durchaus nicht begrüßt wurde, als er ins Amt kam. Es war fast unanständig, wie man mit ihm umging. Der erste Justizminister der LINKEN überhaupt bundesweit. Man hatte da große Bedenken. Aber er zeigt einfach durch Kompetenz, durch ressortübergreifenden Blick, nicht durch den Juristenblick, in der Verwaltung, dass man sich hier auch Akzeptanz erarbeiten kann. Und ich habe nur noch eine Frage, da muss ich wahrscheinlich den Minister oder den Pressesprecher des Ministeriums fragen, aber wir haben es im Antrag, wir müssten es also klären: Was ist eine justizpolitische Wende? Sozialjustiz, soziale Wende? Ich weiß es nicht. Was soll das sein? Möglicherweise hat das zu tun mit den Gesetzentwürfen, die vorbereitet werden. Zum Beispiel zum Strafvollzug, zum Beispiel zu der Tatsache, dass mehr Richterstellen geschaffen wurden an den Sozialgerichten, dass wir also die Hartz IV Widersprüche schneller bearbeiten können. Möglicherweise gehört das dazu, aber klären lässt sich das sicher.

Liebe Genossinnen und Genossen, deshalb unterstützt den Antrag! Lasst ihn uns an der einen oder anderen Stelle schärfen machen, aber lasst uns nicht so tun, als sei es egal, mit welcher Aufgabenstellung Fraktion und Regierungsmitglieder in den nächsten Monaten arbeiten. Ich finde es nicht egal.

Zum Einstieg in die Debatte zu diesem Antrag, denke ich, erwartet ihr von mir zu Recht und ich will es versuchen, auch stichwortweise anzusprechen, auch einige Worte zu den selbstgemachten Problemen oder politischen Eigentoren in der letzten Zeit. Denn die Anträge auf dem Parteitag widerspiegeln euer Interesse. Sowohl der Antrag zum Umgang mit Biographien, der Antrag, der jetzt wiedergekommen ist, auch in sehr konsequenter Formulierung, zu Amt und Mandat, widerspiegeln das. Ich möchte euch bitten, vorausgeschickt zu der Debatte morgen, stimmt dem Antrag zum Umgang mit politischen Biographien zu. Ihr kennt mich und wisst, auch nach den Entscheidungen, die die Fraktion getroffen hat, wir mussten hier so handeln. Wir mussten sagen, aus unserer Sicht sind die Mandate erworben worden, aber das Vertrauen von Genossinnen und Genossen, und Wählerinnen und Wählern ist enttäuscht worden. Das heißt, man kann Vertrauen zurückgewinnen. Wir werden hier niemanden aus der Partei ausschließen. Die persönliche Solidarität hat nie, nie gefehlt gegenüber den Genossinnen und Genossen. Aber es gibt einen politischen Grundsatz. Dass wir

Vertrauen erwerben, die Öffentlichkeit nicht in Unklarheit lassen über unsere politischen Biographien und diesen politischen Grundsatz, bitte, den sollte man nach der Wahl genauso berücksichtigen wie vor der Wahl. Und deshalb haben wir diese Empfehlungen so ausgesprochen. Und zur politischen Glaubwürdigkeit, denke ich, gehört es im Land auch, wenn man die Grundsätze, die man für sich selber und für andere aufstellt, dann, bitte schön, auch selbst beherzigt. Deshalb bitte ich euch um Zustimmung für den Antrag morgen.

Es gibt von unserer Seite zur geschichtspolitischen Debatte, jetzt die nicht unumstrittene Enquete-Kommission, also nicht unumstritten im Land. Lasst uns da auch morgen noch mal darüber reden. Da wird es ja eine Podiumsdiskussion geben. Das Thema wird also da sein. Ich finde es wichtig, dass wir 20 Jahre nach der Wende die Debatte um Geschichte, um persönliche und politische Verantwortung, auch unserer Partei (das betrifft auch alle die, die noch sehr, sehr jung waren 1990), zu einer politischen Debatte machen. Auch tatsächlich sagen, wo liegt Verantwortung linker Bewegungen, linker Parteien in der Geschichte. Wir sind jetzt im 21. Jahrhundert – Was bedeutet das für Parteien und ihr agieren nun? Lasst uns eine geschichtspolitische Debatte daraus gestalten und dafür sorgen, auch selbst keinen Anlass dafür zu geben, dass die Frage der Geschichte und der Verantwortung als die moralische Keule nur geschwungen wird gegen politische Gegner. Das sollte uns nicht eigen sein.

Zweite Debatte, ich sage mal, Probleme, die die Welt nicht braucht, sind die Debatten um Amt und Mandat. Ich finde, hier gibt es kein Vertun. Und ich muss auch an der Stelle wirklich klarstellen, weil ich sowohl von der Presse als auch von Genossinnen und Genossen natürlich angesprochen wurde. Liebe Genossinnen und Genossen, es gab zwei Mitglieder meiner Fraktion, die es abgelehnt haben, Ministerin oder Minister zu werden, aus dem Grund, weil sie ihr Mandat nicht abgeben wollten. Die haben klar gesagt, ich müsste mein Mandat abgeben, ich tue es nicht, diesen Preis zahle ich nicht, das mache ich nicht, das kann ich nicht. Wir haben also darüber gesprochen. Wir haben auch in der Fraktion darüber gesprochen. Ihr wisst gemeinsam auf einer Veranstaltung, auch vor dem Abschluss des Koalitionsvertrages, haben wir über diese Bedingung geredet. Das heißt es ist kein Geheimnis. Aber ich bin auch aus einem ganz anderen Grund dafür, dass wir diese Debatte jetzt noch mal führen. Lasst uns erinnern: Vor fast 20 Jahren wurde in diesem Land eine Verfassung diskutiert. Wir sind damals aus demokratiethoretischen Gründen, weil wir der Auffassung sind, dass die Gesetzgebung in einem Land, die ausführende Gewalt, die Rechtssprechung in Händen gleich geordneter, aber getrennter verschiedener Organe liegen müssen. Übrigens sind wir damals davon ausgegangen, dass also auch ein Ministeramt und ein Mandat im Landtag nicht zusammen gehen können für uns, weil wir Erfahrungen hatten aus DDR Zeiten, wo nämlich diese Trennung nicht mehr deutlich war, im Gegenteil und ich kann ja nur sagen, wir sind damals in der Verfassung mit dieser Position nicht durchgekommen. Wir sind inzwischen eine neue Partei. Ja. Aber es gibt auch Hamburg und Bremen als Länder, es gibt die Staaten Belgien und Niederlande, da ist das ausgeschlossen. Im Land Brandenburg übrigens dürfen Beamte nicht Mitglied des Landtages sein. Das schließt sich auch aus. Also ich denke, hier gibt es kein Vertun. Die Debatte werden wir noch führen. Und sie wird uns, denke ich und das hoffe ich, auch stärker machen und unsere Glaubwürdigkeit im Land erhöhen und nicht weiter schaden.

Es gab noch einen Punkt, den ich gerne ansprechen möchte, der uns nicht gerade geholfen hat in der letzten Zeit. Der ist nicht in Brandenburg entstanden. Ich sage ganz ehrlich, ich wünsche mir künftig von der Bundespartei DIE LINKE kritische, ernsthafte aber solidarische Auseinandersetzung zu den Inhalten. Ich habe eine Menge Echo bekommen, auch positives aus den westlichen Bundesländern. Aber ich muss ganz ehrlich sagen, was da manchmal an Briefen und Protesten kam, füllt dicke Mappen und ist nicht getragen von Kenntnissen und Argumenten sondern sehr häufig von

Zitaten aus der Presse, von Bewertungen, von persönlichen Auseinandersetzungen. Angesichts der Aufgaben die Thomas angesprochen hat, wünsche ich mir also, dass wir hier – Berlin, Brandenburg und die Bundesebene – wie begonnen miteinander sachlich umgehen. Dass auch die Kritik aus der Bundesebene so ist, dass sie uns unterstützt und hilft. Denn ich sage, für DIE LINKE ist das hier eine spannende Stelle. Wo gibt es so viel Neues, so viele unbekannte Wege, so viele Widersprüche wie in Brandenburg im Augenblick, die zumindest bundesweit so wahrgenommen werden. Und ich sage, am Ende von den fünf Jahren Regierungsbeteiligung ist die Art und Weise wie wir in Brandenburg verantwortliche Regierungspolitik gestalten, hoffentlich, eine akzeptierte Form, eine Spielart linker demokratische Politik in der gesamten Bundesrepublik. Und ich wünsche mir da nicht nur Unterstützer. Ich wünsche mir dann auch Nachahmer. Ich wünsche mir, dass die Art und Weise die wir, die in Berlin, und in Mecklenburg, wo wir ja aus den Fehlern gelernt haben, praktiziert haben, uns als gesamte LINKE weiterbringt.

Und dann können wir etwas in Brandenburg weiter tun, was uns bis jetzt ausgezeichnet hat. Wir hatten hier immer einen sehr fairen Meinungsstreit in diesem Landesverband und ich bin mir sicher, dass schaffen wir auch jetzt in dieser neuen Situation, mit den veränderten Gefühlen und den neuen Pfaden und verschlungenen Wegen, nämlich, dass wir den Meinungsstreit weiter führen und ihn nicht zum Machtkampf verkommen lassen. Und dass wir auch keine Machtkämpfe oder Personaldebatten führen, um Meinungsstreit zu verhindern. Lasst uns darauf achten! Es geht um Meinungsstreit in einer demokratischen Partei und ich kann für die Fraktion sagen, da werden wir unseren Beitrag leisten. Seid streng mit uns! Beschließt diesen Antrag! Damit haben wir noch mal eine aktuelle Aufgabenstellung und gleichzeitig kann ich sagen, weil hier das Thema Zentrum einer Partei angesprochen wurde, als Landtagsfraktion der LINKEN in diesem Landesverband, werden wir uns nicht erheben oder den Anspruch haben, Zentrum der Partei zu sein. Sondern wir sind eine Gliederung, die dafür arbeitet und dafür sorgt, dass das Gewicht der LINKEN und die Glaubwürdigkeit der LINKEN in diesem Land Brandenburg gewinnt, dass wir am Ende der fünf Jahre noch mehr Unterstützung bekommen, auch von Wählerinnen und Wählern, dass sich die Verhältnisse ändern, dass sie sozialer, gerechter und demokratischer werden. Und deshalb sage ich nicht: Alles oder Nichts, sondern: Lasst und die nächsten Schritte besprechen! Ich bin gespannt auf die Debatte. Ich halte unseren politischen Erfolg für möglich.

Ich danke euch.

Dr. Helmuth Markov Minister für Finanzen, Land Brandenburg

Liebe Genossinnen und Genossen,

vielleicht erinnern sich einige von euch noch, kurz vor den Europawahlen in Blossin, da hatte ich einen sehr emotionalen Moment, weil ich noch einmal an das Rednerpult durfte und ich war mir ziemlich sicher, dass dies meine letzte Rede auf einem Parteitag sein wird. So kann man sich irren und so kann man sich auch täuschen.

Natürlich ist heute schon ganz, ganz viel gesagt worden und zum Glück auch. Kerstin hat sehr ausführlich darauf Stellung genommen, was von dieser Fraktion, dieser Partei, dieser Regierung in diesen paar Tagen - das ist doch weiß Gott nicht viel - vier Monate von 60 Monaten, die in einer Legislaturperiode vor uns stehen, angeleiert worden ist. Da ist bei Weitem noch nicht alles fertig. Na, das wäre ja auch ein bisschen sehr heftig, dann hätten wir wirklich einen sehr schlechten Koalitionsvertrag gemacht, wenn wir das nach vier Monaten schon alles erreicht hätten.

Und meine Kollegen und ihr alle habt ja auf ganz spezielle Bereiche aufmerksam gemacht. Und ich finde das gut. Und ich sage euch ganz ehrlich, manche Debatten verstehe ich tatsächlich nicht.

Es gibt diesen Antrag Nummer 2: „Gemeinsame Erneuerungen in Brandenburg – die Arbeit hat begonnen.“. Den Koalitionsvertrag, der ist in dieser Partei debattiert worden, es haben die Regional-Konferenzen stattgefunden, er ist mit einer Mehrheit von über 80 % angenommen worden, er ist vom Landesvorsitzenden für diese Partei unterschrieben worden genauso wie von der Fraktionsvorsitzenden für diese Fraktion, also etwas Günstigeres, etwas Besseres kann man sich doch gar nicht vorstellen, als wenn es jetzt einen Antrag gibt, wo ihr als Genossen, als Mitglieder dieser Partei sagt, dass habt ihr bereits erreicht, das habt ihr noch nicht erreicht, da müsst ihr euch noch stärker machen, da müsst ihr euch noch engagieren. Das ist euer gutes Recht. Ich verstehe überhaupt nicht, warum ihr debattiert, das nicht annehmen zu wollen. Damit gebt ihr uns die Aufgabe weiterhin dahin zu arbeiten, wo wir hinarbeiten.

Und ich versuche das klar und deutlich zu sagen. Wir hatten ja auch Glück. Wir hatten doch unheimliches Glück. Über den Koalitionsvertrag, das weiß ich, das haben wir ja auf den Regionalkonferenzen gesehen, gab es sehr unterschiedliche Interpretationen zu bestimmten Teilen und im Abwägungsprozess haben sich eben welche dafür - die absolute Mehrheit - und welche dagegen entschieden. Das ist doch normal. Das ist vollkommen normal. Das ist auch innerhalb einer Partei normal. Und ich glaube, das ist Aufgabe einer Fraktion, und das ist auch Aufgabe einer Regierungsbeteiligung, wenn wir in dieser Regierung sitzen.

Die Punkte, die in diesem Koalitionsvertrag drinstehen, haben wir finanztechnisch untersetzt, für den Haushalt 2010. Und wir werden sie für den 2011-er Haushalt untersetzen und wir werden sie für den Haushalt 2012, 2013, 2014 untersetzen.

Das heißt die Koalitionsvereinbarung, das was da drin steht, wird sich in den Finanzen widerspiegeln. Und es widerspiegelt sich. Es widerspiegelt sich 2010 und 2011. Also wir setzen genau das um, was wir wollten. Und ich glaube einfach, dafür haben die Bürger uns doch auch gewählt.

Und sie wollen einen anderen Politikansatz. Und eine Prioritätensetzung auf Bildung. Eine Prioritätensetzung auf regenerative Energien. Eine Prioritätensetzung auf das Soziale, Ökologische und

Ökonomische. Das ist das, was wir immer wollten. Wir haben mal von dem strategischen Dreieck gesprochen. Jetzt haben wir es. Wir haben es untersetzt. Da kann man sich doch eigentlich nur drüber freuen. Und natürlich, vielleicht ist die eine Ecke noch nicht ganz rund. Ist ja eine Ecke! Und vielleicht muss man auch noch einmal nacharbeiten. Das ist doch unbestritten.

Wenn dann gesagt wird, der Jugendverband setzt sich für den Politikwechsel ein, finde ich das wunderbar. Ich kann sagen, auch so ein alter Sack wie ich mit 57, macht das ganz genauso. Ich setze mich auch für Politikwandel ein. Und ich glaube, das macht diese LINKE in Brandenburg generell.

Und du hast zwei Punkte angesprochen, weil das für dich ganz, ganz wichtig ist. Und du sagst, da fallen wir hinter den Koalitionsvertrag zurück. Und da möchte ich sagen, dass stimmt einfach nicht.

Also klar und deutlich: Öffentlicher Beschäftigungssektor. Trotzdem. Wir wollten mehr. Ich gehe von dem Koalitionsvertrag aus, von dem was vereinbart ist und was von über 80 % der Genossen auf dem Parteitag angenommen worden ist. Darin steht: 8.000 Stellen - 40.000.000 Euro während dieser Legislaturperiode. Und jetzt rechnen wir einfach mal: 40 Millionen durch Achttausend, das sind 5.000. Das durch 12, das sind über 400 Euro pro Monat. Und nix mit 13 Euro Äpfelstück, über 400 Euro pro Monat und das steht auch im Haushaltsplan in der mittelfristigen Finanzplanung so drin. Und das ärgert mich dann schon, das ärgert mich wirklich. Das wir nicht in dem ersten Jahr, in den ersten vier Monaten 8.000 ÖBS-Plätze haben, wo wir uns erst mal überlegen mussten, wo wollen wir sie, wo bringen sie den größten Wert, wo können wir regional am besten unterstützen, dass ist doch auch eine ganz logische Angelegenheit.

Und das Zweite: Schüler-Lehrer-Relation. Also ich habe ja schon gesagt und das waren ziemlich heftige Debatten, die ja da schon geführt worden sind. Noch einmal 15,4 - das steht im Koalitionsvertrag. 15,4 und das wird in dieser Legislaturperiode abgesichert, durchgehend abgesichert, vollkommen egal. 15,4 - an dieser Relation ändert sich nichts. Das kein Mensch euch heute hundertprozentig sagen kann, wie viele Lehrer das sind, das ist auch ganz klar. Vielleicht ziehen auch noch ein paar Familien aus Brandenburg weg. Wir haben leider jährlich einen Abgang von 26.000 Menschen aus Brandenburg. Vielleicht ziehen auch welche noch dazu. Vielleicht nehmen die Lehrer die Möglichkeit wahr, jetzt von ihren 80 Prozent auf hundert Prozent hoch zu gehen. Vielleicht aber auch nicht, weil sie sagen - nein ich bleibe bei den 80 Prozent, da habe ich zwar weniger Geld aber das ist so. Also wir haben gesagt: 15,4. Und das sichern wir ab und das ist auch finanziert. Weil man sich das einfach ausrechnen kann. Wenn ich 15,4 als Basis nehme, rechne ich mir aus, was das kostet und das Geld wird zur Verfügung gestellt.

Alles was im Koalitionsvertrag steht, das ist so ein komischer Fachbegriff, musste ich auch lernen, wird vor die Klammer gezogen. Da wird nicht dran gerüttelt. Und wenn das mehr Geld kostet, und das kostet jedes Jahr mehr Geld, dann muss man eben an anderer Stelle einsparen. Denn wir nehmen eine Netto-Kreditaufnahme auf, aber wir sollten uns tunlichst davor hüten, die Druckpresse anzuschmeißen, denn wir zahlen Zinsen in exorbitanter Höhe und jeder Euro den wir für Zinsen aufwenden müssen, nimmt uns politischen Spielraum. Und deswegen, so hart es uns fällt, haben wir eben in dieser mittelfristigen Finanzplanung auch geplant, dass die Nettokreditaufnahme zurückgefahren wird innerhalb dieser Legislaturperiode. Und das heißt, wir haben Deckungsdefizite und die sind ziemlich heftig.

Fußt natürlich auf der jetzigen Steuerschätzung und fußt darauf, dass Rot-Rot in Brandenburg das macht, was in der Koalitionsvereinbarung drinnen steht und fußt darauf, das Schwarz-Gelb in Berlin nicht ihre weiteren aberwitzigen Steuerpläne noch durchsetzt. Weil dann alles in diesem Land auseinanderfällt. Und ich weiß natürlich, dass das den Kommunen auch schwerfällt. Ja, richtig, es gibt ein Gutachten, das heißt, Vesper-Gutachten. Da steht drin, ich will mich jetzt nicht streiten, wirklich

nicht, das das Verhältnis der Zuwendungen zum Land, vom Land zu den Kommunen in Ordnung ist. Klar, wenn die Steuerausfälle gnadenlos zusammenbrechen, dann trifft das das Land und dann trifft das über die Verbundquote eben auch die Kommunen. Das ist wahnsinnig viel. Aber dass das Land nicht die Ausfälle kompensieren kann, das müsst ihr auch verstehen. In den zwei Jahren 2009 - 2010 waren die Mindereinnahmen im Land 1,2 Milliarden, die Mindereinnahmen in den Kommunen 650 Millionen. Wenn wir die komplett kompensieren müssten, müssten wir 1 Milliarde 800 Millionen kompensieren. Das geht nicht. Das geht wirklich nicht. Dass wir in dieser Regierung die Verantwortung haben zu versuchen, andere Einnahmequellen zu erschließen, wie die Grunderwerbssteuer zum Beispiel, weil davon die Kommunen auch partizipieren. Ja, solche Sachen werden wir machen. Und das es laut Gesetz einen Beirat gibt, wo die kommunalen Körperschaften drin sind, die sich jetzt Gedanken machen, was sie denn wollen. Weil es eben auch zwischen Landkreistag und Städte- und Gemeindetag unterschiedliche Auffassungen gibt. Und das wir auf dieser Basis für ein neues Finanzausgleichsgesetz im Land Brandenburg eine Debatte führen werden, ja. Das Resultat werden wir euch dann mitteilen, wenn wir soweit sind. Aber das wir uns die Aufgabe stellen, das ist sicher.

Diese Koalitionsvereinbarung, und auch in diesem Papier, in diesem Antrag, das ist ja heute auch schon mehrmals gesagt worden. Leute, ich sage wirklich - das ist ein Politikwechsel. Was stimmt, das sind nicht die 25 riesengroßen Veränderungshaufen, das ist der Beginn, das ist der Beginn eines Politikwechsels. Das mag vielen zu langsam sein, zu wenig sein, nicht - ja, weiß ich nicht - ausreichend, sozusagen bis ins letzte Detail durchdacht. Das ist auch manchmal ziemlich schwierig.

Ralf hat darauf hingewiesen, wenn wir ein Gesetz haben wollen, was die Mindestlöhne garantiert, dann überlegen wir lieber zwei Wochen vorher länger, damit es uns hinterher nicht von einem Gericht wieder auseinander genommen wird. Und vielleicht ist es richtig, dass man dann bestimmte Dinge, die wir alle gerne wollen, erst einmal außen vor lässt, erstmal das Gesetz so lässt.

Damit wir klar sind: für öffentliche Aufträge, für Landesaufträge wird Mindestlohn bezahlt und dann versuchen wir successiv die anderen Dinge, die da noch alle reinpassen könnten, rechtlich vernünftig zu prüfen und eine Gesetzesänderung, die noch etwas verbessert, kann man immer machen. Wir verlieren doch das Ziel nicht aus den Augen.

Und wenn wir über das Bafög gesprochen haben, das wir den Schülern der elften und zwölften Klasse, die aus den sozial schwachen Familien kommen, zusätzlich Geld zur Verfügung stellen wollen, das kostet das Land viel Geld, dann müssen wir es aber auch so hinkriegen, das wir nicht hinterher auch uns dann wieder vor einem Gericht wiederfinden. Und deshalb ist die Debatte nicht ganz so einfach und locker bei 50 Grad Fieber zu führen, ob man das ohne Quittung ausgibt oder ob ein Nachweis geführt werden muss. Und wenn das eben einen Monat länger dauert um das ordnungsgemäß festzustellen oder wenigstens soweit, dass man sagt die Wahrscheinlichkeit, dass wir damit dann scheitern ist gering, dann sollte man sich diese Zeit auch nehmen.

Wichtig ist, und das glaube ich wirklich, der Bürger muss davon überzeugt sein, dass diese Koalition eine andere Politik in Brandenburg macht. Und ich sage euch ganz klar, ich denke, wir sind auf einem guten Weg. Wir haben noch wahnsinnig viel vor uns. Und auch ein Koalitionsvertrag ist zu einer bestimmten Zeit geschlossen worden und es ändern sich auch objektive Voraussetzungen und Bedingungen. Es ist doch nichts sacrosanct. Und natürlich, wenn sich Umstände verändern, werden sich auch politische Aktionen verändern. Die muss man mit dem Koalitionspartner dann natürlich aushandeln, und muss man sie bereden. Und Gerrit hat so ein schönes Beispiel gesagt. In diesem Koalitionsvertrag stand nichts von den Musikschulen drin und trotzdem haben wir uns mit der SPD gemeinsam geeinigt. Ja, wir machen es.

Also, man muss kritisieren, das ist vollkommen in Ordnung. Aber ich glaube, wenn ich mir manchmal so unsere Opposition so jetzt im Landtag angucke, das ist ziemlich schwierig. Also die CDU, die saugt so jedes Vorurteil, was es irgendwo gegen Rot-Rot gibt, in sich auf. Das ist wirklich ein politisch schwarzes Loch. Und wir müssen dem entgegenhalten.

Wir wollen gemeinsam Brandenburg gestalten und wir sind auch an der Meinung der Opposition interessiert, deswegen ist der politische Umgang nämlich mittlerweile ein anderer. Es wird nicht mehr alles a priori weggeknallt: Kommt von der Opposition und findet nicht statt und geht in keinem Outfit.

Man kann auch Anträge mal ablehnen wo man wirklich denkt, ok, das bringt überhaupt nichts darüber zu debattieren. Das ist auch legitim. Es ist ein anderer politischer Stil. Und schon alleine, dass in einem Land ein anderer politischer Stil versucht wird zu bewerkstelligen, ein anderer Umgang, der von einem Stückchen mehr Toleranz geprägt ist, der davon geprägt ist, dass man zuhört - fällt mir ja auch manchmal ganz schön schwer, gebe ich ja zu - und das man dann versucht gemeinsam herauszufinden, wo kann man sich auf einer Basis treffen und wo unterscheidet man sich, dann stellt eben jeder seine Änderungsanträge, das ist doch richtig. Das ist in Ordnung.

Und deswegen meine Bitte, mein Petitum: Nehmt diesen Antrag, stimmt ihm zu! Das beendet doch nicht die Debatte. Also so wie das hier heute zur Sache ging, das fand ich richtig gut, das ist Debatte, das wird immer so sein. Das wird in jeder Basisgruppe sein. Und das muss es auch.

Und ich sage euch noch mal, ich rede jetzt für mich, aber ich gucke jetzt hier meine Kollegen an. Wenn ich die Idee, die Volkmar Schöneburg da äußert, dass wir andere Strafvollzugsgesetze brauchen, auch im Jugendstrafvollzug das Grundmuster sein muss, weil die Resozialisierung die in der Landesverfassung festgeschrieben ist, - Resozialisierung mit dieser anderen Herangehensweise - das ist nicht in fünf Minuten gemacht. Das dauert lange, da muss man ganz andere Strukturen aufbauen, da muss man andere Denkweisen in diesem Lande herstellen. Aber wir machen uns auf den Weg.

Wir machen uns auf den Weg. Und ich glaube natürlich werden wir uns auch noch streiten. Das ist doch auch natürlich. Ich meine, wir haben eine Koalition geschlossen für fünf Jahre und die Basis ist derselbe Koalitionsvertrag. Und selbstverständlich, wenn wir auf einmal nur noch so denken würden wie die SPD oder die SPD wie wir, na, dann könnten wir den nächsten Vereinigungsparteitag vorbereiten. Das machen wir aber nicht, weil jeder nach wie vor seine Zielstellungen hat, die er aber in diesen fünf Jahren vielleicht nicht gleich umgesetzt kriegt.

Und ich möchte euch noch mal sagen, das kann man natürlich auch sagen, wieder und viel zu wenig. Personalbedarfsplanung. Personalbedarfsplanung bis 2014, also so lange Rot-Rot einen Koalitionsvertrag hat, die unterscheidet sich nämlich ganz schön von vorhergehenden Personalplanungen. Vielleicht sage ich euch ein paar Zahlen. Wir haben 170 Nachwuchsstellen für 2010 eingerichtet. 170 Nachwuchsstellen, das heißt, das Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger eingestellt werden können. Im Übrigen auch im Justizbereich. Über 700 Spezialisten werden wir 2010 einstellen und wir bilden 685 Menschen aus. Und wir haben wieder in Bereichen angefangen Ausbildungen zu organisieren, in denen seit Jahren in Brandenburg nicht ausgebildet worden ist. Und natürlich werden wir die Gewerkschaften, wird ver.di sagen, dass ist viel zu wenig. Es ist ein Anfang!

Es ist ein Anfang und ich lasse mich gern an allem messen und wir müssen uns auch messen lassen. Wir müssen uns daran messen lassen. Machen wir eine andere Politik als Schwarz-Rot gemacht hätte? Und ich sage, jawohl, wir machen eine andere Politik als Schwarz-Rot weitergeführt hätte. Und deswegen ist Matthias Platzeck mit seiner SPD eben auch mit uns in die Koalition gegangen. Sonst hätte er weiter CDU bleiben können. Und dann bräuchte heute Frau Wanka nicht wie

Rumpelstilzchen übers Feuer rumhüpfen.

Wenn man sich vorausschauend anguckt, ich sage es euch ganz ehrlich, wird es für uns wahnsinnig schwer. Weil, natürlich, das habe ich vorhin so nebenbei gesagt, das Deckungsdefizit sehr hoch ist. Und das heißt, wir müssen sehr wohl überlegen, wenn wir die Zielstellungen aus der Koalitionsvereinbarung für nicht verhandelbar erklären, dass wir das finanzieren wollen, weil das der politische Schwerpunkt ist, die Finanzen sind die Umsetzung der politischen Zielstellung dieser Landesregierung, dann muss man woanders irgendwo sparen. Und da lade ich euch alle zu ein, weil das nicht einfach ist.

Und wenn ich Fachminister wäre, da würde ich auch auf die Barrikaden gehen, wenn der Finanzminister ankäme und mir sagen würde, du musst mal hier eben 10 Millionen oder 15 Millionen oder 20 Millionen aus deinem Haushalt einsparen. Und das sind die Auseinandersetzungen, die wir führen müssen. Und da wird es dann auch knirschen.

Also, insofern bitte ich euch wirklich, nehmt diesen Antrag an. Wir haben uns – meine Kollegen haben das ja sehr schön vorhin auch alle dargestellt – auf den Weg gemacht. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Und lasst uns immer schön Rechenschaft ablegen, gemeinsam debattieren, weil es natürlich auch passieren kann, dass wir dann vielleicht mal was nicht umsetzen können. Aber es kann auch passieren, dass wir noch mehr umsetzen, als das was eigentlich drinsteht. Und diese Debatten sollen wir führen. Das ist nach vorne gerichtet und nicht nach rückwärts gewandt. Wir haben diesen Koalitionsvertrag und jetzt müssen wir ihn gemeinsam umsetzen.

Danke.

Beschlüsse des Parteitages

Beschluss der 1. Tagung des 2. Landesparteitages

Leitantrag

opponieren, regieren, konsolidieren, verjüngen DIE LINKE Brandenburg und ihre Aufgaben in den kommenden Jahren

1. Die bundespolitische Situation und DIE LINKE

Nach dem Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag mit 11,9 Prozent der Stimmen und den Erfolgen bei den Landtagswahlen 2009 ist die Partei DIE LINKE nicht nur in sechs ostdeutschen, sondern auch in sechs westdeutschen Landtagen vertreten.

DIE LINKE verändert die Außenpolitik und die Wirtschafts- und Sozialpolitik. DIE LINKE stellt Forderungen, die viele unterstützen. Oft können wir feststellen: DIE LINKE wirkt!

Die Mehrheit der Bevölkerung und die beiden christlichen Kirchen lehnen es ab, Deutschlands Sicherheit am Hindukusch zu verteidigen. Immer mehr Menschen wissen, der Krieg in Afghanistan ist nicht zu gewinnen. Sie wollen wie wir, das Krieg kein Mittel der Politik und dass das Völkerrecht die Grundlage der Außenpolitik ist.

Die linke Wirtschaftspolitik hat in der Finanzkrise eine Renaissance erlebt. Die Wirtschaftskrise hat die neoliberale Marktideologie in Frage gestellt. Diese Situation hat der Linken die Möglichkeit eröffnet, Elemente linker Wirtschaftspolitik in die Debatte zu bringen. Trotzdem hat es seitens der Bundesregierung keine Korrekturen zugunsten einer sozialeren Politik gegeben. Bisher haben vor allem Kurzarbeit und Abbau von Überstunden einen Kriseneinschlag aufschieben können und der Zusammenbruch der Banken wurde durch massiven Einsatz von Steuergeldern verhindert. Da aber die Forderung der Linken nach einer Regulierung des Finanzsektors und der Vergesellschaftung des Bankensektors nirgendwo ernsthaft in Angriff genommen wurde, wird mit dem Geld der Zentralbanken nicht die Realwirtschaft gestärkt, sondern die nächste Finanzblase finanziert. In bisher einmaliger Weise wurde deutlich, dass die Finanzindustrie die Politik bestimmt und nicht umgekehrt. Der deregulierte Finanzkapitalismus hat die Demokratie ausgehöhlt. DIE LINKE fordert daher die Regulierung der Finanzmärkte seit Jahren. Wir wollen, dass der Staat die Banken kontrolliert und reguliert. Wir wollen nicht, dass die Finanzindustrie die Politik kontrolliert und reguliert. Zu den Ursachen der weltweiten Finanzkrise gehört die zunehmende ungleiche Verteilung der Vermögen und Einkommen. Ohne eine gerechtere Vermögensverteilung gibt es keine Demokratie, weil eine ungleiche Vermögensverteilung zu undemokratischen Machtstrukturen führt. Die abenteuerlichen Steuersenkungspläne der CDU/FDP-Regierung werden verheerende Auswirkungen auf die Haushalte der Länder und Kommunen sowie in der Arbeitsmarkt- und der Gesundheitspolitik haben. Steigende kommunale Gebühren und Abgaben werden die Bürgerinnen und Bürger stärker belasten.

Die sozialen Sicherungssysteme müssen in staatlicher Regie bleiben. Die Beitragsbemessungsgrenzen sind aufzuheben. Das Steuerrecht muss sozial sein und ökologisch gerecht wirken. DIE LINKE unterstützt den Kampf der Gewerkschaften und Sozialverbände für eine sofortige Anhebung der Regelsätze für Hartz IV-Empfängerinnen und -Empfänger. Wir fordern für diese Wahlperiode die Anhebung auf 500 Euro. Bei Hartz IV bleibt DIE LINKE bei ihrer Forderung aus den Wahlkämpfen „Hartz IV muss weg“. Es muss ein existenzsichernder, flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden, der im Verlauf der Wahlperiode auf zehn Euro erhöht wird. Für Kinder und Jugendliche ist eine eigenständige Bedarfsermittlung vorzunehmen und eine bedarfsdeckende Kindermindestsicherung zu schaffen. Die anderen Parteien überarbeiten Hartz IV, weil wir sie dazu zwingen. Für den gesetzlichen Mindestlohn werben neben der Partei DIE LINKE und den Gewerkschaften jetzt auch SPD und Grüne. Dass die jetzige Rentenformel nicht zu halten ist, wird immer deutlicher. Die Einführung der Kapital gedeckten Rente erweist sich als eine historische Fehlentscheidung. Mit den Rentenreformen ist millionenfache Altersarmut programmiert. Die Sozialpolitiker der anderen Parteien rücken zumindest verbal von ihren bisherigen Beschlüssen ab.

DIE LINKE tritt für das Primat demokratischer Politik gegenüber der Wirtschaft sowie für einen sozialen und ökologischen Wandel ein. Alternative Wirtschaftspolitik zielt auf ein starkes Gewicht sozialstaatlicher Politik gegen deren Unterordnung unter Marktzwänge. Gewinnerorientiertes unternehmerisches Handeln ist wichtig für Innovation und betriebswirtschaftliche Leistungsfähigkeit, führt jedoch zur Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, zunehmender sozialer Ungleichheit und Spaltung, wenn es nicht gesellschaftlichen Schranken und Regeln unterworfen wird. Die Verteidigung der Demokratie und die Sicherung der politischen Grundrechte für alle Menschen sind unverzichtbare Grundlagen für linke Politik.

Unsere Wahlerfolge verdanken wir diesen - in den letzten Jahren gemeinsam erarbeiteten und vertretenen - Forderungen. DIE LINKE ist für ihre Anhängerinnen und Anhänger die Partei des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen und wirtschaftlichen Vernunft. Sie stimmt im Bundestag gegen Kriegeinsätze. Sie wendet sich gegen Sozialabbau, tritt in Regierungen dafür ein, öffentliche Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger nicht durch Personalabbau zu verschlechtern, Kürzungen sozialer Leistungen nach Kräften zu verhindern, und ist gegen die Privatisierung von Einrichtungen der Daseinsfürsorge. Sie streitet für den Ausbau dezentral erzeugter und genutzter erneuerbarer Energien. Sie will den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie sowie den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung.

Mit diesen Forderungen waren wir bei den Bundestagswahlen und in Landtagswahlen erkenn- und unterscheidbar. Ohne den auf dem Berliner Bundesparteitag hart erstrittenen und von allen Teilen der Partei mitgetragenen Konsens wäre dies nicht möglich gewesen. Kern dieses Konsens´ war es, die in großer Zahl vorhandenen Gemeinsamkeiten aller Mitglieder der Partei deutlich vor die Differenzen zu stellen, den Meinungspluralismus als positive Entwicklungsbedingung für eine moderne Linke zu verstehen und auf eine vorsätzliche Personifizierung inhaltlicher Konflikte zu verzichten. Nur so wird die Klärung und zugleich die in einer pluralistischen Partei unverzichtbare Koexistenz der Unterschiede in den Auffassungen möglich, ohne das Projekt einer neuen demokratischen Linken existenziell zu gefährden.

Die Programmdebatte umgehend beginnen

Vor gut zwanzig Jahren, im Herbst 1989, wurde die Alleinherrschaft der SED durch friedliche Proteste beendet. Die DDR stand kurz vor ihrem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch. Die SED/PDS wurde zur Erneuerung gezwungen und brach mit dem Stalinismus als System.

Veränderung beginnt mit Opposition, dieses Motto war prägend für die Politik der PDS in den 1990-

er Jahren. Aber Veränderung endet nicht mit Opposition - und so opponierte, diskutierte und auch regierte eine zunehmend erfolgreiche PDS. Im Jahr 2003, nach einer schmerzhaften Wahlniederlage, beschloss sie auf einem Bundesparteitag in Chemnitz ein Parteiprogramm, in dem der demokratische Sozialismus als Ziel, Bewegung und Wertesystem verankert wurde.

Die WASG entwickelte in ihrer jungen Geschichte ein Gründungsprogramm einer Protestbewegung mit gewerkschaftlicher Prägung. Es sollten möglichst viele Menschen angesprochen werden, ohne ideologische oder weltanschauliche Hürden aufzubauen.

Bei der Vereinigung beider Parteien zur Partei DIE LINKE konnte man sich zügig auf programmatische Eckpunkte verständigen, die das Parteiprogramm der neuen Partei sind und die - einmalig in der deutschen Parteienlandschaft - ehrlich bekannten, welche offenen Fragen einer Diskussion harren. Diese Eckpunkte enthielten in Verbindung mit den Wahlprogrammen ausreichend Inhaltspunkte für eine inhaltliche Profilierung der LINKEN in den politischen Auseinandersetzungen der vergangenen zwei Jahre. Damit war auch die Basis für die erfolgreichen Wahlkämpfe gelegt.

Das ein von allen anerkanntes Programm wichtig ist für die Identität einer Partei, für die Bindungskraft bei ihren Mitgliedern haben die Konflikte und Debatten der letzten Wochen nachhaltig unter Beweis gestellt. Beides, die Werteorientierung nach innen und die Profilierung nach außen, ist von hoher Bedeutung für DIE LINKE.

Es ist nicht ausreichend, aus den Wahlprogrammen für die Bundestagswahl und die Europawahl ein Parteiprogramm herzuleiten.

Was ist das langfristige Ziel der LINKEN? Was ist ihre Werteorientierung und welches Politikverständnis liegt dem politischen Handeln zur Durchsetzung eigener Ziele zugrunde? Welchen Nutzwert kann diese LINKE in den nächsten zwanzig Jahren darstellen? Eine programmatische Klärung dieser Fragen erwarten die Mitglieder unserer Partei und erwartet auch eine interessierte Öffentlichkeit. Diesen Erwartungen muss nun entsprochen werden.

Wir wollen, dass der neu zu wählende Parteivorstand erkennbar die Führung der Programmdebatte übernimmt. Die Programmkommission muss transparenter als bisher arbeiten, den Stand der gesellschaftlichen, linken und internationalen Debatte darstellen, die derzeitige Positionierung der LINKEN sichtbar machen und kontroverse Standpunkte einschließlich ihrer Begründung erläutern. Vor allem ist es wichtig, in Form öffentlicher Tagungen die Basis der Partei an der Entwicklung der Programmatik und an der Diskussion offener Fragen in einem demokratischen Prozess zu beteiligen. Durch diesen Weg soll eine längere, tiefgründige und breite Parteidebatte, eine Berücksichtigung der gesellschaftlichen Diskurse sowie eine möglichst transparente Streitform ermöglicht werden. Das heißt auch, dass Dissense nicht zu früh durch Kompromisse in Kommissionen gedeckt werden.

Darüber hinaus wollen wir unser Wissen aus der politischen Praxis in den Landesverbänden in Ost, West, Nord und Süd, in den früheren PDS- und WASG-Gliederungen, in der parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit, in der Opposition und den Regierungen sowie aus der kommunalpolitischen Verankerung in die programmatische Debatte einbringen. Wir finden: Weder sollte ein Grundsatzprogramm an Regierungsnotwendigkeiten angepasst werden, noch darf es die Regierungsarbeit als politische Handlungsoption ausschließen. Dazu ist es notwendig, die Ebenen und die unterschiedlichen Reichweiten der verschiedenen Dokumente auseinander zu halten.

Für uns ist der Begriff des demokratischen Sozialismus von zentraler Bedeutung. Er ist für die Identität der Mitglieder und das Profil der LINKEN bei Wählerinnen und Wählern und in der breiteren Öffentlichkeit unverzichtbar. Er macht unsere Partei deutlich unterscheidbar zu anderen und ist auch eine Antwort auf manche Parteivereinigungsphantasien. Dabei sollten die mittelfristig erreichbaren

Wege und Ziele im Zentrum stehen. Wir wollen einen Prozess umfassender Demokratisierung hin zu einer Gesellschaft, in der nicht mehr der Profit dominiert, sondern die freie Entwicklung aller gesichert ist. Dogmatische Einengungen müssen vermieden werden. Das verlangt auch klare Schlussfolgerungen aus dem „Realsozialismus“ der Vergangenheit.

Damit sind wir für alle Menschen offen, die, unabhängig von ihrer Herkunft und Lebenslage, unsere demokratisch-sozialistische Ziel-, Weg- und Werteorientierungen und -vorstellungen teilen.

Es geht um Gesellschafts- und Menschenbilder für linke Politik. Und es geht um ein schlüssiges Konzept, das der gegenwärtigen Gesellschaftsentwicklung entgegengesetzt werden kann. Ausgangspunkt unserer Programmatik sind die gegenwärtige gesellschaftliche Situation und die damit verbundenen Nöte und Sorgen der Menschen. Im Zentrum sollte der notwendige sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft stehen.

Dass linke Politik nicht an den Grenzen von Nationalstaaten halt macht, sollte auch in der Programmdiskussion deutlich werden. DIE LINKE steht für europäische Integration. Als LINKE wenden wir uns gegen eine technokratisch und neoliberal geprägte EU. Es gibt Entwicklungen, die wir aufhalten müssen, wo wir eine Veränderungen anstreben: In der Außenpolitik muss die Militarisierung beendet werden. Es bedarf europäischer Antworten auf Wirtschafts- und Finanzkrisen, die sichern, dass die Verursacher zur Verantwortung gezogen und echte Alternativen gesucht werden – wir brauchen nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch eine Sozialunion. Dem Vertrag von Lissabon, den wir weiterhin ablehnen, stellen wir daher unsere eigenen Konzepte entgegen. Trotz unserer Kritik ziehen wir uns nicht auf die nationale Ebene zurück. Wir wollen Europa verändern. Dazu muss eine starke LINKE, eine europäische Linke, sich für eine EU der Menschen einsetzen, die friedlich, sozial, demokratisch und ökologisch ist.

Schließlich muss mit Blick auf die Globalisierungsprozesse diese Sicht auch international erweitert werden. Sozialistische Programmatik setzt auf eine friedliche, das Völkerrecht achtende Außenpolitik, die vorhandene internationale Institutionen und Organisationen nicht negiert, sondern demokratisieren will und sich vor der Frage, wie und mit wem das gelingt, nicht drückt.

Diese Punkte werden Kernthemen eines neuen Programms für unsere Partei sein. Der brandenburgische Landesverband wird sich in die Diskussion darum intensiv einbringen. Nicht nur unsere Wahlerfolge bestätigen uns in dem Anspruch, uns auch zukünftig in den bundesweiten programmatischen und strategischen Debatten der Partei zu Wort zu melden. Wir wissen: Beständiger Erfolg auf allen Ebenen gelingt nur mit einem abgestimmten Handeln in Kommune, Land und Bund. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung. Dabei ist der Blick auf die aktuellen Gegebenheiten und Problemlagen ebenso von Bedeutung wie unsere langfristigen gesellschaftspolitischen Zielstellungen. Die Menschen erwarten zu Recht von uns Antworten auf die Herausforderungen von heute und Klarheit über unsere Vorstellungen für morgen.

In den Jahren 2010/11 stehen wichtige Wahlkämpfe an.

Nach unseren Erfolgen im vergangenen Jahr müssen wir uns jetzt auf die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen konzentrieren. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung steht ein zentrales Thema unserer Bundestagswahlkampagne: Wer bezahlt die Folgen der Finanzkrise? CDU und FDP wollen die Wählerinnen und Wähler betrügen, indem sie die sozialen Kürzungen, die sie vorbereitet haben, vor dieser entscheidenden Wahl verschweigen. Es ist unsere Aufgabe, dieses Spiel zu durchkreuzen. Der Einzug der LINKEN auch in den nordrhein-westfälischen Landtag würde dazu führen, dass die Lasten der Finanzkrise gerechter verteilt werden. Mit den Landtagswahlen in den Jahren 2010/2011 in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin werden wir auch im Osten dazu beitragen. Bei den Wahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Bremen werden wir für eine

stärkere parlamentarische Vernakerung der LINKEN im Westen kämpfen. Dafür lohnt es sich zu streiten. Mit außerparlamentarischen Kampagnen gegen den Afghanistankrieg, die Gesundheitsreform und die anhaltende Umverteilung von unten nach oben werden wir das in den kommenden Monaten unterstützen.

In mehr als 40 Kommunen des Landes Brandenburg stehen in den Jahren 2010 und 2011 Bürgermeisterwahlen an. 40-mal ist DIE LINKE gefordert zu entscheiden, mit welchem inhaltlichen und personellen Angebot sie sich dieser unmittelbaren kommunalen Verantwortung stellt.

Die Bundestagswahl und die Landtagswahlen in Ost und West haben bewiesen, DIE LINKE wird gebraucht und von Millionen Bürgerinnen und Bürgern gewählt und gewollt. Um ihre Zukunft müssen wir uns nicht fürchten, wenn wir es verstehen, diesen Willen und die Interessen unserer Wählerinnen und Wähler ins Zentrum unserer Anstrengungen zu stellen.

2. Die Situation in der Partei

Mit der Bundestagswahl ist deutlich geworden, dass nach dem Scheitern des parteikommunistischen Organisations- und Gesellschaftsverständnis auch die bisherige zentralistische Parteipraxis der SPD am Ende ist und keine Zukunftsoption für eine neue moderne, demokratische, linke Partei darstellt. Die Basta-Demokratie, der antidemokratische Autoritarismus von Schröder und Müntefering hat maßgeblich mit zum jetzigen Zustand der SPD beigetragen. DIE LINKE muss sich also ihr neues Organisationsverständnis jenseits der gescheiterten Modelle suchen. Dabei steht sie erst am Beginn der Erarbeitung eines entsprechenden Selbstverständnisses. Zentrale Elemente sollten dabei die Sicherung und die Erweiterung der innerparteilichen Demokratie, die Stärkung der Mitwirkungsrechte der Mitglieder sowie die Gewährleistung von Transparenz bei der innerparteilichen Entscheidungsfindung sein.

Die Wochen vor unserem Landesparteitag waren von einer Führungskrise auf der Bundesebene gekennzeichnet. Der Parteiführung und den Akteurinnen und Akteuren in der Partei muss es in den kommenden Wochen bei der Vorbereitung des Landesparteitages und in dessen Ergebnis wieder gelingen, länder- und flügelübergreifend in der politischen Arbeit an dem auf dem Berliner Landesparteitag erzielten Konsens anzuknüpfen. Die Spitzen der Partei, die Mitglieder des Bundesvorstandes, des Bundesausschusses und die Landesparteitagsdelegierten tragen eine besondere Verantwortung dafür, dass dieser Konsens dauerhaft trägt, er über alle Konflikte hinweg immer wieder neu hergestellt wird und dafür, dass die Partei als Ganzes den Versuchungen, den Sieg der einen Position über die andere zu organisieren, widersteht. Jeder der einen solchen „Sieg“ in welcher Form auch immer anstrebt, kämpft zugleich für eine erneute historische Niederlage der deutschen Linken. Der brandenburgische Landesverband wird sich solchen Tendenzen energisch widersetzen.

Die Partei muss die Konflikte der vergangenen Monate in einer Weise aufarbeiten, die ihre Strukturen und ihr Selbstverständnis nicht beschädigt sondern in positiver Weise weiter entwickelt. Dafür ist es notwendig, sich auf bestimmte Grundsätze zu besinnen:

1. In der Partei muss nach Regeln gearbeitet werden – nach satzungsmäßigen Regeln, arbeitsrechtlichen Regeln und den Regeln des solidarischen Umgangs miteinander.
2. Inhaltliche Konflikte in der Partei müssen politisch ausgetragen und von den zuständigen Gremien entschieden werden, im Wesentlichen von den für die Klärung zuständigen Parteitagsgremien der jeweiligen Ebenen. Inhaltliche Auseinandersetzungen dürfen nicht durch personalpolitische Entscheidungen ersetzt werden.

3. Dass Positionen von der Partei durch Wahl besetzt werden, darf keine Formsache sein. Dieses Recht der Partei, verkörpert im Recht des Parteitags, darf nicht geschwächt werden. Das gilt gerade auch dann, wenn sich in den Personalentscheidungen der Partei inhaltliche Differenzen ausdrücken.

4. Auseinandersetzungen sollten nicht als West-Ost-Konflikt inszeniert werden, sonst droht ein massiver Rückschlag für das Zusammenwachsen der Partei. Die Kritik an der Koalitionsvereinbarung von Brandenburg aus den Landesverbänden West, wie die Kritik aus Ostlandesverbänden am Wahlprogramm von NRW spiegelt auch die unterschiedliche gesamt-politische Situation, in der sich die Partei in ihren verschiedenen Landesverbänden befindet, wieder. Die gesellschaftliche Realität im Osten ist in zentralen Handlungsfeldern eine andere als in Teilen des Westens. Das lässt sich im Interesse gemeinsamen Handelns weder durch „rote Linien“ noch durch die Rückkehr zu zentralistischen Politikvorstellungen klären. Notwendig ist die gleichberechtigte und demokratische Organisation von Vereinigungs- und Verständigungsprozessen. Das Inszenieren von Entscheidungsschlachten auf machtpolitischer Ebene kann solche Prozesse dagegen nur blockieren.

3. Die Aufgaben im Landesverband

Die Situation im Landesverband ist durch eine große Dichte von unterschiedlichen Herausforderungen und Problemen gekennzeichnet.

Die Bewältigung von sechs unterschiedlichen Wahlkämpfen in nur 18 Monaten hat in einem sehr geringen Maße Zeit für innerparteiliche Verständigungsprozesse gelassen und forderte die Kräfte des Landesverbandes und auch der Leitungen in fast nicht zu bewältigender Weise. Hinzu kamen Findungsprozesse der noch sehr jungen LINKEN. Daraus resultieren eine hohe politische Verunsicherung der Akteure und Multiplikatoren auf allen Ebenen in der Partei sowie vielfältige innerparteiliche Auseinandersetzungen um den politischen Kurs und die strategische Ausrichtung. In Brandenburg koppelten sich diese Probleme mit den bei Listenaufstellungen immer vorhandenen personellen Auseinandersetzungen und spitzten diese zusätzlich zu.

Zugleich ist diese Partei eine neue geworden.

Die neu installierten Gremien erfüllen die ihnen im Statut übertragenen Aufgaben noch nicht optimal. Die innerparteiliche Willensbildung ist dadurch an vielen Stellen und in unterschiedlicher Weise unterbrochen. Vorstände, Ausschüsse und Fraktionen bilden oft nur zu kleine Ausschnitte der real existierenden Meinungen ab und entscheiden daher mitunter ohne ausreichende Kenntnis der Interessenlagen und Meinungsvielfalt, nicht nur der Mitglieder der Partei sondern auch der Wählerinnen und Wähler. Andererseits fällt es immer mehr Mitgliedern auch schwer, sich in gewohnter Weise intensiv in die vielfältigen Diskussionsprozesse und schnellen wie komplexen Informationsabläufe einzubringen.

Auch die Mitgliedschaft der LINKEN hat sich enorm verändert. Die Nachwendegeneration der lange Zeit die PDS prägenden Mitglieder verlässt nach und nach die politische Bühne, eine neue Generation betritt sie, die zum Teil völlig neu in die Politik kommt mit teilweise völlig anderen kulturellen und sozialen Prägungen und mitunter keinerlei praktischen politischen Erfahrungen. Ein großer Teil dieser neuen Genossinnen und Genossen ist sehr jung, woraus auch Dissonanzen zu dem älter werdenden Teil der PDS-Mitglieder und mitunter zum bisherigen Parteiaktiv entstehen. Ehemalige Mitglieder der WASG fühlen sich oft in der neuen LINKEN noch zu wenig willkommen oder hatten sich eine größere, auch persönliche Akzeptanz in ihren Gliederungen erhofft. Hinzu kommt, dass zu wenige Mitglieder bisher bereit sind, die Interessenlagen anderer politischer Handlungsebenen als

wichtig für die eigene Meinungsbildung oder das eigene Handeln zu betrachten. Interessen der Kreis-, Landes- oder auch Bundesebene werden zu selten in ihrem Zusammenhang gesehen und respektiert. Mitdenken der jeweils anderen Ebene ist angesichts unserer neuen Position im Land jedoch umso wichtiger. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und die Unterstützung gewerkschaftlicher Aktionen im Rahmen der inhaltlichen Gemeinsamkeiten sind zentrale Aufgaben des Landesverbandes.

Unsere neue Rolle als Regierungspartei in Brandenburg stellt an jeden von uns völlig neue Anforderungen. Bevor wir den neuen Erwartungen von Bürgerinnen und Bürgern an uns gerecht werden können, müssen wir selbst diese kulturelle Herausforderung nach 20 Jahren Opposition meistern.

Wir wollen uns diesen Herausforderungen mit einem Projekt 2020 stellen.

Der Erhalt der LINKEN als Mitgliederpartei

Neue Mitglieder, allein über 650 seit Gründung der Brandenburger LINKEN, aber auch der gleichzeitig noch immer hohe Altersdurchschnitt unserer Partei sind ein wichtiger Ausgangspunkt, Strukturen immer wieder auf den Prüfstand zu stellen und die Mitarbeit und Entscheidungsfähigkeit der Genossinnen und Genossen zu fördern. Nach wie vor hat DIE LINKE Brandenburg nicht etwa zu viele alte Mitglieder, sondern zu wenig junge. Von den 9.127 Mitgliedern zum Jahresende 2008 waren gerade 3 % unter 30 Jahren und auch nur weitere 3 % unter 40 Jahren. 52 % unserer Mitglieder waren zu diesem Zeitpunkt bereits älter als 70 Jahre. Obwohl diese Tatsache uns bereits einige Jahre begleitet und die Anstrengungen zur Mitgliederwerbung in dieser Zeit zugenommen haben, hat sich an diesem Zustand nichts Grundlegendes geändert. Es ist jedoch auch keine weitere Verschlechterung eingetreten. Der Altersdurchschnitt liegt weiterhin bei 66,8 Jahren.

Zugleich stehen wir vor der Aufgabe eine organisatorische Neuaufstellung der Partei einzuleiten.

Wir brauchen ein Mitgliederprojekt 2020 für den Landesverband Brandenburg. Dabei kommt es immer wieder darauf an, nicht nur thematisch an den Problemen der Menschen dran zu sein, sondern sie auch in der Art und Weise, wie wir sie ansprechen, mitzunehmen. Vielfalt der Perspektiven, Lebenserfahrungen und kulturellen Zugänge zu fördern und zu nutzen, Gemeinsamkeiten durch Debatten zu erringen und gemeinsam für politische Ziele zu streiten – das soll ein Markenzeichen unserer Partei sein. Wir sollen im Rahmen der interkulturellen Öffnung besonderes Augenmerk darauf richten, die Menschen mit Migrationshintergrund stärker an die Partei zu binden und zu fördern. Wir wollen neuen wie „alten“ Mitgliedern eine Heimat und politische Entfaltungsmöglichkeiten bieten.

Dies wird nicht von selbst kommen. In den nächsten drei Jahren hat DIE LINKE. Brandenburg voraussichtlich keine Wahlkämpfe als Landesverband zu bestreiten. Daher sollten wir diese Zeit für eine Mitgliederkampagne nutzen. Ziel sollte es sein, als Landesverband in den nächsten drei Jahren eine Vielzahl neuer Mitglieder zu gewinnen. Diese personelle Stärkung des Landesverbandes kann letztendlich nur durch eine glaubhafte und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete Politik geschehen. Die konkreten Zielsetzungen sollten in den kommenden Monaten mit und in den Kreisverbänden sowie vor allem auch mit dem Jugendverband diskutiert werden. Zu dieser Diskussion gehört auch eine Debatte, ob und wie die im Landesverband vorhandenen finanziellen Rücklagen zum Teil mit für diese Kampagne genutzt werden können. Diese Debatte sollte bis zur 2. Tagung des 2. Landesparteitages zu einem Ergebnis geführt werden.

Eine neue Etappe in der Parteireform

Wir wollen dem Thema Kommunikation künftig Priorität einräumen. Kommunikations- und Informationswege im Landesverband müssen effizienter werden. Es liegt in der Verantwortung des Landesvorstandes und der Kreisvorstände, geeignete vernetzte Informationsstrukturen weiter zu entwickeln. Dazu gehört neben einem sinnvollen System von Beratungen und Konferenzen der deutliche Ausbau eines sicheren Netzes elektronischer und verbaler Kommunikation. Die Kreisverbände bestimmen aber selbst, wie schnell und wie gut wichtige Informationen und Debatten kommuniziert werden.

Wir wollen Schlussfolgerungen aus dem Verfahren zur Koalitionsbildung ziehen. So wollen wir eine innerparteiliche Diskussionskultur fördern, die sachliche Kritik ermöglicht. Sie soll von gegenseitigem Vertrauen und Respekt getragen sein. Zugleich wollen wir an die guten Erfahrungen mit den Regionalkonferenzen anknüpfen.

Gleichzeitig wollen wir Anstrengungen unternehmen, die Arbeitsfähigkeit der Parteigliederungen auch in Zukunft zu erhalten. Das wird auch weiterhin zum größten Teil nur ehrenamtlich gehen. Politische Arbeit darf aber nicht zu physischer Überlastung führen. Wir wollen auf eine enge Verknüpfung unserer Arbeit mit der der Abgeordneten setzen. Wir wollen uns auf Landesebene strukturell neu sortieren und fordern die Kreisverbände auf, ihre Strukturen ebenfalls modernen Anforderungen anzupassen. Dazu gehört eine Analyse der Arbeitsfähigkeit in allen Kreisverbänden und eine Auswertung der Erfahrungen des neu gegründeten Kreisverbandes Lausitz.

Dabei wollen wir auch über die Regionalisierung unserer Arbeit nachdenken. Ziel ist es, die Aktions- und Kampagnenfähigkeit des Landesverbandes zu sichern. Sinkende hauptamtliche Ressourcen müssen durch ehrenamtliche Aktivitäten in den Kreisverbänden kompensiert werden. Dazu wollen wir das Ehrenamt stärken und unterstützen.

Wichtig ist dabei ein effizientes Zusammenwirken haupt- und ehrenamtlicher Strukturen. In vielfacher Form wird Parteiarbeit bereits durch viele GenossInnen in den Kreisen ehrenamtlich geleistet. Ohne sie wäre unser Landesverband nicht arbeitsfähig und dies verdient unsere uneingeschränkte Anerkennung.

Die Programmdebatte mit ganzer Kraft führen. Politische Bildung stärken.

Der Landesverband wird sich mit all seinen Erfahrungen in die bundesweite Programmdebatte einbringen. Ziel ist es, inhaltliche Konflikte produktiv zu machen. Diskussionen verstehen wir nicht als Konflikt, sondern als Teil einer inhaltlichen Profilschärfung und gemeinsamer Aneignung. Wir rufen alle Mitglieder zur aktiven Teilnahme an dieser Debatte auf.

Wir wollen die Programmdebatte mit politischer Bildungsarbeit verknüpfen. Dabei sollen vielfältige und zeitgemäße Formen politischen Lernens zur Anwendung kommen und die unterschiedlichen neuen Wege individuellen und gemeinsamen Lernens Berücksichtigung finden. Wir wollen damit so viele Mitglieder wie möglich erreichen und in die Diskussions- und Lernprozesse einbeziehen. Wir wollen, dass Programmdebatte und politische Bildung feste und selbstverständliche Bestandteile unserer politischen Praxis werden.

Gerade die Programmdebatte bietet begleitend die Möglichkeit, zu einzelnen Positionen unserer Partei Informations- und Bildungsveranstaltungen anzubieten. Die politische Bildungsarbeit ist ein wichtiges Standbein unseres Landesverbandes, da sie unsere Mitgliedern sowohl in Wahlkämpfen als auch in der alltäglichen politischen Praxis ermöglicht, linke Standpunkte inhaltlich zu vertreten und politisch durchzusetzen.

Die innerparteiliche Demokratie stärken.

Eine Partei und ihre Politik lebt von der Mitarbeit und dem Engagement ihrer Mitglieder. Innerparteiliche Diskussionen sind nötig und wichtig. Wir wollen deshalb die dafür vorgesehenen Gremien (Vorstände, Landesausschuss, Kleiner Parteitag) weiter stärken und der Gremienarbeit das nötige Gewicht im Landesverband einräumen. Ziel ist es, die Mitgliedschaft in die Lage zu versetzen, die Politik des Landesverbandes – wie z. B. die Regierungsarbeit – nicht nur nachzuvollziehen, sondern ihr auch eine aktive Mitwirkung zu ermöglichen. Die bisher erprobten Schritte um mehr Mitsprache bei der Beschlussfassung im Landesvorstand zu ermöglichen, müssen konsequent ausgebaut werden. Der Landesvorstand unterstützt und stärkt die Tätigkeit der landesweiten Zusammenschlüsse, organisiert gemeinsame Beratungen und berücksichtigt die Arbeitsergebnisse und -materialien der Arbeitsgemeinschaften. Wichtige Beschlüsse sollen noch mehr als bisher in mehreren Lesungen im Landesvorstand und im Landesausschuss beraten werden. Der Landesausschuss soll seine Funktion als Kontrollgremium gegenüber dem Landesvorstand stärker wahrnehmen. Auch Landesparteitage sollen stärker für die innerparteiliche Debatte genutzt werden. Unser Ziel ist es, über den Landesparteitag, den Landesvorstand, den Landesausschuss und die Kreisvorstände einen innerparteilichen Meinungs- und Willensbildungsprozess zu organisieren, der Transparenz sicherstellt und Verbindlichkeit schafft. Die Delegierten und Mitglieder dieser Gremien müssen sich mehr als nur als Vertreter ihrer jeweiligen Region verstehen. Wir wollen ein stärkeres Bewusstsein dafür schaffen, welche Belange im Landesmaßstab bei politischen Entscheidungen zu beachten sind.

Über die Rolle des Jugendverbandes

Zu einer Verjüngung der Partei gibt es keine Alternative. Dazu soll nicht nur das Mitgliederprojekt beitragen, sondern auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Jugendverband. Die Linksjugend [solid] hat in den vergangenen Jahren eine erfreuliche Entwicklung genommen. Die Zahl der aktiven Mitglieder entwickelt sich positiv, Angebote des Landesjugendverbandes werden zunehmend genutzt und die Arbeit der Landesgeschäftsstelle wurde professionalisiert. 2008 und 2009 gelang es, den Jugendverband in die zu bewältigenden Wahlkämpfe, ihre politisch-strategische Planung und Auswertung sowie in die programmatischen Debatten einzubeziehen. Die Zusammenarbeit zwischen Landespartei und Jugendverband hat sich so stetig verbessert, zunehmend übernehmen junge Mitglieder Verantwortung auf Kreis- und Landesebene. Zukünftig soll der Jugendverband noch stärker in die Arbeit der Partei eingebunden werden. In der täglichen politischen Arbeit ist es jedoch wichtig, dem Jugendverband weiterhin den nötigen Freiraum zu schaffen, Politik nach seinen Vorstellungen und strategischen Zielstellungen zu gestalten.

Gemeinsame Projekte wie die erfolgreichen Mobilisierungen gegen Naziaufmärsche und die durchgeführten Volksinitiativen sollen weiterhin gefördert werden. Insbesondere in das zu planende Mitgliederprojekt wird die Linksjugend [solid] als eine wichtige Stütze einbezogen werden und auch in der anstehenden Programmdebatte trägt der Jugendverband eine Mitverantwortung.

Der angestrebte Generationswechsel in der Partei ist nur durch enge Zusammenarbeit und steten Austausch realisierbar. Eine weitere Stärkung des Jugendverbandes ist mithin Voraussetzung für den weiteren Aufbau der Landespartei.

Gemeinsinn und Erneuerung in Brandenburg – die Arbeit hat begonnen!

I.

Die brandenburgische LINKE ist in schwierigen Zeiten, unter schwierigen Umständen und nicht fehlerfrei in die Regierungsverantwortung gestartet. Doch so kompliziert der Start auch war, so schwierig sich die finanziellen Bedingungen und bundespolitischen Herausforderungen auch gestalten mögen: Gerade deswegen bekräftigen wir unser Vorhaben, alles in unserer Kraft stehende für ein solidarisches Brandenburg zu tun – für gute Arbeit und gute Bildung, für starke Kommunen und eine stabile öffentliche Daseinsvorsorge in allen Regionen sowie für eine nachhaltige Entwicklung des ganzen Landes, für gute Beziehungen zu unseren Nachbarn in Deutschland und Polen.

Wir werden uns eigenen Fehlern stellen und sie nach Kräften korrigieren. Wir werden jedem Druck widerstehen, der Rot-Rot in Brandenburg blindlings als illegitim bekämpft und um jeden Preis beenden will. Wir stehen zu unserer Verantwortung für Brandenburg, für eine linke Alternative im Bund und in Europa.

Mit dem Koalitionsvertrag 'Gemeinsinn und Erneuerung' haben wir dafür eine gute und belastbare Grundlage. Die meisten unserer Schlüsselvorfhaben, für die wir im Wahlkampf geworben haben, finden sich in diesem Vertrag wieder. Der Vertrag trägt klare linke Akzente – jetzt kommt es darauf an, die Landespolitik so zu gestalten, dass diese Akzente Wirklichkeit werden. Der Koalitionsvertrag ist die Basis für eine gute Regierungstätigkeit in Brandenburg, für eine verantwortungsvolle soziale Modernisierung und schließlich auch für den Erfolg unserer Partei.

Gute Arbeit – gerade auch für Langzeitarbeitslose und gering Verdienende – sowie gute Bildung – für alle, von Anfang an – stehen dabei im Zentrum. Im Öffentlichen Dienst kämpfen wir dafür, dass trotz geringer werdender Ressourcen und trotz Bevölkerungsrückgang Neueinstellungen möglich werden und junge Leute eine Chance im Landesdienst erhalten. Die öffentliche Daseinsvorsorge und die Handlungsfähigkeit der Kommunen werden wir stärken; Privatisierungen will diese Koalition nicht.

II.

Die SPD-LINKE-Koalition hat in den ersten Monaten bereits wichtige Weichen für eine soziale Modernisierung unseres Landes gestellt.

Unter Verantwortung von Finanzminister Dr. Helmuth Markov (DIE LINKE) wurde ein Landeshaushalt aufgestellt, der trotz krisenbedingt sinkender Steuereinnahmen und trotz der Belastungen durch die Politik der Bundesregierung die Finanzierung aller zentralen Vorhaben des Koalitionsvertrages gewährleistet und dennoch den verfassungsmäßig erlaubten Rahmen für die Aufnahme neuer Schulden nicht ausschöpft.

Wir bestärken die Landesregierung und insbesondere den Finanzminister darin, den Solidarpakt II im Interesse Ostdeutschlands insgesamt zu verteidigen und alle Versuche zurückzuweisen, den Länderfinanzausgleich zugunsten der so genannten „Südländer“ umzugestalten. Mit der Bildung der rot-roten Koalition in Brandenburg werden jene Kräfte in Deutschland deutlich gestärkt, die die bundes-

staatliche Ordnung weiter als ein kooperatives und solidarisches Modell betrachten und den Übergang zu einem „Wettbewerbsföderalismus“ verhindern wollen, der der unsozialen neoliberalen Standortlogik folgt. Der in jeder Hinsicht gescheiterte Neoliberalismus darf nicht auf diesem Weg zu neuer Lebenskraft finden.

Darüber hinaus wird sich das Land Brandenburg für eine EU-weite Einführung einer Transaktionssteuer und das Verbot des außerbörslichen Handels mit hochspekulativen Verbriefungen und Optionen einsetzen, die im Wesentlichen zur aktuellen Finanzkrise geführt haben.

Auf der Grundlage der soliden rot-roten Finanzpolitik wird es möglich, Bildung zu einem maßgeblichen Schwerpunkt der Regierungsarbeit zu machen. Beim im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Einsatz von Nichtfachkräften in Kindertagesstätten ist anzustreben, dass dieses Personal eine pädagogische Ausbildung erhält und die Bezahlung nach dem jeweils anzuwendenden Tarif erfolgt. Wir bitten die Landtagsfraktion für den Haushalt 2010 sich dafür einzusetzen, eine Stärkung der Kommunalfinanzen zu erreichen, indem die Vorwegnahme in Höhe von 50 Mio. Euro gestrichen wird und bei der Debatte für das FAG 2011 dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunen einen angemessenen Ausgleich für ihre unverschuldeten Mindereinnahmen erhalten. Zudem wird das Land Brandenburg so viele Lehrer einstellen wie noch nie seit 1990. Um die im bundesweiten Vergleich gute Schüler-Lehrer-Relation zu halten, werden wir in der Legislaturperiode 1.250 Lehrerinnen und Lehrer in den Schuldienst holen, möglichst viele von ihnen bereits in diesem Jahr. Die beiden Koalitionsparteien haben sich auch darauf geeinigt, gemeinsam mit den Initiatoren der Volksinitiative zur Stärkung der Musikschulen das Gespräch zu suchen.

Linke Wirtschaftspolitik zielt darauf, dass wirtschaftliche Entwicklung und soziale Stabilität eine untrennbare Einheit bilden. Die rot-roten Koalitionen, die jetzt in Brandenburg und in Berlin regieren, werden neue Chancen für den gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraum erschließen. Beide Länder kämpfen für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn und wollen eigene Mindestlohngesetze für die Vergabe öffentlicher Aufträge – in Brandenburg entstanden die entsprechenden Eckwerte unter Verantwortung von Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers (DIE LINKE).

Linke Wirtschaftspolitik in Brandenburg zeichnet sich zudem dadurch aus, dass die Stärken des Landes weiter gekräftigt, zugleich aber auch die Schwächen reduziert werden. Dazu werden die Förderinstrumente weiter entwickelt und präzisiert. Wir unterstützen die Bemühungen beider Wirtschaftsressorts, die Innovationsstrategien von Brandenburg und Berlin weiter zusammen zu führen. Es ist sinnvoll, sich zum gegenseitigen Vorteil auf die am meisten Erfolg versprechenden Wachstumsbranchen zu konzentrieren.

Bei der Entwicklung einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur in Brandenburg setzen wir auf Instrumente wie die „Brandenburger Innovationsgutscheine“, die kleine und mittlere Unternehmen inkl. Handwerksunternehmen bei der Kooperation mit Hochschulen oder Forschungsinstituten unterstützen. Mit einem weiteren Programm wird geholfen, neue Geschäftsfelder und -modelle durch die Nutzung innovativer Technologien zu erschließen. In Kürze soll zudem ein Fonds eingerichtet werden, der die Eigenkapitalausstattung junger technologieorientierter Unternehmen verbessert. Damit werden Startchancen vielfach überhaupt erst eingeräumt, denn Privatinvestoren sind zumeist nicht bereit, das in der Frühphase bestehende hohe Risiko einzugehen.

Im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) verrichten künftig nicht nur in Berlin, sondern auch in Brandenburg Erwerbslose gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit, die ihnen neue berufliche Perspektiven eröffnet. Und das in regulären Beschäftigungsverhältnissen zu Tariflöhnen – aber nicht unter gesetzlichem Mindestlohnniveau. Die Bundesregierung hat jetzt die Verteilung der Arbeitsmarktmittel geändert. Berlin erhält bereits weniger Geld, als für das Jahr 2010 schon ver-

traglich festgelegt ist. Doch der Berliner Senat und die brandenburgische Landesregierung haben sich mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, die die Bundesmittel verwaltet, auf einen neuen Weg verständigen können. Zukünftig werden wir endlich auch die Arbeitsgelegenheit in der Entgeltvariante (AGH-E) nutzen und aus Landesmitteln aufstocken können. Dass es trotz der Einsparungen und des Kurswechsels auf Bundesebene gelingt, den ÖBS in Berlin weiter- und in Brandenburg einzuführen und damit einen anderen Weg als der Bund zu beschreiten, ist dem Zusammenwirken der beiden Landesregierungen gegenüber der Regionaldirektion zu verdanken. Rot-rot wirkt zusammen in Berlin und Brandenburg.

Das Prinzip der Nachhaltigkeit zur systematischen Verknüpfung von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Verantwortung, ökonomischer Entwicklung und demokratischer Teilhabe wird nach dem Willen der Koalition einen herausgehobenen Stellenwert besitzen. Es soll – mehr noch als bisher – Maßstab für das Regierungshandeln sein und wirksam in alle Politikbereiche integriert werden. Unter Verantwortung der Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Anita Tack (DIE LINKE), werden bis Ende Oktober 2010 Eckpunkte für eine Landesnachhaltigkeitsstrategie erarbeitet und zur Diskussion im Parlament und der Zivilgesellschaft gestellt. Wir legen darauf hohen Wert, damit die für eine erfolgreiche Entwicklung des Landes wichtigen Potenziale auf Dauer gesichert werden können.

Dafür ist es erforderlich, das nötige Wissen verfügbar zu machen sowie den Dialog über Ziele und Wege nachhaltiger Entwicklung mit der Gesellschaft zu führen. Beides hat der „Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz“ aus der abgelaufenen Berufsperiode mit Erfolg begonnen. Diese Arbeit wird der neu zu berufende Nachhaltigkeitsbeirat beim Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV) fortsetzen können.

Im Sinne des ganzheitlichen Anspruchs von Nachhaltigkeit sieht sich das von der LINKEN geführte MUGV einem integrativen Politikansatz unter dem Motto „Umwelt erhalten – Gesundheit fördern – Verbraucherschutz stärken“ verpflichtet und wird sich als Ministerium zur Sicherung von Lebensqualität in Brandenburg profilieren.

Zu wirksamer Nachhaltigkeitspolitik gehören effektive umwelt- und naturschutzrechtliche Genehmigungsverfahren und effiziente Anlagenüberwachung ohne Senkung des Umweltschutzniveaus. Die Umsetzung der Europäischen Abfallrahmenrichtlinie, der Umgebungslärmrichtlinie und der Luftqualitätsrichtlinie bedürfen der unbürokratischen Realisierung auf hohem Umweltschutzniveau zur Sicherung der Lebensqualität.

Die Stärkung und Entwicklung der Großschutzgebiete als Brandenburger Beitrag der Nationalen Naturlandschaften soll dem Ziel dienen, diese Gebiete als Modellregionen für eine nachhaltige Entwicklung und als wichtigen Ankerpunkt für die Profilierung Brandenburgs im Naturtourismus zu etablieren. Unsere Wildkorridore werden dazu beitragen, die biologische Vielfalt zu vergrößern und bedrohten Arten wieder einen Lebensraum in Brandenburg zu bieten.

Im Rahmen der anstehenden Novellierungen des Wasserrechts und des Naturschutzgesetzes zur Umsetzung der bundeseinheitlichen Regelungen soll geprüft werden, inwieweit für die Entnahme von Oberflächen- und Grundwasser zum Zwecke der Freimachung und Freihaltung von Lagerstätten, Erdgasspeichern sowie zur Wasserhaltung von Tagebaulöchern ein Nutzungsentgelt erhoben werden soll. Ergänzend zu den Initiativen der Landesregierung gegen weitere Privatisierungen von öffentlichen Gewässern sollen im Brandenburgischen Naturschutzgesetz Regelungen zur öffentlichen Nutzung und zum freien Zugang der Gewässer verankert werden.

In der gemeinsamen Verantwortung von Umwelt- und Wirtschaftsministerium liegt es, die Nutzung von fossilen Brennstoffen wie der Braunkohle gegenüber erneuerbaren Energien zurückzufahren. Ob

es in Brandenburg zu einer großflächigen Einlagerung von Kohlendioxid kommen wird, machen wir abhängig von den Ergebnissen der Erforschung und Prüfung der sog. CCS-Technologie. Der Braunkohletagebau ist mit hohen Umweltbelastungen verbunden und muss mittelfristig beendet werden.

Wir setzen deshalb darauf, bis zum Jahre 2020 mindestens 20 Prozent des Energiebedarfs Brandenburgs aus erneuerbaren Energien sicherzustellen. Teil des sozialökologischen Umbaus im Sinne der Nachhaltigkeit muss aber auch die Einsparung von Energie sein. Dazu werden wir in der Wirtschaftspolitik, der Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik darauf hinwirken, den Bürgerinnen und Bürgern Hilfen zum Energiesparen anzubieten.

Eine nachhaltige Entwicklung ist keine Angelegenheit allein von Regierungshandeln, Gesetzen oder Verordnungen. Nachhaltigkeit muss ein gesellschaftlich praktiziertes Prinzip sein, das eine breite zivilgesellschaftliche Beteiligung auf allen politischen Ebenen sichert. Wir begrüßen alles, was dem dient. Das gilt z. B. für den geplanten Landeswettbewerb „Bioenergiedörfer“, mit dem kommunale Konzepte für eine umfassende und integrierte Nutzung erneuerbarer Energien im ländlichen Raum angeregt werden sollen, oder für die Fortführung der Umweltpartnerschaft mit den Kammern, Verbänden der Wirtschaft und möglichst auch den Gewerkschaften.

Die rot-rote Koalition in Brandenburg hat sich zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik verpflichtet, bei der die erneuerbaren Energien Vorrang haben.

DIE LINKE sieht die Sicherung dieses Vorranges als strategische Herausforderung für eine zukunftsfähige Brandenburgische Energiepolitik an.

Wir bestärken Wirtschaftsminister Christoffers darin, den Kreis jener zu erweitern, die in den Genuss von Fördermitteln für erneuerbare Energien kommen können. Eine entsprechende Prüfung läuft derzeit in seinem Ministerium.

DIE LINKE als Regierungspartei hat sich gemeinsam mit dem Koalitionspartner dem verstärkten Einsatz neuer Energietechnologien verschrieben. Dabei geht es nicht allein um die technische Machbarkeit und um die nötigen finanziellen Mittel, sondern auch um die Aufgeschlossenheit in der Gesellschaft. Regionale, ökologische und soziale Konflikte sind dabei unvermeidlich – wir wollen sie politisch begleiten und für Akzeptanz sorgen.

Neue Kraft bringt Rot-Rot in Brandenburg und Berlin auch für die Verbraucherschutz-Politik – insbesondere für die Stärkung der rechtlichen Position und der Kompetenz der Verbraucher gegenüber Anbietern. Die von der EU-Kommission angestrebte Vereinheitlichung des Verbrauchervertragsrechts zur Stärkung des innergemeinschaftlichen Wirtschaftsverkehrs darf nicht zu einer Absenkung der bestehenden Verbraucherrechte führen. Besonderen Wert legen wir auf die Stärkung der Verbraucherrechte im Bereich der Finanzmärkte. Finanzvermittler müssen künftig eine solide Qualifikation nachweisen. Undurchsichtige Provisionssysteme sollen abgeschafft werden. Produktinformationen müssen verständlich sein. Wir wollen, dass die Aufsicht über die Finanzmärkte zügig gestärkt wird.

Der Verbraucherschutz liegt bei der LINKEN in guten Händen. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger können und müssen erwarten, dass das Land alles tut, um auf Krisenfälle vorbereitet zu sein. Infektionsschutz, Notfallvorsorge auf Krisenfälle, Tierschutz und Tierseuchenbekämpfung sind Bausteine eines verantwortungsvollen Verbraucher- und Gesundheitsschutzes. Verlässliche Kontrollen, ein Qualitätssicherungssystem, sichere Prognosemethoden, objektive Informationen und ein enges Zusammenwirken unabhängiger Verbraucherinstitutionen mit staatlichen Behörden werden diese Politik ebenso auszeichnen. Wie eine stärker zielgruppenorientierte Verbraucherinformation, Verbraucherbildung und Verbraucherberatung.

Die Gesundheitspolitik der rot-roten Koalition hat den Anspruch, für soziale Gestaltung, gesundheitliche Förderung und Vorsorge sowie medizinische Versorgung für alle zu sorgen. Sie bezieht Lebensverhältnisse wie Arbeit, Wohnung, Umwelt, Ernährung und Bildung ein. Mit dem Zuschnitt des neuen Ressorts ist die Chance gegeben, präventive und gesundheitsfördernde Faktoren stärker in den Fokus der Landespolitik zu stellen. All das wird sich in einem Masterplan Gesundheit Berlin-Brandenburg widerspiegeln.

In Brandenburg liegt die größte Herausforderung bei der medizinischen Versorgung in der Fläche des Landes. Unter Einbeziehung länderübergreifender Kooperationen müssen dabei innovative Lösungen und Instrumente gesucht und erprobt werden, die die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum sicherstellen und die Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten begünstigen. Als weitere Schwerpunktthemen betrachten wir die Prävention und Gesundheitsförderung im Alter sowie die Entwicklung einer Landes-Psychiatrieplanung. Es ist wichtig, dass gerade bei diesen Aufgaben von Anfang an eng mit den organisierten Verbänden der Gesundheitsfachberufe, Selbsthilfe- und Patientenorganisationen zusammen gearbeitet wird.

Die Neuordnung der Krankenhausfinanzierung ist durch die Koalitionsvereinbarung gesichert. Bei der Umsetzung wird es darauf ankommen, die jeweiligen Träger vor Ort in die Lage zu versetzen, Zuwendungen des Landes bedarfsgerecht und anlassbezogen flexibel zu verwenden.

Ein soziales Gesundheitssystem muss die Prävention und Gesundheitsförderung stärker in den Fokus stellen. Unsere Programme, die wir gemeinsam mit den Krankenkassen und den Akteuren im Gesundheitssystem umsetzen, beginnen bei der Vorsorge von Kindern und umfassen Angebote für ältere Brandenburgerinnen und Brandenburger, um auch bei nachlassenden körperlichen und geistigen Fähigkeiten möglichst lange gesund zu bleiben.

Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen brauchen unsere besondere Fürsorge. Mehr ambulante Behandlungsmöglichkeiten, aber auch qualifizierte Hilfe in den psychiatrischen Krankenhäusern haben wir uns zur Aufgabe gemacht. Dazu richten wir neben den bereits bestehenden Psychiatrie-Besuchskommissionen einen Landespsychiatriebeirat ein. Bei diesen Aufgaben werden wir von Anfang an eng mit den Gesundheitsfachberufen, den Selbsthilfe- und Patientenorganisationen sowie den Krankenkassen zusammen arbeiten.

Große Chancen liegen in der schrittweisen Vertiefung der regionalen Kooperation zwischen Berlin und Brandenburg. Gerade durch den vergleichbaren Aufgabenzuschnitt der von der LINKEN geführten Ministerien und Senatsverwaltungen für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie für Wirtschaft bieten sich gute Möglichkeiten zur Herausbildung einer gemeinsamen Klimaschutz- und Energieregion, einer Gesundheitsregion, einer vertieften Kooperation zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Verbraucherschutz in der Region, die DIE LINKE konsequent nutzen wird.

Mit dem Übergang der Zuständigkeit für Europa und internationale Angelegenheiten auf das neue Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten werden die dort gesammelten Erfahrungen im innerstaatlichen, außenwirtschaftlichen und beihilferechtlichen Bereich mit den ökologischen und sozialen Erfordernissen im Lande koordiniert - um so die brandenburgischen Interessen frühzeitig im Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess der EU zu artikulieren. Intensiv setzt sich DIE LINKE zudem für eine Fortführung der Kohäsionspolitik der EU ein.

Europapolitik reduziert sich jedoch nicht auf Wirtschaftspolitik. Es geht zugleich darum, die zivilgesellschaftlichen Aspekte europäischer Entwicklung zum Tragen zu bringen. Dafür hat Brandenburg gemeinsam mit unseren polnischen Nachbarn eine besondere Verantwortung.

Noch in diesem Jahr werden wir konkrete Schritte einleiten, die den Stellenwert der Europapolitik in

der Landespolitik erhöhen sollen. Wir wollen den Verfassungsauftrag zur frühzeitigen und umfassenden Beteiligung des Landtages in Bundes- und Europaangelegenheiten endlich umsetzen. Wir wollen eine Stärkung der Euroregionen und - vor dem Hintergrund einer erneut sehr geringen Wahlbeteiligung bei der Europawahl - die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit verbessern. DIE LINKE wird sich für eine soziale Fortschrittsklausel in den europäischen Verträgen einsetzen, so wie unsere Partei und die SPD es im Sommer 2009 mit dem DGB vereinbart hatten und es im Koalitionsvertrag auf unsere Initiative hin festgeschrieben wurde.

Nach dem Spitzentreffen von Politikern aus Deutschland und Polen zur Oderpartnerschaft am 13. Januar 2010 in Potsdam haben wir im Landtag ein breites Echo auf unsere Vorschläge zur Stabilisierung und Erweiterung dieser Kooperation erfahren: Die stärkere Einbeziehung der Regierungen in Berlin und Warschau, mehr Engagement seitens des Landtages, stabile und kompetente Strukturen in der Landesverwaltung und die thematische Auswertung der Zusammenarbeit, insbesondere und gerade vor dem Hintergrund der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Mai 2011, stehen auf der Tagesordnung. Gemeinsam mit anderen wollen wir in der Region eine deutsch-polnische Parlamentariergruppe schaffen.

Brandenburg wird offener und transparenter, libertärer und toleranter. Die Rechte der Bürgerinnen und Bürger werden ausgebaut.

Wir wollen eine weltoffene Gesellschaft, in der Unterschiede nicht zur Diskriminierung führen, sondern kulturell bereichern. Dieses für die Entwicklung unseres Landes so wichtige Ziel ist noch nicht überall in Brandenburg gelebte Realität. Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sind Angriffe auf die Demokratie.

Dagegen anzukämpfen bedeutet zuallererst, nicht wegzuschauen, präsent zu sein und damit zu verdeutlichen, dass die Mehrheit der Brandenburger für Menschenrechte und Toleranz steht. Hier trägt die Politik eine große Verantwortung. Wir setzen uns für die Umsetzung und Stärkung des Handlungskonzepts »Tolerantes Brandenburg« ein. Politisches Handeln muss klare Zeichen setzen. Mit Aktionismus ist der rechten Gefahr nicht beizukommen. Neue rechtliche oder bürokratische Konstrukte werden nicht gebraucht. Weltoffenheit, Toleranz und gegenseitiges Lernen können sich, wenn sie beständig sein sollen, nur aus der Gesellschaft heraus entwickeln. Kultur und Bildung klären über Irrwege auf und üben demokratische Verhaltensmuster ein.

Entscheidend ist letztlich, die sozialen Ursachen für rechtsextremes und neofaschistisches Gedankengut zu überwinden. Die junge Generation braucht Berufsperspektiven in allen Regionen des Landes, damit Offenheit und Selbstbewusstsein durch eigene Leistung und Teilhabe wachsen können. In einer globalisierten Wirtschaft werden Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit nur dann zurückgedrängt werden können, wenn es uns gelingt, eine solidarischere Gesellschaft zu schaffen und den weiter gewachsenen Reichtum gerechter zu verteilen.

So wurde der Datenschutz in Brandenburg neu geregelt und gestärkt; seit Anfang des Jahres sind die Zuständigkeiten für den öffentlichen und privaten Datenschutz zusammen geführt. Von der Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber hat sich das Land verabschiedet.

Eine Gleichstellungsbeauftragte wurde bestellt; ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm soll dazu beitragen, bei der Geschlechtergerechtigkeit voran zu kommen und strukturelle Benachteiligungen von Mädchen und Frauen abzubauen.

Rot-rote Justizpolitik stärkt die Rechtsordnung und ihre Institutionen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger; sie setzt auf soziale Verantwortung. Dr. Volkmar Schöneburg, der erste linke Justizminister in der Geschichte der Bundesrepublik, hat schon kurz nach seinem Amtsantritt einen Beitrag

zur sozialen Gerechtigkeit geleistet. Indem er an den Sozialgerichten des Landes Brandenburg 28 Stellen des mittleren Dienstes entfristete und zusätzliche Richter einstellte, schuf er wichtige Voraussetzungen für schnellere Gerichtsentscheidungen bei sogenannten Hartz IV-Klageverfahren. Künftig können diejenigen rascher zu ihrem Recht gelangen, die sich gegen Hartz IV-Ungerechtigkeiten gerichtlich zur Wehr setzen. Handwerkliche Fehler der Bundesregierung bei der Hartz IV-Gesetzgebung hatten in den Jahren zuvor zu einer unvergleichlichen Klagebereitschaft derer geführt, von denen sich viele zu Recht ungerecht behandelt und sozial benachteiligt fühlen. Die aus der Klageflut resultierenden extrem langen Verfahrensdauern bei den Sozialgerichten trugen zu allem Übel auch noch dazu bei, die Nöte der Brandenburgerinnen und Brandenburger zu verschärfen, die um ihre wirtschaftliche Existenz kämpfen wollten. Minister Schöneburg hat hier nicht weniger als eine justiz-soziale Wende eingeleitet.

Soziale Verantwortung gilt auch für den Strafvollzug und den Umgang mit straffällig Gewordenen. Straffälligkeit hat oft auch mit Bildungsmangel zu tun. Wir bestärken Minister Schöneburg und sein Ministerium in dem Bemühen, diese Menschen mit teilweise großen Bildungsdefiziten auf das Leben in der Gesellschaft vorzubereiten. Wer nach der Haft im Leben steht, wird nicht mehr so leicht straffällig. Das dient der öffentlichen Sicherheit und liegt im Interesse aller Brandenburgerinnen und Brandenburger.

Erwartungsvoll sehen wir in diesem Sinne den Arbeiten an einem Strafvollzugsgesetz und einem Jugendarrestvollzugsgesetz für das Land Brandenburg entgegen. Die Gesetze werden den verfassungsrechtlichen Anforderungen an einen modernen, rechtsstaatlichen Strafvollzug Rechnung tragen. Das Resozialisierungsziel hat gemäß Artikel 54 der Landesverfassung in Brandenburg Verfassungsrang.

Mit der im ersten Quartal zu beschließenden Geschäftsordnung des Landtages wird sich die Transparenz der Landtagsarbeit erheblich erhöhen – die von den Linken seit 1990 geforderte Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen – wird endlich Alltag. Erstmals seit 1999 gibt es wieder gemeinsame Anträge aller Fraktionen. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren werden Anträge der Oppositionsfraktionen in die Ausschüsse überwiesen und ernsthaft erörtert.

III.

DIE LINKE muss in Regierungsverantwortung im Land auch Abstriche an den eigenen Zielen machen. Wir geben sie deshalb aber nicht auf. Sie bleiben wichtige Positionen und Forderungen für eine zukunftsfähige Entwicklung – und doch sind sie im Augenblick nicht realisierbar, weil der derzeitige rechtliche, finanzpolitische oder ökonomische Kontext das erzwingt. Und es gibt auch Abstriche, weil für einzelne Vorhaben gesellschaftliche Mehrheiten und gesellschaftlicher Druck fehlen.

Politischer Gestaltungsanspruch und gesellschaftliche Opposition gehören zusammen – ebenso wie Regieren und ergebnisoffener gesellschaftlicher Dialog. Sie sind keine Gegensätze für eine Partei, die mit beiden Beinen im gesellschaftlichen Leben steht, sondern eine Herausforderung und auch eine Chance. Veränderung beginnt in der Gesellschaft. Um Veränderungen zu vollziehen, gilt es, den Platz am Kabinetttisch zu nutzen. Aber Regierungshandeln und Verwaltungsentscheidungen können gesellschaftliche Mobilisierung nicht ersetzen. Ohne sie fehlt die entscheidende Basis für nachhaltigen politischen Erfolg im Land.

Regierungsverantwortung endet aber auch nicht am Kabinetttisch. Wir können dort nicht umsetzen, wofür gesellschaftliche Mehrheiten fehlen – das verlangt auch, die eigene Regierungspolitik im öffentlichen Dialog zu entwickeln, zu verbessern und auch zu erklären. Wir bleiben deswegen auch

als Regierungspartei verlässlicher Partner für Gewerkschaften und Initiativen, für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir wissen, dass auch Rot-Rot nicht alle Wünsche erfüllen und alles ermöglichen kann, was notwendig wäre. Aber den sozialen Zusammenhalt zu stärken, Solidarität in der Gesellschaft zu leben, setzt auch voraus, gemeinsam Spielräume zu erkunden und zugleich offen zu debattieren, warum welche Abwägungen zu Lasten oder zu Gunsten unterschiedlicher Betroffener nötig sind, ehe tragfähige Entscheidungen gefällt werden.

Wir wollen nicht neben, sondern mit den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Verantwortung für Brandenburg tragen – am Kabinetttisch wie überall im Land.

Die erste Legislaturperiode von Rot-Rot in Brandenburg ist ein Auftakt für eine gute Zukunft des Landes; der Koalitionsvertrag die solide Grundlage dafür. Seine erfolgreiche Umsetzung wird es möglich machen, neue Anliegen und künftige Ziele ins Auge zu fassen, dafür zu werben und perspektivisch Mehrheiten dafür zu ermöglichen.

Zum Umgang mit Biografien

Die politische Situation in Brandenburg war in den Wochen nach der Bildung der neuen Landesregierung durch eine erhebliche Belastungsprobe für die rot-rote Koalition geprägt. Die Verantwortung für den dabei eingetretenen Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit, gegenüber den Wählerinnen und Wählern und dem Koalitionspartner liegt bei der LINKEN und insbesondere bei den Mandats- und Funktionsträgern der Partei die sich nicht an die Beschlüsse der Partei zur konsequenten, offenen und öffentlichen Auseinandersetzung mit der Problematik „Staatssicherheit“ gehalten haben.

Wir haben die Offenlegung der Biografien einer und eines jeden zur Bedingung dafür gemacht, politische Ämter und Mandate im Namen und mit Unterstützung der Partei anzustreben. Der Grund war und ist, unsere spezifische Verantwortung für das Scheitern des real gewesenen Sozialismus als Partei und individuell nicht zu verdrängen. Nicht wenige Menschen haben unter der Enge der DDR, unter der Abschottung von der Welt und von Familienmitgliedern gelitten, sind um berufliche und Bildungschancen gebracht, sind ihrer Würde und auch ihrer individuellen Freiheit beraubt worden oder sogar zu Tode gekommen. Nicht zuletzt dafür haben sich die Delegierten des Sonderparteitages der SED im Dezember 1989 bei den Bürgerinnen und Bürgern der DDR entschuldigt. Diese damalige Entschuldigung und unseren unwiderruflichen Bruch mit dem Stalinismus als System bekräftigen wir heute. Die Offenlegung der politischen Biografien ist und bleibt daher für uns keine Formalie. Die Auseinandersetzung mit politischer Verantwortung, den realsozialistischen Machtstrukturen, ideologischer Prägung und individueller Schuld, ist und bleibt die entscheidende Voraussetzung dafür, in der heutigen demokratischen Gesellschaft glaubwürdig für die Untrennbarkeit von individuellen Freiheitsrechten und sozialer Gerechtigkeit eintreten zu können.

Dabei plädieren wir nach wie vor für eine differenzierte Einzelfallprüfung und für einen Umgang mit den Biografien mit menschlichem Maß. Die (von SPD, LINKE und Bündnis 90/Grüne) dem Landtag vorgelegten Verfahrensregeln zur Überprüfung aller Landtagsabgeordneten auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS begrüßen wir daher und empfehlen den Fraktionen in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen und den Gemeindevertretungen bei entsprechenden Debatten sich an dieser Vorgehensweise zu orientieren. Wir erwarten eine sachliche und nicht instrumentelle Überprüfung und Beurteilung aller vorliegenden eventuell be- bzw. entlastender Fakten bei den betreffenden Abgeordneten. Wir widersetzen uns allen Versuchen, die Auseinandersetzung um die eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS für parteitaktische und tagespolitische Zwecke zu instrumentalisieren. Verfassungswidrige und pauschale Vorgehensweisen lehnen wir ab.

Vor dem Hintergrund dieser Auseinandersetzung und unter Bekräftigung der Präambel des Koalitionsvertrages zwischen SPD und LINKE beschließt der Landesparteitag:

1. Die Beschlüsse zum offenen und öffentlichen Umgang mit den Biografien der 2.Tagung des 2. Bundesparteitages der PDS 1991, der 2. Tagung des 3. Bundesparteitages der PDS 1993 bleiben auf der Grundlage des Beschlusses des Parteivorstandes der Partei Die Linke. vom 12.06.2006 weiter in Kraft und Grundlage für die politische Praxis im Landesverband (siehe Anlage).
2. Bei der heutigen Einzelfallprüfung ist immer mit zu berücksichtigen wie die betroffenen Genossinnen und Genossen in den seit 1991/93 vergangenen Jahren mit den geltenden Beschlüssen umgegangen sind. Mitglieder der Partei die sich bei der Aufstellung als Kandidatinnen und Kandidaten für Wahlen mit einem offenen Bekenntnis zu ihren Biografien und zu den programmatischen Grundsät-

zen der Partei den Wählerinnen und Wählern gestellt haben sowie unter diesen Voraussetzungen gewählt wurden, kann und darf aus dieser Vorgehensweise kein Nachteil aus dem Handeln der Partei und ihrer Fraktionen erwachsen.

3. Genossinnen und Genossen die sich seit den genannten Beschlussfassungen für die Partei in öffentliche Funktionen wählen lassen haben ohne ihre Biografien offen zu legen, tragen die persönliche Verantwortung für den dadurch eintretenden erheblichen politischen Schaden und Verlust an Glaubwürdigkeit. Mit der in den Beschlüssen geregelten Verfahrensweise muss entsprechend kritisch geprüft werden ob diesen Genossinnen und Genossen noch das Vertrauen ausgesprochen werden kann.

4. Genossinnen und Genossen, die Mitglieder der Partei DIE LINKE in Unkenntnis der entsprechenden Beschlusslage geworden und in öffentliche Funktionen gewählt worden sind, und Parteilose, die für die LINKE in Parlamenten sitzen, müssen bei vorliegender Notwendigkeit (z.B. das Alter betreffend) jetzt und unmittelbar die Offenheit gegenüber der Partei sowie den Wählerinnen und Wählern herstellen und entsprechend der geltenden Beschlusslage die Vertrauensfrage stellen.

Anlagen

21./23. Juni 1991: Zur konsequenten, offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Problematik „Staatssicherheit“

Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteitages, 21. bis 23. Juni 1991

Die neuerliche Krise um die inoffizielle Mitarbeit von MandatsträgerInnen der PDS beim ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit verdeutlicht, dass die PDS sich bis heute völlig unzureichend mit diesem Problemkomplex auseinandergesetzt hat. Wir stehen wieder und noch immer vor der Wahl, endlich die kritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte in Angriff zu nehmen oder weiter an Glaubwürdigkeit und damit an einer wesentlichen Voraussetzung für politische Handlungsfähigkeit zu verlieren.

Angesichts dieser Situation beschließt der Parteitag folgende Grundsätze und Maßnahmen für die Entwicklung der Auseinandersetzung auf diesem Problem- und Politikfeld:

I. Grundsätze:

1. Die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) ist als Moment einer komplexen Staats- und Sicherheitskonzeption zu begreifen. Das MfS war nur ein, wenn auch ein zentrales, Instrument der Verwirklichung dieser Konzeption. Dieser lagen ideologische Überzeugungen, eine Klassenkampf- und Revolutionstheorie und eine Staats- und Rechtsauffassung zu Grunde, für deren Durchsetzung die SED wirkte. Ihre Realisierung war notwendig verbunden mit Verletzungen grundlegender Menschen- und Bürgerrechte, mit der immanenten Missachtung der Souveränität und Integrität des einzelnen Bürgers.

Die SED hatte die politische Verantwortung für die Tätigkeit des MfS, das entsetzliche Leid über viele Bürger und Bürgerinnen der ehemaligen DDR gebracht hat, dessen Folgen bis in die Gegenwart reichen.

Deshalb steht heute die PDS, die ihre Nachfolge-Existenz gerade mit dem Willen, sich der geschichtlichen Verantwortung zu stellen, begründete, in einer besonderen Pflicht für die Aufarbeitung dieser Seite der DDR- und SED-Geschichte.

2. Wir treten für eine differenzierende Auseinandersetzung mit der DDR-Gesellschaft ein. Deshalb lehnen wir es ab, die offiziellen und inoffiziellen MitarbeiterInnen des ehemaligen MfS zu Sündenböcken des Niedergangs dieser Gesellschaft zu machen. Für sie gilt, wie für jeden anderen Bürger, dass jeder ein Recht darauf hat, nach seiner individuellen Verantwortung und Schuld beurteilt zu werden. Einer pauschalisierenden Vorverurteilung treten wir entschieden entgegen. Die Art und Weise des Umgangs mit dem „Erbe“ dieses undemokratischen Repressionsapparats und mit seinen MitarbeiterInnen wird zu einem Prüfstein für die demokratische Gesittung des neuen Deutschlands.

3. Wir fördern und initiieren demokratischen Widerstand gegen alle Formen der pauschalen sozialen Ausgrenzung von offiziellen oder inoffiziellen MitarbeiterInnen des ehemaligen MfS durch generalisierende Ausschlüsse von beruflichen

Laufbahnen, - gerade weil wir die diesbezüglichen Praktiken des MfS in der DDR verurteilen. Der Grad der persönlichen Verstrickung in Unterdrückung und Unrecht muss in jedem Einzelfall ausschlaggebend sein.

4. Wie einer Pauschalverurteilung der MitarbeiterInnen des MfS treten wir allen Formen der pauschalen Entschuldigung und „Solidarisierung“ entgegen. Wagenburg-Mentalität und Schulterschluss-Gesten sind letztlich das Gegenstück zur pauschalen Verurteilung und Dämonisierung, sind die andere Seite derselben Medaille, die Verdrängung heißt. Verdrängung von Unrecht und Verantwortung vergiftet die Demokratie und tötet den Sinn für Gerechtigkeit und die Zivilcourage in der Gesellschaft. Für uns ist die Forderung nach der Einzelfallprüfung eben nicht Blockade der Auseinandersetzung, sondern sie bedeutet wirklich Prüfung mit jeweils konkretem Ausgang.

5. Alle offiziellen und inoffiziellen MitarbeiterInnen des MfS, die bereit sind, sich mit ihrer persönlichen Verantwortung auseinanderzusetzen haben Anspruch auf unsere Solidarität und unsere Hilfe. Dies schließt Kritik sowie die Verurteilung gesetzwidriger und menschenverachtender Praktiken des MfS und einzelner seiner MitarbeiterInnen ein.

II. MfS-MitarbeiterInnen in der PDS

1. Mitglieder der PDS, die als offizielle oder inoffizielle Mitarbeiter für das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet haben, sind keine Mitglieder „zweiter Klasse“. Jede pauschalisierende Einschränkung ihrer Rechte und Pflichten wäre statutenwidrig und widerspräche politischen Grundforderungen der PDS. Auch in dieser Hinsicht muss die Partei ihre Forderungen leben.

2. Eine allgemeine Pflicht zur Offenlegung einer früheren Tätigkeit für das MfS gibt es für die Mitglieder innerhalb der PDS nicht. Jede Genossin und jeder Genosse ist aufgefordert, sich kritisch gerade mit dieser Seite der Vergangenheit der Partei und seiner eigenen Biographie auseinanderzusetzen. Aber dieses ist die Sache einer/s jeden Einzelnen. Die persönliche Integrität der Parteimitglieder ist eine schützenswerte Errungenschaft unseres neuen Parteiverständnisses. Nur für GenossInnen, die sich anschicken, für die Partei in exponierter Stellung öffentlich zu wirken, ist die persönliche Biographie in dieser Frage keine reine Privatsache mehr. Diese GenossInnen müssen den unterschiedlichen Anforderungen der jeweiligen Öffentlichkeit gerecht werden können.

a) MandatsträgerInnen

3. Mitglieder der PDS, die als offizielle oder inoffizielle MitarbeiterInnen für das ehemalige MfS tätig waren und sich um ein Mandat der Partei für eine Wahl zu einer Volksvertretung bewerben, haben die Pflicht, ihre Tätigkeit für das MfS offenzulegen, um eine Einzelfallprüfung zu ermöglichen. Die nominierenden Gremien entscheiden auf diese Weise selbst bestimmt über eine solche Kandidatur und die WählerInnen werden in die Lage versetzt, eine souveräne Entscheidung zu treffen.

4. MandatsträgerInnen, die sich in dieser Frage gegenüber ihren GenossInnen als unehrlich und unsolidarisch erweisen, werden aufgefordert, ihre Mandate niederzulegen. Kommen sie einer solchen Aufforderung nicht nach, wird empfohlen, sie aus der Fraktion auszuschließen.

Übergangsregelung

5. Mitglieder, die gegenwärtig MandatsträgerInnen für die PDS sind und offizielle oder inoffizielle MitarbeiterInnen des MfS gewesen waren, dies aber bisher nicht offengelegt haben werden aufgefordert, dies vor der PDS-Fraktion des Gremiums, in das sie gewählt worden sind, zu tun. Dieser obliegt im Zusammenwirken mit dem jeweiligen Vorstand der PDS die Einzelfallprüfung, die mit einer Empfehlung für den Betroffenen zu verbinden ist. Gemeinsam ist die Art und Weise der Öffentlichmachung der Tatsachen wie der Empfehlung zu regeln.

6. Die PDS-Mitglieder der Fraktionen in den parlamentarischen Vertreterversammlungen erklären ihre Bereitschaft zur individuellen Überprüfung. Die Fraktionen stellen unverzüglich eigenständig bei der „Gauck-Behörde“ einen Antrag auf Überprüfung.

7. Abgeordnete, die glauben, sich einer solchen Überprüfung aus persönlichen Motiven und in Verantwortung für andere nicht unterziehen zu können, wird die Niederlegung des Mandats empfohlen.

b) Funktionen in der Partei

8. GenossInnen, die sich um Wahlfunktionen bewerben und somit in einer Funktion die Partei in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit repräsentieren, haben gegenüber den Delegierten- bzw. Mitgliederversammlungen, in denen sie sich zur Wahl stellen, eine eventuelle offizielle oder inoffizielle Mitarbeit beim MfS als Grundlage für eine Einzelfallprüfung offenzulegen.

9. Sollten sich GenossInnen in dieser Hinsicht als unehrlich gegenüber der Partei erweisen, so entbinden die jeweiligen Vorstände bzw. Gremien sie von ihrer Funktion und legen diesen Tatbestand gegenüber den sie wählenden Delegiertenkonferenzen oder Mitgliedervollversammlungen offen, so dass diese über eine eventuelle Abwahl des entsprechenden Genossen entscheiden können.

Übergangsregelung

10. GenossInnen in Wahlfunktionen der PDS, die offiziell oder inoffiziell für das MfS tätig waren und dies bisher nicht offengelegt haben, sind aufgefordert, dies gegenüber den Vorständen oder Gremien, in denen sie tätig sind, nachzuholen. Die Vorstände und Gremien sind nach Einzelfallprüfung verpflichtet, den betroffenen GenossInnen eine Empfehlung über einen Verbleib oder das Ausscheiden aus diesen Wahlfunktionen auszusprechen.

11. Die Tatsachen und die Empfehlungen werden den Versammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen, die sie gewählt haben, mitgeteilt. Den FunktionsträgerInnen, die sich zu einer solchen Offenlegung aus persönlichen Motiven und in Verantwortung für andere nicht in der Lage sehen, wird empfohlen, aus ihren Wahlfunktionen ohne Erklärung auszuschneiden.

12. Der Bundesparteitag empfiehlt den Landesverbänden der PDS, Beschlüsse zum Umgang mit der Frage der offiziellen oder inoffiziellen Mitarbeit von Mandats- und Funktionsträgern der PDS im Sinne dieses Beschlusses zu fassen.

III. Zur weiteren Auseinandersetzung

1. In Verantwortung des Parteivorstandes sind umgehend qualifiziert differenzierte Beschreibungen und Bewertungen der vielfältigen Arten der Tätigkeit für das MfS vorzulegen, die Hilfestellung bei der Einzelfallprüfung geben und zugleich dem Einzelnen bei seiner persönlichen Auseinandersetzung mit

der eigenen Verantwortung sich zu orientieren helfen.

2. Die Landesvorstände fördern die Tätigkeit und vor allem die Außenwirkung von Arbeitsgruppen, die sich mit dem Problemkomplex „Staatssicherheit“ auseinandersetzen. Die Publikation von Arbeitsergebnissen und Materialien für die politische Bildung sind in Kooperation mit der Fraktion im Abgeordnetenhaus materiell abzusichern.

3. Neben der politisch-historischen Rekonstruktion der Tätigkeit des MfS und der Analyse seiner politischen und ideologischen Grundlagen ist der individuellen Beratung und Hilfe größere Aufmerksamkeit zu schenken. In Ergänzung zur kollektiven Auseinandersetzung in Arbeitskreisen sollten in den Bezirken Möglichkeiten für die individuelle Beratung, feinfühlig Lebenshilfe und Unterstützung in moralischer, sozialer und auch juristischer Art geschaffen werden.

4. In den Kreisen sind öffentliche Diskussionen mit interessierten Bürgern zu organisieren, wobei die Teilnahme anderer politischer Parteien und von Bürgerinitiativen anzustreben ist. (Vgl. auch: Gegen Strafverfolgung wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit. Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteitages, 21. bis 23. Juni 1991)

26./27. Juni 1993: Zur Offenlegung der politischen Biographie für Genossinnen und Genossen, die für Parteiämter oder Wahlmandate kandidieren

Beschluss der 2. Tagung des 3. Parteitages, 26. bis 27. Juni 1993

1. Mitglieder der PDS, die für Parteiämter von Kreis- bis Bundesebene oder für Wahlmandate der gleichen Ebenen kandidieren, akzeptieren, dass ihre politische Biographie mit dieser Kandidatur keine Privatsache mehr ist. Diese Offenlegung der politischen Biographie ist für diese Genossinnen und Genossen vor dem Gremium, das sie wählen oder bestätigen soll, verbindlich.

2. Wird nachträglich bekannt, dass Genossinnen und Genossen wesentliche Umstände ihrer politischen Biographie falsch dargestellt oder verschwiegen haben, haben sie vor dem Gremium, in das sie gewählt worden sind, die Gründe dafür zu benennen und die Vertrauensfrage zu stellen. Dieses Gremium entscheidet nach der Einzelfallprüfung durch geheime Stimmabgabe, ob das Vertrauen weiter besteht und informiert die Parteiöffentlichkeit über das Ergebnis der geheimen Abstimmung. Wird die Vertrauensfrage negativ beantwortet, wird die Genossin/der Genosse von ihrer/seiner Aufgabe bis zur nächsten Tagung des Gremiums, das die Wahl durchgeführt hat, entbunden. Ungeachtet der Entscheidung des Gremiums, in das die betreffende Genossin/der betreffende Genosse gewählt wurde bzw. der Fraktion, deren Mitglied sie sind, wird die nächste Tagung des Gremiums, das die Wahl durchgeführt hat, nach Einzelfallprüfung durch geheime Abstimmung prüfen, ob das Vertrauen weiter besteht.

Bei Mandatsträgern wird den jeweiligen Fraktionen, wenn sie die Vertrauensfrage negativ beantwortet haben, empfohlen, die Betroffenen zur Mandatsniederlegung aufzufordern und bei Verweigerung aus der Fraktion auszuschließen.

(Vgl.: Zur konsequenten offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Problematik Staatssicherheit. Erklärung des 3. Parteitages zum Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteitages, 29. bis 31. Januar 1993)

12. Juni 2006: Zum weiteren Umgang mit den Beschlüssen zur persönlichen Offenlegung der Biografie und zur Geschichte von 1991 und 1993, zu dem Gesetz zur Beendigung der Überprüfung zum 31.12.2006 und zu den Empfehlungen der „Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbundes 'Aufarbeitung der SED-Diktatur'“.

Beschluss des Parteivorstandes vom 12. Juni 2006

Der Parteivorstand fordert die Bundestagsfraktion DIE LINKE. auf, sich in Zusammenarbeit mit der Historischen Kommission der Linkspartei.PDS mit dem Bericht der Expertenkommission zu befassen und Vorschläge zum weiteren politischen Umgang damit zu unterbreiten. Der Parteibildungsprozess von Linkspartei.PDS und WASG und weiteren Linken gründet auf einem differenzierten Geschichtsbild der linken Vergangenheit in Ost und West, das die repressiven Elemente des real existierenden Sozialismus, die Verbrechen des Stalinismus, den Hang zu Spaltung und Kampf gegeneinander genauso analysiert wie die Elemente von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit im real existierenden Sozialismus und die Erfolge der Linken, der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften im Kampf um mehr Rechte, Partizipation, Demokratie und Gerechtigkeit.

Der Parteivorstand stellt fest, dass der Beschluss des 3. Parteitages, 2. Tagung, 26.-27.6.1993, zur Offenlegung der politischen Biografie für Genossinnen und Genossen, die für Parteiämter oder Wahlmandate kandidieren, nichts von seiner Gültigkeit verloren hat. Gleichzeitig bekräftigt der Parteivorstand die Auffassung, dass niemand wegen seiner politischen Biografie diskriminiert werden darf (festgehalten vor allem in der Erklärung des 3. Parteitages zum Beschluss der 2. Tagung des 2. Parteitages, 29.-31.1.1993: Zur konsequenten offenen und öffentlichen Auseinandersetzung der PDS mit der Problematik Staatssicherheit).

Der Parteivorstand lehnt eine mögliche Änderung des Stasi-Unterlagengesetzes ab, der zufolge die Regelüberprüfung im Öffentlichen Dienst sowie von Abgeordneten über das Jahresende 2006 hinaus verlängert werden soll.

Der Parteivorstand wendet sich gegen Versuche, die kritische Aufarbeitung der Geschichte durch die Linkspartei.PDS zurückzudrehen und die für die Gesellschaft der DDR auch prägenden autoritären Strukturen zu relativieren.

Der Parteivorstand bestätigt die bisherige Haltung der Linkspartei.PDS zur Beseitigung des Rentenstrafrechts. Das Rentenrecht eignet sich nicht zur Vergangenheitsaufarbeitung und als strafrechtliches Sanktionsinstrument. Das Rentenstrafrecht verhindert eher eine offene Auseinandersetzung mit Geschichte. Der Parteivorstand unterstützt in ausgewählten Musterfällen die rechtliche Vertretung von Betroffenen. Er erklärt sich solidarisch mit von Verbänden und Vereinen eingeleiteten Maßnahmen zur Beseitigung des Rentenstrafrechts. Der Parteivorstand bittet die Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag zu prüfen, ob und welche Maßnahmen zur Aufhebung des ersten

Gesetzes zur Änderung des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes vom 21.6.2005 zu erarbeiten sind. Der Parteivorstand befürwortet großzügigere rentenrechtliche Regelungen für die Opfer von rechtsstaatswidriger Politik in der DDR.

Der Parteivorstand distanziert sich von der missbräuchlichen Verwendung und politischen Instrumentalisierung von Stasi-Unterlagen zur Diskreditierung von Personen, insbesondere auch von Politiker/innen der Linkspartei.PDS, wie in den Fällen Heilmann, Kusche, Leukefeld und Porsch. Mit einer solchen Praxis wird einer sachlichen und sachgerechten Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR und speziell des MfS die Grundlage entzogen. ...

Beschluss der 1. Tagung des 2. Landesparteitages

Trennung von Ministeramt in der Landesregierung und Landtagsmandat

Der Brandenburger Landesverband der LINKEN spricht sich für eine Trennung von Ministersamt in der Landesregierung und Landtagsmandat aus.

Der Landesparteitag beauftragt den neu gewählten Landesvorstand, eine diesbezügliche Regelung für die Landessatzung zu entwerfen, innerparteilich zur Diskussion zu stellen und auf einem Landesparteitag innerhalb seiner Legislaturperiode zur Beschlussfassung zu stellen.

Begründung:

Die angestrebte Satzungsregelung soll klarstellenden Charakter haben und das Selbstverständnis der Partei beschreiben. Bereits in den Diskussionen Anfang der 1990er Jahre zur Erarbeitung der Landesverfassung hatte die PDS die Auffassung vertreten, dass Mitglieder der Exekutive (Regierung) nicht gleichzeitig Mitglieder der Legislative (Landtag) sein sollten, weil die Legislative eine Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive hat.

Die Partei sollte sich hierzu positionieren und für künftig zu bestellende Minister politisch verbindliche Regelungen aufstellen.

Der Landesparteitag positioniert sich mit diesem Beschluss in der Grundsatzfrage, gibt der Partei die notwendige Zeit eine Satzungsregelung vorzubereiten und zu beschließen. Die dafür zur Verfügung stehende Zeit sollte auf die kommende Wahlperiode des Landesvorstandes begrenzt sein.

Wir brauchen in Deutschland ein Arbeitsgesetzbuch!

Der Landesparteitag begrüßt, dass DIE LINKE insbesondere mit ihrer Bundestagsfraktion gestaltend in die Arbeitsrechtsentwicklung eingreifen und zur Überwindung der angesichts einer Vielzahl von Einzelgesetzen und Urteilen völlig unübersichtlichen Kodifikation beitragen will. Er unterstreicht die Bedeutung des Arbeitsrechts für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und leitet aus der Wertung des geltenden Rechts einen politischen Auftrag zur Schaffung eines einheitlichen arbeitsrechtlichen Gesetzeswerks als Projekt der LINKEN. ab.

Begründung:

Die Forderung nach einem Recht auf Arbeit wurde in der BRD systematisch verdrängt, seine menschenrechtliche Bedeutung ignoriert und auf einen mikroökonomischen Regelungsbedarf zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber herabgestuft. Das geltende Arbeitsrecht beruht auf eine Fülle veralteter Einzelgesetze und Verordnungen, die den gesellschaftlichen Anforderungen an ein gerechtes Arbeitsrecht in keiner Weise entsprechen. Die arbeitsgerichtliche Rechtsfortbildung in Gestalt von über 15.000 veröffentlichten Entscheidungen hat die Unverständlichkeit des Arbeitsrechts und damit seine Unbrauchbarkeit für den juristisch nicht einschlägig vorgebildeten Arbeitnehmer fortgesetzt gefördert und das Arbeitsrecht zu einer Art Arbeitsbeschaffungsprogramm für Experten werden lassen. So wie mit kompliziertem und unübersichtlichem Steuerrecht Heerscharen von Steuerberatern viel Geld verdienen, profitieren z.B. Anwälte von der Undurchsichtigkeit deutschen Arbeitsrechts. Das Recht der Arbeit muss für die Betroffenen ohne Hilfe bezahlter Fachleute zugänglich sein. Das setzt Verständlichkeit voraus.

Der Abgeordnete Jens Petermann (DIE LINKE.) führte kürzlich vor dem Bundestag aus:

„In Art.30 (1) EV heißt es: Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, das Arbeitsvertragsrecht einheitlich neu zu kodifizieren. Die jüngere deutsche Rechtsgeschichte ist mit dem DDR-AGB von 1976 beispielgebend dafür, dass sich die Arbeitsbeziehungen handhabbar regeln lassen und Rechtssicherheit für die Beteiligten an Arbeitsrechtsverhältnissen erzeugt werden kann... ...Die Linksfraktion wird das Thema in der vor uns liegenden Legislatur aufgreifen und einen Entwurf für ein zeitgemäßes AGB vorlegen“.

Medianantrag

DIE LINKE. Brandenburg braucht ein weiterentwickeltes Medien- und Öffentlichkeitskonzept – Medienantrag

„Die bessere Sache muss auch die besser verfochtene Sache sein.“ Egon Erwin Kisch

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand gemeinsam mit den ehren- und hauptamtlich Verantwortlichen für die Öffentlichkeitsarbeit in den verschiedenen Parteigliederungen bis 30. Juni 2010 ein Medien- und Öffentlichkeitskonzept des Landesverbandes zu erarbeiten, das

- * den aus der Regierungsverantwortung erwachsenen neuen politischen Anforderungen Rechnung trägt,
- * eine effektive Kommunikation zwischen den Verantwortlichen einschließt,
- * alle Informations- und Kommunikationsmedien einschließt und
- * die Qualifizierung der Medienverantwortlichen aller Ebenen ermöglicht.

Begründung

DIE LINKE. Brandenburg hat im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit dem seit längerem verlaufenden Prozess von der Mitgliederpartei zur WählerInnenpartei bisher nur im Wahlkampf Rechnung getragen. Auf den weiteren Veränderungsprozess zur Regierungspartei wurden bisher keine ausreichenden Antworten in der Medien- und Öffentlichkeitsarbeit gefunden.

Die an die kommerziellen Massenmedien gerichtete Öffentlichkeitsarbeit der LINKEN hat Grenzen. Der Großteil des Medienmarktes in Deutschland liegt in den Händen von vier Konzernen, deren politische Vorstellungen denen unserer Partei zuwider laufen. Das wirkt sich unmittelbar auf ihre Berichterstattung aus.

Die Medienfrage bedarf dringend einer tragfähigen Lösung. Diese kann nur in enger Zusammenarbeit von allen Gliederungen des Landesverbandes, allen Fraktionen, Mandats- und Funktionsträgern, allen Redaktionen der Zeitungen erreicht werden. Dieses breite Potential muss mit seinen personellen und materiellen Ressourcen zielgerichteter und effektiver eingesetzt werden.

Bundesratsinitiative Kindergeld

Der Landesparteitag fordert die Fraktion der Partei DIE LINKE im Landtag von Brandenburg auf, sich dafür einzusetzen, dass die Landesregierung von Brandenburg unverzüglich eine Bundesratsinitiative startet, die zu Beginn des Jahres erfolgte Erhöhungssumme des Kindergeldes nicht mehr auf die Leistungen nach dem „Hartz IV“-Gesetz anzurechnen.

Begründung:

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem wegweisenden Urteil vom Anfang dieses Jahres festgestellt, dass die Berechnungsgrundlage für Leistungen nach dem „Hartz IV“ -, insbesondere, soweit es um Leistungen an Kinder geht, nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Unter Aufrechterhaltung der berechtigten umfassenden Kritik und Forderung der Abschaffung der gesamten „Hartz IV“-Regelungen insgesamt ist jede Möglichkeit zu ergreifen, eine verfassungsgemäße Versorgung von Kindern ohne jeden Zeitverlust sicherzustellen. Da von der schwarz-gelben Regierungskoalition eine kurzfristige und vor allem die drückenden Probleme von Kindern in armen Familien in verfassungsgemäßer Weise lösende Gesamtregelung nicht zu erwarten ist, kann durch die vorgeschlagene Nichtanrechnung von Kindergeldzahlungen auf Leistungen nach dem „Hartz IV“-Gesetz kurzfristig zumindest eine leichte Verbesserung der Lage von Kindern in sog. „Hartz IV-Haushalten“ erreicht werden. Zur Bekämpfung der in der Bundesrepublik Deutschland erschreckend immer weiter ansteigenden Kinderarmut ist eine sofortige Initiative zu deren zumindest teilweisen Verringerung erforderlich; denn es muss unbedingt verhindert werden, dass immer mehr Kindern durch materielle Not jegliche Bildungs- und Entwicklungschancen genommen werden

Berichte an den Parteitag

Bericht der Landesschiedskommission

Der Bericht der Landesschiedskommission umfasst den Zeitraum der letzten Tagung des Landesparteitages der Partei DIE LINKE beginnend am 27.01. 2008.

Sieben Mitglieder wurden in die Landesschiedskommission gewählt, die auf der Grundlage des Parteiprogramms, der Landessatzung sowie der Schiedsordnung der Die Linke die gestellten Anträge bearbeiteten.

Auf der konstituierenden ersten Beratung wählten die Mitglieder Genn. Sybille Brock zur Vorsitzenden und Gen. Jürg Wegewitz zum stellvertretenden Vorsitzenden der Landesschiedskommission.

In der zurückliegenden Wahlperiode behandelte die LSK neun Anträge und beantwortete mehrere mündliche Anfragen:

Inhalt der Anträge:

- Fünf Anträge auf Ausschluss eines/einer Genossen/in aus der Partei
- Eine Wahlanfechtung
- Beschwerde zur Arbeit eines KV
- Einen Widerspruch zum Plan der Abführungen
- Beschwerde zur Arbeit der Fraktion

Ein Ausschlussantrag wurde weitergeführt aus der vergangenen Legislatur und im Anhörungsverfahren behandelt. Dem Ausschlussantrag wurde von der LSK entsprochen. Der Beschluss wurde im Widerspruchsverfahren durch die BSK aufgehoben. Ein Ausschlussantrag wurde zurückgenommen, da die Genossin zwischenzeitlich Ihren Austritt erklärte. Die drei weiteren Verfahren wurden als unbegründet zurückgewiesen. Dazu möchte die LSK noch einmal ausdrücklich betonen, dass ein Ausschluss eines Genossen das allerletzte Mittel sein sollte und nur bei wirklich schweren und irreparablen Schäden für die Partei angewendet werden soll. Eine Disziplinierung mittels Ausschlussantrag entspricht nicht unserem Demokratieverständnis.

Die LSK hat lt. Schiedsordnung bestimmte Befugnisse. Sie kann aber nicht einen Beschluss des Landesparteitages außer kraft setzen wie z.B. den Plan der Abführungen. Der Behandlung dieses überaus wichtigen finanziellen Instrumentes sollte aber in Zukunft besondere Bedeutung beigemessen werden, um kein negatives Konkurrenzdenken zwischen den Kreisverbänden aufkommen zu lassen.

Der Antrag auf Wahlanfechtung wurde als unbegründet zurückgewiesen, ist aber von der Antragstellerin in Berufung zur BSK gegangen.

Auf alle Anfragen hat die LSK den Genossinnen und Genossen geantwortet. Auch konnte durch die Beratung und Auskünfte die Einleitung eines Schiedsverfahrens vermieden werden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist kein Verfahren vor der LSK anhängig.

Im Ergebnis musste festgestellt werden, dass Anträge auf Ausschluss überproportional zugenom-

men haben. Allerdings ist die Zahl der Anträge im Laufe des Jahres 2009 wieder zurückgegangen. Insgesamt hat die LSK in der zurückliegenden Wahlperiode 10 Sitzung durchgeführt.

Sybille Brock

Vorsitzende der LSK

Bericht der Landesfinanzrevisionskommission (LFRK)

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der letzten Wahlperiode Januar 2008 bis März 2010 arbeitete die LFRK mit vier ordentlich gewählten ständigen Mitgliedern, die sich in diesem Rahmen insgesamt zu neun Prüfungen (fünf in 2008 und vier in 2009) im Landesvorstand in der Alleestraße trafen.

Zu jedem Prüfungstermin war der Landesschatzmeister auf Einladung anwesend und berichtete dabei über aktuelle Entwicklungen des Landesverbandes und deren konkrete finanzielle Auswirkungen.

Die LFRK legte ihre Prüfungsschwerpunkte auf

- die Haushaltspläne der Jahre 2008 und 2009
- die Jahresabschlüsse der Jahre 2008 und 2009 sowie auf
- den Kommunalwahlkampf 2008.

In diesem Zusammenhang führte die LFRK

- unangemeldete Kassenprüfungen,
- Kontoprüfungen sowie
- Belegprüfungen zu Sachaufwendungen,
des Anlagevermögens sowie
im Personalbereich und zur
Einhaltung der parteiintern erlassenen Regelwerke

aus, protokollierte dazu entsprechende Prüfungsfeststellungen und – soweit erforderlich – Prüfungsempfehlungen, die sie in der Regel an den Landesvorstand und in einem Einzelfall an die Bundesfinanzrevisionskommission (BFRK) zur Kenntnisnahme und zukünftigen Beachtung weiterreichte.

Darüber hinaus konsultierte sie einmal jährlich im Zuge des Jahresabschlusses den zuständigen Wirtschaftsprüfer und besuchte auf Einladung der BFRK ein zweitägiges Wochenendseminar.

Die Zusammenarbeit mit dem Landesschatzmeister sowie mit den Genossinnen der Buchhaltung war von Offenheit und Vertrauen geprägt. Der LFRK wurden alle für die Prüfungen erforderlichen Unterlagen und Belege vorgelegt. Ebenso einbezogen war die LFRK in die Vorbereitung finanzpoli-

tisch relevanter Beschlüsse und Entscheidungen des Landesvorstandes und des Landesfinanzrates. Dafür möchte sich die LFRK an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

Abschließend bescheinigt die LFRK dem Landesverband im Berichtszeitraum einen ordnungsgemäßen Umgang mit den finanziellen Mitteln der Partei und empfiehlt den Delegierten des Landesparteitages, dem LSM eine entsprechende Entlastung zu erteilen.

Die Vorsitzende und die Mitglieder der LFRK

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Liebe Genossinnen und Genossen,

Für den 2. Landesparteitag der LINKEN. Brandenburg wurden 137 Mandate durch die Landesvorstände der LINKEN. Brandenburg beschlossen.

136 Delegierte wurden bisher gewählt.

Die Mandatsprüfungskommission hat die Anwesenheitslisten ausgewertet. Um 10.35 Uhr hatten sich 121 Delegierte angemeldet, das sind 89 % der gewählten Delegierten, drei Delegierte fehlen entschuldigt, 12 Delegierte fehlen unentschuldigt.

Ich kann damit feststellen, der Landesparteitag ist beschlussfähig.

Natürlich gibt es wie immer noch ein paar Zahlen.

Von den 121 Delegierten sind

58 Frauen = 48 % und 63 Männer = 52 %.

Die altersmäßige Struktur der anwesenden Delegierten sieht wie folgt aus:

jünger als 25 Jahre sind	13 Delegierte
26 bis 30 Jahre	9 Delegierte
31 bis 50 Jahre	36 Delegierte
51 bis 65 Jahre	47 Delegierte
älter als 65 Jahre sind	16 Delegierte

Wir haben es zum Anfang gehört, eine Delegierte ist nicht Mitglied der Partei, ansonsten alle anderen anwesenden Delegierten sind Mitglied der LINKEN.

Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes

Im Mittelpunkt der Arbeit des Landesvorstandes in den Jahren 2008 und 2009 standen die Wahlen und deren parlamentarische und außerparlamentarische Auswirkungen.

1. Wahlen

Der Landesvorstand blickt auf einen erfolgreichen Wahlzyklus 2008 und 2009 zurück. Die Erfolge sind nicht nur einer vorausschauenden und klugen Planung, sondern vor allem dem unermüdlichen Einsatz vieler ehrenamtlicher GenossInnen zu verdanken. Dafür sei schon an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

Schon in der ersten Landesvorstandssitzung im Februar 2008 beschäftigte sich der Vorstand mit der Vorbereitung des Kommunalwahlkampfes. Der Vorstand und das eigens berufene Landeswahlkampfbüro haben die Kommunalwahlen, die Europawahl, die Landtags- und Bundestagswahl, sowie die Bürgermeister- und Landratswahlen immer als einheitlichen Wahlzyklus begriffen. Schon früh stand damit ein langfristiges Konzept für die einzelnen Wahlkämpfe als Arbeitsgrundlage zur Verfügung.

Anliegen des Vorstandes und des Landeswahlkampfbüros war es stets, die Kreisebene in die Planungen und Entscheidungen zu den Wahlkämpfen einzubeziehen. So gab es neben zahlreichen Beratungen mit den KreiswahlkampfleiterInnen spezielle Aktivtagungen zur Wahlvorbereitung. Auch der Landesausschuss war maßgeblich in die Vorbereitungen involviert.

Einen besonderen Schwerpunkt nahm schon im Jahr 2008 die personelle Vorbereitung der Landtagswahl ein. Der Landesvorstand debattierte in mehreren Lesungen einen Vorschlag für ein Wahlverfahren zur Aufstellung der Landesliste. In diese Diskussion waren neben dem Landesausschuss auch die Kreisvorstände, die Kreiswahlkampfleiter und die Landtagsfraktion eingebunden. Nach viermonatiger Diskussion beschloss der Landesvorstand dann gemeinsam mit dem Landesausschuss im Juni 2008 ein Verfahren, das u. a. vorsah, zunächst in den Kreisverbänden Vorschläge für die vorderen Listenplätze wählen zu lassen. So sollte eine größere territoriale Breite der zukünftigen Landtagsfraktion erreicht werden. Im Zusammenhang mit dem Wahlverfahren kam es zu einer Reihe von Konflikten. Die Debatte darüber ist fortzuführen.

Einen weiteren Schwerpunkt im Jahr 2008 bildete die inhaltliche Vorbereitung des Landesverbandes auf die Europawahlen. Im Juli 2008 verabschiedete der Vorstand ein Diskussionsangebot zu europapolitischen Leitlinien und eine Reihe von Maßnahmen zur europapolitischen Profilierung des Landesverbandes. Nicht alles davon konnte umgesetzt werden. Vor allem die inhaltliche Debatte der vorgelegten Leitlinien fand nur geringen Widerhall in den Kreisverbänden. Dies war sicher auch der Tatsache geschuldet, dass die Kreisverbände ihre Kraft und Aufmerksamkeit mehr und mehr der Vorbereitung der Kommunalwahl widmeten.

Die Kommunalwahl war für DIE LINKE der gelungene Auftakt in den Wahlzyklus. Unsere Strategie, die WählerInnen, die uns zusätzlich zur Bundestagswahl 2005 und zur Landtagswahl 2004 gewählt hatten, erneut anzusprechen, indem wir auch auf Landes- und Bundesthemen setzen, ist aufgegangen. Die LINKE Brandenburg hat damit das beste Kommunalwahlergebnis in der Geschichte der Gesamtpartei erreicht. Damit haben wir für die kommenden 5 ½ Jahre Augenhöhe mit der SPD in der Kommunalpolitik erreicht.

Als großen Erfolg schätzte der Landesvorstand auch die gestiegene Wahlbeteiligung ein. Daran hat die LINKE einen großen Anteil. Wir freuen uns außerdem über die Tatsache, dass wir in Kommunen,

in denen wir durch Kooperation in Verantwortung sind (z.B. im Landkreis Märkisch-Oderland) oder in denen wir BürgermeisterInnen stellen, keine Stimmenverluste hinnehmen mussten. Wir sind also in der Lage, die Erwartungen von Wählerinnen und Wählern zu erfüllen, wenn wir Verantwortung übertragen bekommen.

Natürlich ist das Wahlergebnis auch einem engagierten Wahlkampf zu verdanken. Es ist schon im Kommunalwahlkampf deutlich geworden, dass sich das Mittel des 48-Stunden-Wahlkampfes beispielsweise gelohnt hat.

Bedenklich stimmten uns die Ergebnisse der rechten Parteien. Viele Kommunalparlamente mussten nun den richtigen Umgang mit rechtsextremen Abgeordneten finden.

Mit dem Schwung der erfolgreichen Kommunalwahl startete der Landesverband in die inhaltlichen und personellen Vorbereitungen der Landtagswahl. Mit dem Landesparteitag und der VertreterInnenversammlung im Dezember 2008 wurden dafür die Grundlagen gelegt. Der Parteitag verabschiedete einen Antrag, der Vorschläge der LINKEN für einen Einstieg in einen Politikwechsel im Land formulierte. Dieser Text galt als Grundlage für das zu erarbeitende Landtagswahlprogramm.

Auch zur Wahlstrategie gab es sehr früh Verständigungen (Januar 2009). Es wurde verabredet, sich für einen Politikwechsel stark zu machen und die Bereitschaft bekundet, dafür auch Verantwortung zu übernehmen. Dabei wurde rot-rot nicht als erstrebenswerter Wert an sich definiert. Vielmehr ging es um eine andere Politik.

Schon früh war klar, dafür würde DIE LINKE mit konkreten Projekten und einem Wahlprogramm, das auf dem Leitbild aufbaut, in den Wahlkampf gehen. Klar war auch, dass sich DIE LINKE darauf einstellen musste, dass die politische Konkurrenz versuchen wird, uns mit dem Geschichtsthema in die Ecke drängen zu wollen.

Landesvorstand und Kreisvorsitzende stimmten von Anfang an darin überein, dass es wichtig ist, die Mitgliedschaft in die Diskussion der Wahlstrategie und des Wahlprogramms einzubeziehen. Dazu sollten die zehn Regionalkonferenzen genutzt werden, auf denen die DirektkandidatInnen für die Bundestagswahl aufgestellt werden. Auch eine Einstimmung auf die Europawahl sollte hier stattfinden.

Bereits im Februar 2009 zeichnete sich ab, dass die Mobilisierung für die Europawahl wohl die größte Herausforderung des Jahres werden würde. Hinzu kam, dass der gewünschte innerparteiliche Diskussionsprozess zur europapolitischen Positionierung der Partei nur ungenügend umgesetzt wurde und der Bundesparteitag zum Europawahlprogramm und die VertreterInnenversammlung zur Europawahl eine eher demotivierende Stimmung in den Landesverband projiziert hatten. Auch die durch Personalquerelen überschattete LandesvertreterInnenversammlung zur Bundestagswahl war für die innerparteiliche Mobilisierung kontraproduktiv. Der Landesvorstand entschied daher gemeinsam mit dem Landeswahlkampfbüro eine spezielle Vor- und Briefwahlkampagne zur Europawahl durchzuführen.

Auf die Ergebnisse der Europawahl sehen wir mit ambivalenten Beurteilungen zurück. Es ist uns gelungen den ersten Platz in Brandenburg zu verteidigen, allerdings mit Einbußen, während die Konkurrenten hinzugewannen.

Schon während des Europawahlkampfes lief die heiße Phase der Wahlkampf vorbereitungen für die Landtagswahl an. Im Mai 2009 hatte ein Landesparteitag den Entwurf des Landtagswahlprogramms als Diskussionsgrundlage beschlossen. Dem schloss sich eine vierwöchige Dialog-Phase an, in der wir unseren Programmwurf mit zahlreichen gesellschaftlichen PartnerInnen diskutierten. Diese Debatte fand ihren Höhepunkt auf einem Parteitag am 12. Juli 2009, zu dem wir zahlreiche Vertre-

terInnen von Gewerkschaften und Initiativen begrüßen konnten. Der Parteitag beschloss unter anderem in das Programm die Aussage aufzunehmen, dass DIE LINKE Brandenburg für einen Politikwechsel bereit ist, Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Schon Ende Juni wurden auf einer Wahlwerkstatt die strategischen und organisatorischen Verfahren mit den KreiswahlkampfleiterInnen und den KandidatInnen festgezurrt. Mit der Eröffnung des Wahlquartiers in den Potsdamer Bahnhofspassagen lief die Wahlkampfkampagne im Sommer an.

Vor allem die Wahlerfolge der LINKEN am 30. August 2009 in anderen Bundesländern haben dem Wahlkampf in Brandenburg noch einmal zusätzlich Feuer gegeben. Zum Kern wurde die Frage, wer stärkste Partei wird. Die LINKE hat darauf nie mit Konstellationsaussagen geantwortet, sondern immer mit inhaltlichen Angeboten. Ziel war es, mit der SPD im Ergebnis Augenhöhe zu erreichen, um unsere Angebote für einen Politikwechsel nach der Wahl auch umsetzen zu können.

Die Wahlziele bei der Bundes- und Landtagswahl wurden erreicht. Außerdem gelang es der LINKEN drei Bürgermeistermandate zu erobern. Uns ist es gelungen, im Land das Wahlergebnis von 2004 bei höherer Wahlbeteiligung zu wiederholen. Das haben wir diesmal nicht mit Protest – wie vor fünf Jahren – sondern mit einem klaren Gestaltungsanspruch geschafft.

(Für eine detaillierte Analyse verweisen wir hier auf den ausführlichen Wahlkampfabschlussbericht.)

Leider konnten wir bei den anschließenden Bürgermeister- und Landrätewahlen im Jahr 2009 und 2010 nicht an diese Erfolge anknüpfen. Das gesellschaftliche Klima rund um die Koalitionsbildung, die Geschichtsdebatte und die Personalquerelen innerhalb der Bundespartei haben zu diesen Misserfolgen wohl leider beigetragen.

2. Koalitionsbildung

Das hervorragende Wahlergebnis bei der Landtagswahl fand mit der Bildung einer rot-roten Koalition im Land Brandenburg seine logische Konsequenz. Der Landesvorstand hatte sich auf die damit verbundenen Aufgaben langfristig vorbereitet. Zugleich war der Start der ersten rot-roten Landesregierung für uns mit vielen neuen Herausforderungen verknüpft.

Sofort nach der Wahl verständigte sich der Landesvorstand in seiner Sitzung am 28.9.2009 zu inhaltlichen Schwerpunkten für Sondierungsgespräche. Dazu lag dem Landesvorstand ein Konsenspapier vor, das die Übereinstimmungen beider Wahlprogramme sondierte. Außerdem berief der LV eine Sondierungsgruppe.

Die Sondierungsgespräche begannen am 1. Oktober 2010. Am 3. Oktober verständigte sich der Landesausschuss erstmals mit der Auswertung der Wahl und der neuen Situation. Der Landesvorstand hatte schon hier frühzeitig versucht, möglichst viele GenossInnen in den Prozess der Koalitionsbildung einzubinden. Am 12. Oktober beschloss die SPD- Sondierungsgruppe ihrem Landesvorstand vorzuschlagen, Koalitionsgespräche mit der LINKEN aufzunehmen. Dem stimmte dieser noch am selben Tag zu.

Am 13. Oktober berieten daraufhin Landesvorstand und Landesausschuss gemeinsam, ob auch die LINKE Koalitionsverhandlungen mit der SPD aufnehmen sollten. Die Diskussion dazu war intensiv und umfangreich. Auch viele parteiinterne Gäste nahmen daran teil. Letztlich beschlossen beide Gremien, der Aufnahme von Koalitionsverhandlungen zuzustimmen. (40 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung).

In der Zeit vom 14. bis 27. Oktober fanden die Koalitionsverhandlungen im engen Kreis einer jeweils siebenköpfigen Verhandlungsgruppe statt. Mit einer Aktivtagung am 17. Oktober, in der die VertreterInnen der LINKEN zum Stand der Verhandlungen öffentlich informierten, betrat die Partei Neu-

land. Ziel war es, eine möglichst breite Information der Basis und der Öffentlichkeit über erreichte Verhandlungsergebnisse zu sichern. Am Rande der Tagung verständigte sich der Landesvorstand außerdem zum weiteren innerparteilichen Kommunikationsprozess (Regionalkonferenzen) und zur Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Landesparteitages.

Nach der Fertigstellung des Vertragstextes am 28.10.2009 informierte die Verhandlungsgruppe alle Mitglieder des Landesvorstandes, des Landesausschusses und der Landtagsfraktion über das Ergebnis. Auf einer Beratung von LV und LA am Abend des 28. Oktober stellte die Verhandlungsgruppe das Ergebnis ausführlich vor. Für ein inhaltliches Votum zum Vertragstext erbaten sich die Gremien noch etwas Zeit. Zugleich nominierten die Gremien an diesem Abend gemeinsam die Personalvorschläge der LINKEN für die Landesregierung.

In der Zeit vom 29. Oktober bis 2. November informierten die Mitglieder der Verhandlungsgruppe auf vier intensiv geführten Regionalkonferenzen die Basis der Partei über den Inhalt des Koalitionsvertrags-Entwurfes. Diese teils für alle Beteiligten sehr kräftezehrenden Diskussionen waren erfolgreich und nützlich. Binnen weniger Tagen haben wir mehr als 1500 GenossInnen und Genossen die Chance gegeben, sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen vertraut zu machen.

Auf der Grundlage dieser Diskussionen stimmten die Mitglieder des Landesvorstandes und des Landesausschusses dann am 3. November 2009 per E-Mail für die Annahme des Koalitionsvertrages. Am 4. November stimmte auch ein außerordentlicher Landesparteitag der Koalitionsvereinbarung nach einer nochmaligen intensiven Debatte zu (124 Ja, 15 Nein, 5 Enthaltungen).

Am 5. November folgte die öffentliche Unterschrift beider Parteien unter den Vertrag und am 6. November die Wahl des Ministerpräsidenten und die Benennung des ersten rot-roten Kabinetts in Brandenburg.

Der Start der neuen Koalition war in den ersten Monaten von einer intensiven Geschichtsdebatte begleitet. Das führte schon in den ersten Wochen zu einer erheblichen Belastungsprobe für die rot-rote Koalition. Die Verantwortung für den dabei eingetretenen Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit, gegenüber den Wählerinnen und Wählern und dem Koalitionspartner lag bei der LINKEN. Zwei Landtagsabgeordnete hatten ihre frühere Zusammenarbeit mit dem MfS ganz oder teilweise verschwiegen.

Der Landesvorstand hat in der öffentlichen, wie auch parteiinternen Debatte immer wieder unseren Anspruch erneuert, aus der Geschichte nicht nur abstrakt zu lernen, sondern wo es nötig ist, auch individuelle Schlussfolgerungen deutlich zu machen. Davon zeugt nicht nur der Beschluss eines eigens einberufenen Kleinen Parteitags im Dezember 2009, sondern auch der Antrag des Landesvorstandes zum weiteren Umgang mit den Biografien an die 1. Tagung des 2. Landesparteitages.

3. Außerparlamentarische Aktivitäten

Im Vorfeld und in Zusammenhang mit den Wahlkämpfen hat sich der Landesvorstand außerdem an zahlreichen außerparlamentarischen Aktivitäten beteiligt.

Zu Beginn des Jahres 2008 stand dabei ein Volksbegehren für ein Sozialticket im Mittelpunkt. Dieses konnte im Mai desselben Jahres zurück genommen werden, weil sich die von SPD und CDU geführte Landesregierung zur Einführung eines Mobilitätstickets entschlossen hatte. Damit war diese Initiative genauso erfolgreich, wie die von der LINKEN unterstützte Volksinitiative gegen das Busgeld für Schüler.

Das Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue“ konnte hingegen nicht zum Erfolg geführt werden.

Trotz intensiven Einsatzes der Mitglieder unserer Partei konnte die nötige Zahl von Unterschriften nicht erreicht werden. Das lag auch an den hohen Hürden für direkte Demokratie in Brandenburg. Als Erfolg unserer Beteiligung an dem Volksbegehren werten wir die verbesserten Beziehungen zu den Umweltverbänden. Auch über das Volksbegehren hinaus hat sich eine gute Zusammenarbeit entwickelt. Dazu trug auch der von der Linksfraktion im Landtag angestoßene Energiedialog bei.

In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus haben wir im Rahmen des Handlungskonzeptes Tolerantes Brandenburg und darüber hinaus intensiv daran gearbeitet im Land und vor Ort Bündnisse der demokratischen Kräfte zu schmieden um den Einfluss rechtsextremistischer Kräfte zurückzudrängen oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Trotzdem ist es der DVU und der NPD gelungen, dort, wo sie zu den Wahlen der Landkreistage und Stadtverordnetenversammlungen antreten sind, auch Mandate zu bekommen! Allerdings gelang es ihnen nicht, Fraktionsstärke zu erreichen.

Umso bedeutsamer ist, dass es durch die intensive Arbeit aller Demokraten gelungen ist, den Wiedereinzug der DVU und den Einzug der NPD in den Brandenburger Landtag zu verhindern.

Nach wie vor dürfen wir in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus jedoch nicht nachlassen. Tatsache ist (u.a.), dass die Anzahl rechtsextremistischer Straf- und Gewalttaten seit Jahren zwar stagniert, es aber eine bedenklich hohe Zahl ist.

In der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften haben wir ein hohes Niveau erreicht. Dabei haben wir viele inhaltliche Gemeinsamkeiten wenn es um die Bekämpfung von Hartz IV, den Kampf gegen die Rente mit 67, die Schaffung eines gesetzlichen Mindestlohnes, die Ausgestaltung betrieblicher Mitbestimmung oder die Verabschiedung eines Vergabegesetzes geht.

Der Stellenwert dieser Zusammenarbeit schlägt sich auch im Koalitionsvertrag wieder.

In der Präambel werden starke Gewerkschaften und kompetente Betriebsräte als unverzichtbare Faktoren der Kraft unseres Landes benannt. Das Landespersonalvertretungsgesetz soll in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften novelliert werden und gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir in der EU für ein neues Verhältnis von sozialen Grundrechten und wirtschaftlichen Grundfreiheiten eintreten.

Der Landesvorstand unterstützte außerdem die Aktivitäten zu den Ostermärschen, die landesweiten Demos gegen Sozialabbau, die Rentenkampagne des Parteivorstandes, die Pflege der internationalen Beziehungen des Landesverbandes und die Bemühungen um die Erarbeitung eines Arbeitsgesetzbuches.

Von einem besonderen Erfolg waren die jahrelangen Aktivitäten für eine freie Kyritz-Ruppiner Heide gekrönt. Im Sommer 2009 gab der Bundesverteidigungsminister den Verzicht der Bundeswehr auf den Schießplatz bekannt.

4. Parteientwicklung

Die Parteiarbeit aller Ebenen war in den Jahren 2008 und 2009 maßgeblich durch die Wahlkämpfe geprägt. Uns ist es dabei – wenn auch in unterschiedlichem Maße – gelungen, dies mit anderen Aktivitäten sinnvoll zu verknüpfen. Schwerpunkte waren dabei die Bereiche:

- Mitgliederentwicklung

Während im Kommunalwahljahr 2008 327 Neueintritte zu verzeichnen waren, kamen im Jahr 2009 nur 217 Neue zur Brandenburger LINKEN. Besonders problematisch ist dabei der geringe Anteil

weiblicher Neumitglieder. Im Jahr 2009 traten lediglich 48 Frauen in unsere Partei ein. Der Landesvorstand hatte mit eigenen Aktivitäten versucht, die Mitgliederarbeit zu verstärken. So wurde eine landesweite Arbeitsgruppe Mitgliederprojekt initiiert, Wahlkampfmaterialien immer mit der Werbung für eine Mitgliedschaft verbunden und landesweite Neumitgliedertreffen organisiert. Die Erfolge blieben aufgrund der hohen Belastung jedoch unter unseren Erwartungen.

- Politische Bildung

Im Mai 2008 legte der Landesvorstand Leitlinien für die Politische Bildung vor. Ziel war eine stärkere Vernetzung der Bildungsarbeit auf Landes- und Kreisebene und die Entwicklung neuer Ansätze in der Bildungsarbeit. Durch die Wahlkämpfe verlagerte sich die inhaltliche Schwerpunktsetzung in der politischen Bildung stark. Es gab eine Vielzahl Wahlkampf relevanter Bildungsangebote des Landesvorstandes, die jedoch nicht immer auf die gewünschte Resonanz stießen. Hier muss weiter über attraktive Formen der politischen Bildung nachgedacht werden.

Der Landesvorstand hat im Oktober 2008 einen landesweiten Workshop zur Zukunft der politischen Bildung im Landesverband „Politische Bildung neu gedacht“ durchgeführt und im Anschluss daran den Dialog mit den Kreisverbänden zur künftigen gemeinsamen Gestaltung politischer Bildungsarbeit gesucht. Die mit den Kreisverbänden getroffenen Vereinbarungen werden in die Überlegungen zur Planung und Durchführung der bevorstehenden Programmdebatte und der mit ihr verbundenen politischen Bildungsarbeit einfließen.

Der Landesvorstand hat darüber hinaus in beiden Jahren den Lehrgang „Politikmanagement fürs Ehrenamt“ angeboten. Das Konzept, ehrenamtliche Arbeit damit zu fördern und zu professionalisieren, hat sich bewährt.

- Öffentlichkeitsarbeit

Mit den Wahlkämpfen ist uns auch im Bereich Öffentlichkeitsarbeit erneut ein Qualitätssprung gelungen. Dazu zählten beispielsweise eine stets aktuelle und ansprechende Homepage und ein einheitliches Wahlkampf-Erscheinungsbild in nahezu allen Kreisverbänden. Hier hat DIE LINKE Brandenburg vor allem im Kommunalwahlkampf 2008 Maßstäbe für die gesamte Bundespartei gesetzt.

In diesem Zusammenhang hat sich der Landesvorstand von der Herausgabe der Landeszeitung „Brandenburger Seiten“ verabschiedet und das Augenmerk auf eine Wahlkampf unterstützende Öffentlichkeitsarbeit gelegt.

Zum Abschluss seiner Wahlperiode hat der Landesvorstand eine Diskussion um die Neukonzipierung der Öffentlichkeitsarbeit angestoßen, die jedoch noch nicht abgeschlossen ist.

- Innerparteiliche Kommunikation

Zugleich ist deutlich geworden, dass dem Thema innerparteiliche Kommunikation mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Schon im Kommunalwahlkampf trat das Problem zu Tage, dass strategische Verabredungen zwischen Landes- und Kreisebene nur unzureichend bis an die Basis kommuniziert wurden. Dieses Problem verstärkte sich bei der Debatte um ein Wahlverfahren bei der Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl. Der Landesvorstand hat versucht, diese Defizite durch die verstärkte Einbindung des Landesausschusses zu beheben. Das ist nur zum Teil gelungen.

In der Phase der Koalitionsbildung hat der Landesvorstand daher zusätzlich auf das Mittel von Regionalkonferenzen zurückgegriffen. Diese Form der innerparteilichen Meinungsbildung hat sich bewährt.

- Parteireform

Gerade die Defizite bei der innerparteilichen Kommunikation aber auch die Tatsache, dass die Partei

in den Wahlkämpfen mehr und mehr an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stößt, haben den Bedarf neuer innerparteilicher Strukturen und moderner Lösungen nochmals hervorgehoben. Zugleich reichte in den Wahlkampfbereichen dafür weder die Zeit noch die Kraft. Die Parteireform muss daher in den kommenden Jahren zu einem Schwerpunkt der Arbeit der Partei werden.

- Jugendarbeit

Die Zusammenarbeit mit dem Jugendverband hat sich in den Wahlkampfbereichen als belastbar und gut erwiesen. Dabei war es von Vorteil, dass der Jugendverband mit Katharina Dahme eine direkte Vertreterin im Landesvorstand hatte. So gelang es, die Balance zwischen nötiger Einbindung und gewünschter Eigenständigkeit des Jugendverbandes immer wieder aufs Neue auszubalancieren. Der Jugendverband hat zudem mit seinem eigenständigen und engagierten Jugendwahlkampf einen großen Beitrag zu den Erfolgen der Partei geleistet.

Darüber hinaus war der Landesvorstand an einer intensiven Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden interessiert. Es hat sich gezeigt, dass die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit vor Ort verstärkt werden muss. Kreisverbände erreichen zunehmend die Grenze der politischen und organisatorischen Leistungsfähigkeit. Der Landesvorstand hat außerdem versucht, in zahlreichen Konflikten innerhalb von Kreisverbänden vermittelnd zu unterstützen.

Die Zusammenarbeit mit den Arbeits- und Interessengemeinschaften im Landesverband gestaltete sich in unterschiedlichem Maße. Während beispielsweise mit der AG SeniorInnen ein intensiver Gedankenaustausch stattfand, arbeiten andere Zusammenschlüsse enger mit der Landtagsfraktion zusammen oder wirken relativ autonom. Folgende aktive Zusammenschlüsse arbeiten derzeit im Landesverband:

- * AG SeniorInnen
- * LAG Umwelt
- * AG Geschichte
- * Kommunistische Plattform
- * Netzwerk der EL
- * LAG Schule und Bildung
- * AG Betrieb und Gewerkschaft
- * AG Lisa
- * LAG Linke Behindertenpolitik
- * LAG Rote Reporter
- * LAG Queer
- * LAG Kultur
- * LAG Arbeit und soziale Gerechtigkeit
- * LAG Solidarische Ökonomie
- * AG Neues Denken
- * LAG Linke Unternehmer
- * LAG Arbeitsgesetzbuch

Eine intensive Zusammenarbeit an einzelnen Projekten gab es in den Jahren 2009 und 2010 mit der

AG Umwelt (Volksbegehren Keine neuen Tagebaue), dem Netzwerk EL (Europacamp, Pflingsten, internationale Arbeit), AG Lisa (internationale Frauenkonferenz), LAG Rote Reporter (Unterstützung bei Weiterbildungsveranstaltungen).

5. Finanzarbeit

Der Berichtszeitraum umfasst den größten Teil des Jahres 2008 und das Jahr 2009. Neben den ganz normalen Aufgaben, wie der Erstellung der Rechenschaftsberichte für die Jahre 2007, 2008 und derzeit 2009 sowie den Finanzplanungen für die Jahre 2008, 2009 und 2010 war die Legislaturperiode von den Wahlkämpfen in jeder Hinsicht geprägt.

Mit Beginn des Jahres 2008 stellten wir uns auf die kommenden Wahlkämpfe ein. Wir unterstützten aus den Rücklagen des Landesverbandes die Volksinitiative und vor allem das Volksbegehren zum Sozialticket. Ebenso forderte uns die Volksinitiative zu „Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ und schließlich das Volksbegehren hierzu finanziell in besonderer Weise. Landesvorstand und Landesausschuss beschlossen die Kampagne zum Volksbegehren mit 30.000 • aus unseren Rücklagen im Zentralen Wahlkampffonds zu unterstützen.

Mit diesen inhaltlichen Kampagnen bereiteten wir den Kommunalwahlkampf vor und begleiteten ihn. Der Landesvorstand wandte seinerseits für den Kommunalwahlkampf 212.000 • auf. Die ursprünglich veranschlagten 200.000 • stellten sich als nicht ausreichend heraus, so dass der Landesvorstand noch in der Vorbereitungsphase des Wahlkampfes den Etat bei der Beschlussfassung zum Finanzplan auf 220.000 • erhöhte. Die Abrechnung ergab dann eine leichte Unterschreitung der Plansumme.

Schwerpunkte der Aufwendungen des Landesvorstands waren das Großflächenprojekt und eine eigene Wahlforschungsumfrage. Erstmals wurden solche Projekte in eigener Verantwortung des Landesvorstands umgesetzt. Beide stellten sich als wirkungsvolle Maßnahmen heraus. Mit der Umfrage erreichten wir einen Überblick über die die Bürger interessierenden politischen Themen und ihre Haltung dazu. Die Kampagnen zum Sozialticket, zum elternbeitragsfreien Schülerverkehr und zu den Tagebauen wurden auf deren Grundlage geführt. Die Materialien des Kommunalwahlkampfes, insbesondere die landesweiten Themenplakate, wurden danach entwickelt. Das führte dazu, dass wir insbesondere der SPD Themen „abnehmen“ bzw. die SPD beim Sozialticket und beim elternbeitragsfreien Schülerverkehr zum Einlenken brachten. Das Geld war gut angelegt. Der Erfolg spiegelte sich im Kommunalwahlergebnis, wo wir mit der SPD Augenhöhe erreichten.

Die Augenhöhe sollte im Jahr 2009 bei den Europawahlen am 07. Juni und bei den Landtags- und Bundestagswahlen am 27.09. gehalten werden.

Die Finanzierung des Europawahlkampfes wurde mit einem Etat von 30.000 • auf Landesebene beschlossen. Die Mittel wurde aus den Rücklagen des Landesverbandes beim Zentralen Wahlkampffonds des Parteivorstands entnommen. Die Abrechnung ergab vorläufig 27.000 • Ausgaben und wird mit dem Jahresabschluss 2009 exakt festgestellt werden.

Die Finanzierung des Landtags- und Bundestagswahlkampfes erfolgte auf der Ebene des Landesvorstands aus den im Zentralen Wahlkampffonds der Bundespartei angesparten Mitteln aus der staatlichen Parteienfinanzierung, die wir auf unser Landtagswahlergebnis von 2004 erhalten haben. Dabei handelte es sich um 163.400,50 • jährlich. Von diesen Geldern hatten wir bereits den Kommunalwahlkampf, den Europawahlkampf und die Kampagnen zu den Volksbegehren Sozialticket und „Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ bestritten. Wir riefen für den LT- und BT-Wahlkampf aus dem Fonds 400.000 • ab und ergänzten nach einem ersten Entwurf des Finanzplans

diesen Betrag um weitere 20.000 • aus eingesparten Mitteln der Wahlkämpfe und Kampagnen in 2008.

Bei einer Zwischenauswertung am 28.08.2009 ergab sich, dass der Landesverband hinsichtlich dieses Betrags eine Punktlandung zu erwarten haben wird. Die erteilten Aufträge und die sicher zu erwartenden Kosten weiterer, noch zu erteilender Aufträge summieren sich auf ca. 405.000 •. Das LWKB entschied über die Verwendung der verbleibenden Mittel im Wahlkampfendspurt, so dass die vorläufige Endabrechnung sich auf 420.000 • beläuft. Auch hier erfolgt die endgültige Feststellung des Ergebnisses mit dem Jahresabschluss.

Die Kreisverbände brachten ihrerseits Mittel ein, vor allem um Veranstaltungen vor Ort zu finanzieren. Die Kreisverbände trugen vereinbarungsgemäß die Druckkosten für Personenplakate und anteilig für Give-aways.

Das hervorragende Wahlergebnis auf Landesebene, nämlich die gesteigerte Anzahl absoluter Stimmen, führt zu einer künftigen jährlichen staatlichen Parteienfinanzierung von ca. 188.000 • jährlich, die in den Zentralen Wahlkampffonds einzubringen sind. (Allerdings stehen mit den direkten Wahlen zu den Landräten auch neue finanzielle Herausforderungen vor uns.)

Im Jahr 2009 verständigte sich der Landesvorstand zudem auf ein neues System der finanziellen Unterstützung von Wahlen zu Oberbürgermeistern, Landräten und hauptamtlichen Bürgermeistern. Wahlkämpfe zu Landräten und Oberbürgermeistern werden mit 10.000 • je Wahlkampf unterstützt. Bei Wahlkämpfen zu hauptamtlichen Bürgermeistern unterstützt der Landesvorstand durch Herstellung mit Kostenübernahme von Plakaten und Kandidatenfoldern als Grundbesteck des Wahlkampfes im einheitlichen Erscheinungsbild.

Diese Beschlüsse wurden im Jahr 2009 vor allem auf die Kampagnen zu den Bürgermeisterwahlen am 27.09.2009 und vereinzelt Wahltermin bis Jahresende 2009 angewendet. Die Landratswahlkämpfe zum Wahltermin 10.01.2010 wurden im Jahr 2009 noch aufgenommen und in das Jahr 2010 hinein geführt.

In den Jahren 2008 und 2009 entwickelten sich die Beitrags- und Spendeneinnahmen wie folgt:

* 2008	Beiträge	1.598.808,84 •	Spenden	407.818,52 •
* 2009	Beiträge	1.560.000,00 •	Spenden	432.000,00 • (vorauss.)

Die Beitragseinnahmen sind weiter rückläufig, wobei allerdings die geplanten Prognosen überschritten werden können und voraussichtlich ca. 70.000,00 • mehr Mitgliedsbeiträge als geplant eingenommen wurden. Die Spendeneinnahmen liegen insgesamt im Plan. Dabei sind allerdings die regionalen Unterschiede groß.

Die Vermögenslage im Landesverband hat sich per 31.12.2008 und 30.09.2009 wie folgt entwickelt:

* 2008	LV	428.559,08 •	Kreisverbände	985.801,76 •	gesamt	1.414.360,84 •
* 2009	LV	525.013,34 •	Kreisverbände	958.416,79 •	gesamt	1.483.430,13 •

Mit dem Jahresabschluss und der endgültigen Abrechnung der Wahlkämpfe werden sich hier noch Veränderungen ergeben. Diese werden rechtzeitig zum Landesparteitag nachgereicht.

Es bestätigt sich der Trend, dass im Landesdurchschnitt weiter mit zurückgehenden Beitragseinnahmen und Mitgliedszahlen zu rechnen ist. Allerdings zeichnet sich ein differenziertes Bild. Es gibt Kreisverbände, die die Mitgliedszahlen steigern können, und es gibt auch Kreisverbände, die 2009 ihre Beitragseinnahmen im Vergleich zum Vorjahr steigern konnten. Allerdings korrelieren die Kreis-

verbände nicht miteinander. Neueintritte haben nur bedingt etwas mit Beitragsmehreinnahmen zu tun. Ein effektives Mittel zur Erhöhung der Beitragseinnahmen ist offenbar auch die Arbeit an der Beitragsehrlichkeit und dabei an der vollständigen und beitragsstabellengerechten Kassierung der Mitgliedsbeiträge. Hier soll mit den Zuwendungsbescheinigungen zum Jahr 2009 ein Mitgliederbrief zur tabellengerechten Zahlung im Bankeinzugsverfahren ein weiterer Beitrag werden.

Im Berichtszeitraum haben die Mandatsträger durch ihre regelmäßigen Spenden in erheblichem Umfang zur Finanzierung des Landesverbands beigetragen. Dafür gilt ihnen unser Dank. Durch die Finanzordnung der LINKEN ist klar gestellt, dass Mandatsträger auf allen Ebenen zu regelmäßigen Spenden angehalten sind. Neu im Jahr 2009 waren Mandatsträger durch die Regierungsbeteiligung. Mit ihnen sowie mit den Abgeordneten der Landtagsfraktion wurden gemeinsam Empfehlungen zu den Mandatsträgerbeiträgen erarbeitet und in Vereinbarungen umgesetzt. Als regelmäßiger (normaler) Parteibeitrag eines MdL entsprechen etwa 120 • der Beitragstabelle (4% vom Netto bei mehr als 2.500 • monatlich). Als Mandatsträgerbeitrag wurden empfohlen und vereinbart: 340 • je MdL, 450 • für die Vizepräsidentin des Landtags, 600 • für die Fraktionsvorsitzende und die Minister. Es können je unterhaltspflichtigem Kind 30 • abgezogen werden. Im Ergebnis folgt aus den neuen Vereinbarungen eine höhere Gesamteinnahme an Mandatsträgerbeiträgen im Haushalt des Landesvorstands.

Dank gilt all jenen, die sich als KreisschatzmeisterInnen, Finanz- oder Mitgliederprogrammverantwortliche um die Finanzarbeit der Partei kümmern. Sie schaffen mit ihrem meist ehrenamtlichen Engagement die organisatorisch-finanzielle Basis der Partei, auf der die politische Arbeit aufbauen kann.

6. Dank

Der Landesvorstand dankt allen MitstreiterInnen für die Hilfe bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Wir wissen, dass vieles von dem nicht möglich gewesen wäre, ohne die fleißige Arbeit unserer hauptamtlichen MitarbeiterInnen, ohne das ehrenamtliche Engagement unserer GenossInnen vor Ort, ohne die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Kreisvorsitzenden, den KreisgeschäftsführerInnen, den KreisschatzmeisterInnen und den Mitgliedern der Landtags- und Bundestagsfraktion, ohne fleißige PraktikantInnen der Landesgeschäftsstelle und ohne die konstruktive Zusammenarbeit mit vielen externen Partnern.

Dafür vielen Dank!

Wahlergebnisse des Parteitages

Wahl des Vorsitzenden



Kandidaten für den Landesvorsitz: Thomas Nord und Harald Habermann

abgegebene Stimmen:	121	
Stimmen für Thomas Nord:	94	77,69%
Stimmen für Harald Habermann:	3	2,48%

Thomas Nord ist als Landesvorsitzender gewählt.

Wahl der zwei stellvertretenden Vorsitzenden



Kandidatin für den stellvertretenden Landesvorsitz: Kirsten Tackmann

abgegebene Stimmen:	119	
Ja - Stimmen:	105	88,24%
Nein - Stimmen:	7	5,88%
Enthaltungen:	7	5,88%

Kirsten Tackmann ist als stellvertretende Landesvorsitzende gewählt.



Kandidat für den stellvertretenden Landesvorsitz: Stefan Ludwig

abgegebene Stimmen:	119	
Ja - Stimmen:	91	76,47%
Nein - Stimmen:	18	15,13%
Enthaltungen:	10	8,4%

Stefan Ludwig ist als stellvertretender Landesvorsitzende gewählt.

Wahl der Landesgeschäftsführerin



Kandidatin für die Landesgeschäftsführerin: Maria Strauß

abgegebene Stimmen:	119	
Ja - Stimmen:	105	88,24%
Nein - Stimmen:	10	
Enthaltungen:	4	

Maria Strauß ist als Landesgeschäftsführerin gewählt.

Wahl des Landesschatzmeisters



Kandidat für den Landesschatzmeister: Matthias Osterburg

abgegebene Stimmen:	119	
Ja - Stimmen:	108	90,76%
Nein - Stimmen:	5	
Enthaltungen:	6	

Matthias Osterburg ist als Landesschatzmeister gewählt.

Wahlergebnis Landesvorstand (weiblich)

Wahlberechtigt: 136 Abgegebene Stimmen: 119 (117 gültig, 2 ungültig)



Andrea Johlige

Ja - Stimmen 82
Nein - Stimmen 10
Enthaltungen 25

(70,09%)



Bettina Fortunato

Ja - Stimmen 94
Nein - Stimmen 6
Enthaltungen 17

(80,34%)



Dagmar Püschel

Ja - Stimmen 99
Nein - Stimmen 4
Enthaltungen 14

(84,62%)



Ja -

Karin Kühn

Ja - Stimmen 74
Nein - Stimmen 20
Enthaltungen 23

(63,25%)



Katharina Dahme

Ja - Stimmen 80
Nein - Stimmen 17
Enthaltungen 20

(68,38%)



Olga Schummel

Ja - Stimmen 102
Nein - Stimmen 7
Enthaltungen 8

(87,18%)



Ute Miething

Ja - Stimmen 73
Nein - Stimmen 12
Enthaltungen 32

(62,39%)

Nicht gewählt wurde:

Rosemarie Kaersten (59 Ja-Stimmen; 50,43 %, 26 Nein-Stimmen, 32 Enthaltungen)

Wahlergebnis Landesvorstand (männlich)

Wahlberechtigt: 136 Abgegebene Stimmen: 123 (122 gültig, 1 ungültig)



Andreas Bernig

Ja - Stimmen 65
(53,28%)



Thomas Domres

(Ja - Stimmen 75
61,48%)



Daniel Förster

Ja - Stimmen 59
(48,36%)



Steffen Hultsch

Ja - Stimmen 58

(47,54%, nach Stichwahl
mit 67 Ja-Stimmen =
57,26 % gewählt)



Sven Kindervater

Ja - Stimmen 81
(66,39%)



Helmuth Markov

Ja - Stimmen 95
(77,87%)

Nicht gewählt wurden:

Ronny Besancon (39 Ja-Stimmen; 31,97 %)

Thorsten Kleis (29 Ja-Stimmen; 23,77 %)

Matthias Loehr (48 Ja-Stimmen; 39,34 %)

Michael Reimann (51 J-Stimmen; 41,80 %)

Michael Wippold (6 Ja-Stimmen; 4,92 %)

Harald Petzold unterlag in der Stichwahl gegen Steffen Hultsch (42 Ja-Stimmen; 35,90 %)

Wahlergebnis Landesfinanzrevisionskommission

Wahlberechtigt bei Frauenliste: 136 Abgegebene Stimmen: 119 (119 gültig, 0 ungültig)



Petra Hoffmann

Ja - Stimmen 113
Nein - Stimmen 1
Enthaltungen 5

(94,96%)



Brigitte Rex

Ja - Stimmen 112
Nein - Stimmen 3
Enthaltungen 1

(94,12%)



Sylvia Wagner

Ja - Stimmen 113
Nein - Stimmen 1
Enthaltungen 5

(94,96%)

Wahlberechtigt bei gemischter Liste: 136 Abgegebene Stimmen: 123 (122 gültig, 1 ungültig)



Chriss Kühnl

Ja - Stimmen 119
Nein - Stimmen 2
Enthaltungen 6

(93,44%)



Alexander Frehse

Ja - Stimmen 119
Nein - Stimmen 0
Enthaltungen 3

(97,54%)

Wahlergebnis Landesschiedskommission

Wahlberechtigt bei Frauenliste: 136 Abgegebene Stimmen: 119 (119 gültig, 0 ungültig)



Sybille Brock

Ja - Stimmen 107
Nein - Stimmen 4
Enthaltungen 8

(89,92%)



Gerda Günther

Ja - Stimmen 100
Nein - Stimmen 6
Enthaltungen 13

(84,03%)



Margitta Mächtig

Ja - Stimmen 99
Nein - Stimmen 10
Enthaltungen 10

(83,19%)



Sonja Sage

Ja - Stimmen 108
Nein - Stimmen 1
Enthaltungen 10

(90,76%)

Wahlberechtigt bei gemischter Liste: 136 Abgegebene Stimmen: 123 (123 gültig, 0 ungültig)



Gerd Klier

Ja - Stimmen 113
Nein - Stimmen 3
Enthaltungen 7

(91,87%)



Dieter Groß

Ja - Stimmen 110
Nein - Stimmen 5
Enthaltungen 6

(91,06%)



Jürg Wegewitz

Ja - Stimmen 116
Nein - Stimmen 1
Enthaltungen 6

(94,31%)

Wahlergebnis Bundesausschuss

Wahlberechtigt bei Frauenliste: 136 Abgegebene Stimmen: 119 (118 gültig, 1 ungültig)



Diana Golze

Ja - Stimmen 100
Nein - Stimmen 12
Enthaltungen 6

(84,75%)



Rosemarie Kaersten

Ja - Stimmen 82
Nein - Stimmen 22
Enthaltungen 14

(69,49%)



Anne Stolpe

Ja - Stimmen 99
Nein - Stimmen 12
Enthaltungen 7

(83,90%)

Wahlberechtigt bei gemischter Liste: 136 Abgegebene Stimmen: 122 (118 gültig, 4 ungültig)



Norbert Müller

Ja - Stimmen 71
Nein - Stimmen 8
Enthaltungen 39

(60,17%)



Thomas Nord

Ja - Stimmen 84
Nein - Stimmen 10
Enthaltungen 24

(71,19%)



Artur Pech

Ja - Stimmen 70
Nein - Stimmen 7
Enthaltungen 41

(59,32%)

Nicht gewählt wurden:
Helmuth Horst (30 Ja-Stimmen; 25,42 %, 21 Nein-Stimmen, 67 Enthaltungen)
Peer Jürgens (63 Ja-Stimmen; 53,39 %, 15 Nein-Stimmen, 40 Enthaltungen)

Wahlen der Ersatzmitglieder Bundesausschuss

Wahlberechtigt bei Frauenliste: 136 Abgegebene Stimmen: 119 (119 gültig, 0 ungültig)



Evelyn Dahme

Ja - Stimmen 114
Nein - Stimmen 1
Enthaltungen 4

(95,80%)



Andrea Grunert

Ja - Stimmen 105
Nein - Stimmen 5
Enthaltungen 9

(88,24%)



Astrit Rabinowitsch

Ja - Stimmen 109
Nein - Stimmen 1
Enthaltungen 9

(91,60%)

Wahlberechtigt bei gemischter Liste: 136 Abgegebene Stimmen: 119 (119 gültig, 0 ungültig)



Matthias Loehr

Ja - Stimmen 100
Nein - Stimmen 14
Enthaltungen 5

(84,03%)



Matthias Osterburg

Ja - Stimmen 110
Nein - Stimmen 3
Enthaltungen 6

(92,44%)

